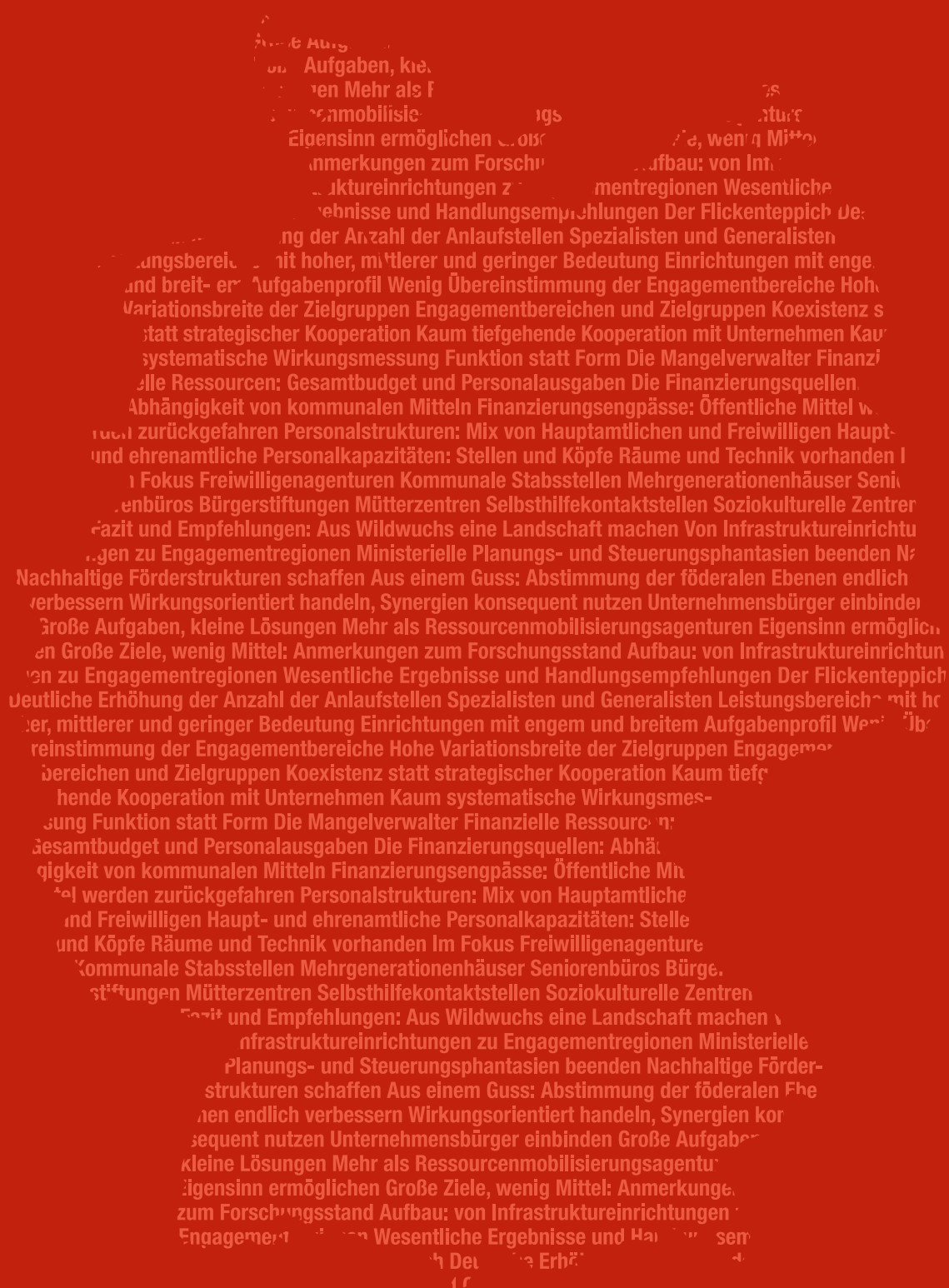


Generali Engagementatlas 2015

Rolle und Perspektiven Engagement unterstützender Einrichtungen in Deutschland



www.generali-zukunftsfonds.de





GENERALI ZUKUNFTSFONDS

Christoph Zeckra, Gesamtverantwortlicher

Tel. 0221 4203-3574 | christoph.zeckra@generali.com

Uwe Amrhein

Tel. 0221 4203-2692 | uwe.amrhein@generali.com

Loring Sittler

Tel. 0221 4203-2675 | loring.sittler@generali.com

Kontakt

Generali Deutschland Holding AG

Generali Zukunftsfonds

Tunisstraße 19 –23 | 50667 Köln



INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTLICHE
ANALYSEN UND BERATUNG

Stefan Bischoff

Tel. 06531 96 95 12

isab@isab-institut.de

www.isab-institut.de

Kontakt

ISAB

Stiftsweg 1 | 54470 Bernkastel-Kues

Der Generali Zukunftsfonds

Unter dem Leitthema „Der demografische Wandel – unsere gemeinsame Herausforderung“ bündelt die Generali Deutschland Holding AG seit 2008 die Aktivitäten ihres gesellschaftlichen Engagements im Generali Zukunftsfonds.

Insgesamt fördert die Generali Deutschland rund 40 Projekte mit dem Schwerpunkt „Förderung des Engagements von und für die Generation 55 plus“. Darüber hinaus ist der Generali Zukunftsfonds als Change-Manager, Vernetzer und Initiator im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements tätig. Wurden in der Aufbauphase besonders wirksame Best-Practice-Initiativen gefördert, erfolgen heute zunehmend Investitionen in die Infrastruktur von Freiwilligenarbeit.

Mehr zum Generali Engagementatlas 2015 unter www.generali-zukunftsfonds.de im Bereich „Wissen“.

Inhalt

4	Editorial: Große Aufgaben, kleine Lösungen
5	1. Einleitung
5	Mehr als Ressourcenmobilisierungsagenturen
5	Eigensinn ermöglichen
5	Fließende Grenzen: Die Beschaffenheit des Feldes
6	Große Ziele, wenig Mittel: Anmerkungen zum Forschungsstand
7	Aufbau: Von Infrastruktureinrichtungen zu Engagementregionen
8	2. Summary: Wesentliche Ergebnisse und Handlungsempfehlungen
8	Drei zentrale Ergebnisse
9	Vier Handlungsempfehlungen
10	3. Der Flickenteppich
12	Deutliche Erhöhung der Anzahl der Anlaufstellen
12	Regional sehr unterschiedliche Verteilung
16	Exkurs: Historische und kontingente Gründe für das Wachstum der verschiedenen Typen

17 4. Spezialisten und Generalisten

- 17 Leistungsbereiche mit hoher, mittlerer und geringer Bedeutung
- 18 Einrichtungen mit engem und breitem Aufgabenprofil
- 20 Wenig Übereinstimmung der Engagementbereiche
- 21 Hohe Variationsbreite der Zielgruppen
- 22 Exkurs zu Engagementbereichen und Zielgruppen
- 23 Koexistenz statt strategischer Kooperation
- 26 Kaum tiefgehende Kooperation mit Unternehmen
- 26 Kaum systematische Wirkungsmessung
- 27 Funktion statt Form
- 28 Exkurs: „Alter Wein in neuen Schläuchen“ vs. Nachhaltige Strukturförderung

28 5. Die Mangelverwalter

- 29 Finanzielle Ressourcen: Gesamtbudget und Personalausgaben
- 30 Die Finanzierungsquellen: Abhängigkeit von kommunalen Mitteln
- 32 Finanzierungsengpässe: Öffentliche Mittel werden zurückgefahren
- 33 Personalstrukturen: Mix von Hauptamtlichen und Freiwilligen
- 33 Haupt- und ehrenamtliche Personalkapazitäten: Stellen und Köpfe
- 37 Räume und Technik vorhanden

38 6. Im Fokus

- 38 Freiwilligenagenturen
- 39 Kommunale Stabsstellen
- 40 Mehrgenerationenhäuser
- 41 Seniorenbüros
- 43 Bürgerstiftungen
- 44 Mütterzentren
- 45 Selbsthilfekontaktstellen
- 46 Soziokulturelle Zentren

48 7. Fazit und Empfehlungen : Aus Wildwuchs eine Landschaft machen

51 8. Literatur

53 9. Abbildungsverzeichnis

55 10. Anhang

- 55 Untersuchungsdesign
- 58 Fragebogen
- 68 Ergänzende Abbildungen

EDITORIAL

Große Aufgaben, kleine Lösungen

Dietmar Meister, Vorstandsvorsitzender der Generali Deutschland Holding AG

Seine Vielfalt macht das bürgerschaftliche Engagement so faszinierend. Schier unbegrenzt erscheinen die Möglichkeiten, das Gemeinwesen tatkräftig und kreativ mitzugestalten. Und beinahe ebenso vielfältig ist die Motivation engagierter Menschen für ihren gemeinnützigen Einsatz. Bürgerengagement lässt sich nicht verordnen, nicht bezahlen und kaum steuern. Das ist gut so.

Große Vielfalt weckt aber auch den Bedarf an Orientierung und Transparenz. Engagierten Menschen ihre Möglichkeiten vor Ort aufzuzeigen, Lotse zu sein, Zugänge zu schaffen – das haben sich die Engagement fördernden Einrichtungen seit jeher zur Aufgabe gemacht.

Der demografische Wandel stellt diese Infrastruktureinrichtungen nun vor zusätzliche Herausforderungen. Ein leistungsfähiges und lebenswertes Gemeinwesen lässt sich nur noch im gemeinsamen Wirken aller relevanten Akteure organisieren. Solches Zusammenwirken vor Ort erfordert Knotenpunkte, Vernetzer, Koordinatoren und Moderatoren. Die Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen sind dafür prädestiniert. Aber können sie diese Aufgabe auch bewältigen?

Mit dem Generali Engagementatlas 2015 legen wir erstmals eine vollständige Landkarte der Engagement unterstützenden Infrastruktur vor. Auf den ersten Blick wirkt sie beeindruckend. Auf den zweiten Blick gibt sie Anlass zur Sorge. Denn nur wenige der bundesweit mehr als 3.400 Anlaufstellen arbeiten

auf einer gesicherten Grundlage. Viele sind im Zuge völlig unterschiedlicher Modellprogramme entstanden, die meisten bleiben abhängig von einer kurzatmigen Projektförderung. Sie leisten oft Erstaunliches unter schwierigen Bedingungen.

Vor diesem Hintergrund verstehen wir den Engagementatlas 2015 in erster Linie als einen Diskussionsanstoß auf einer soliden empirischen Grundlage. Brauchen wir ein völlig neues Verständnis von Engagementförderung vor Ort? Müssen wir zugunsten einer dauerhaften Stärkung des Bestehenden konsequent Abstand nehmen von neuen Modellprogrammen? Die Daten der vorliegenden Untersuchung weisen in diese Richtung.

Mitten in die Erhebungsphase zu diesem Engagementatlas platzte eine Nachricht aus Mecklenburg-Vorpommern. Dort hat die Landesregierung gerade ein neues Modellprogramm aufgelegt, das den Aufbau von „MitMach-Zentralen“ auf Ebene der Landkreise ermöglichen soll. Wieder ein neuer Name. Wieder eine neue Struktur neben den bereits bestehenden. Wieder einige neue Leuchttürme, die es nach Ende der Förderung irgendwie zu erhalten gilt.

Es ist Zeit zum Handeln. Wenn der Generali Engagementatlas 2015 dabei hilft, freuen wir uns.

1. Einleitung

Dr. Holger Krimmer, Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

MEHR ALS RESSOURCEN- MOBILISIERUNGSENTWURFE

Infrastruktureinrichtungen bürgerschaftlichen Engagements – Freiwilligenagenturen und Mehrgenerationenhäuser, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und andere – nehmen eine Schlüsselrolle in der engagementpolitischen Diskussion ein. Das hat mindestens zwei Gründe. Der eine Grund liegt in ihrer wichtigen Funktion als Mittler und Vermittler, Informierer und Aufklärer oder auch als Erfinder neuer Engagementformate. Infrastruktureinrichtungen sind ganz allgemein gesprochen Themenagenten des Engagements auf kommunaler Ebene. Die häufig anzutreffende Fokussierung auf die Vermittlungsfunktion greift viel zu kurz, um das Aufgabenspektrum dieser engagementfördernden Einrichtungen in den Blick zu nehmen.

Der zweite Grund hat mit der Entwicklung des engagementpolitischen Feldes in den letzten Jahren zu tun. Hinsichtlich gesellschaftspolitischer Grundsatzfragen einschließlich der des Verhältnisses von Staat und Zivilgesellschaft lassen sich vereinfachend zwei Sichtweisen gegenüberstellen (Klein 2003). Ziel der einen Position war und ist es, möglichst viele Menschen zu einem bürgerschaftlichen Engagement zu bewegen. Politik hat diesem Mobilisierungsverständnis von Engagementpolitik folgend die Aufgabe, aus einem lähmenden einen aktivierenden Staat zu formen, der durch geeignete Mobilisierungsbemühungen das gesellschaftliche Engagementspotenzial verwirklichen soll. Der Schaffung von Zugangswegen zum Engagement kommt in dieser Perspektive eine herausragende Bedeutung zu. Der Ausbau von Freiwilligendienstprogrammen und ihre mit Modellprojekten entschlossen betriebene intergenerationale Öffnung sind Ausdrucksformen dieses Politikansatzes.

EIGENSINN ERMÖGLICHEN

In der zweiten Sichtweise wird dem Dilemma Rechnung getragen, dass sich staatliche Engagementpolitik immer zwischen den Polen Standardisierung und Eigensinn bewegt (Jakob/Röbke 2011, S. 126). Politik kann Engagement ebenso wenig herbeiführen und mobilisieren wie sich etwa künstlerische Kreativität erzeugen oder abrufen lässt. Um im Bild zu

bleiben: Hingegen können Situationen und Handlungsrahmen geschaffen werden, die kreative Prozesse fördern und ermöglichen. Solche Kunst- oder auch Engagementträume ermöglichen Eigensinn und sind gestaltungsoffen. In diesem Sinn sollte der noch vor wenigen Jahren engagementpolitisch absente Staat nach dem Leitbild eines ermöglichenden Staates geformt werden. Gesellschaftliche Selbstorganisation zu unterstützen, ohne ihr eine Richtung vorzugeben, kann nur dann gelingen, wenn Engagement ermöglichende Rahmenbedingungen ins Werk gesetzt werden. Wichtiger Bestandteil dieser Rahmenbedingungen sind sogenannte Infrastruktureinrichtungen: Netzwerke und Vermittlungsagenturen, Selbsthilfekontaktstellen u.a.

Infrastruktureinrichtungen bürgerschaftlichen Engagements stehen daher im Zentrum engagementpolitischer Diskurse, weil sie wichtige Anknüpfungspunkte einer auf Ermöglichung und nicht auf Mobilisierung fokussierenden Engagementpolitik sind. Eine Studie über die in den Jahren gewachsene Vielfalt von Infrastruktureinrichtungen bürgerschaftlichen Engagements ist daher immer auch eine Studie über mögliche Hebel engagementpolitischer Fördermaßnahmen. Der Generali Engagementatlas 2015 siedelt sich in diesem Spannungsbogen zwischen Zivilgesellschaftsforschung und -politik an.

FLIESENDE GRENZEN: DIE BESCHAFFENHEIT DES FELDES

Der „harte“ Begriff der Infrastrukturen bürgerschaftlichen Engagements¹⁾ steht in Widerspruch zu den fließenden Grenzen des Handlungsfeldes. Es ist mittlerweile Common Sense in der Fachdebatte, Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Selbsthilfekontaktstellen, Mehrgenerationenhäuser und Bürgerstiftungen als sogenannte Infrastruktureinrichtungen zu bezeichnen. Spätestens der Blick auf (frühere) Stadtteilbüros im Rahmen des Programms Soziale Stadt, Nachbarschaftshäuser, Soziale Zentren, Lokale Agenda-21-Initiativen, kommunale Anlaufstellen oder auch Pflegestützpunkte legt die fließenden Grenzen und weichen Ränder dieses Feldes trotz ausgeprägter Divergenzen tätigkeitsverwandter Organisationen frei. (vgl. dazu Jakob/Röbke 2010, S. 122)

1) Im Folgenden wird unterschieden zwischen zwei unterschiedlichen Verwendungsweisen des Infrastrukturbegriffes in der Engagementdiskussion. Der Infrastrukturbegriff wird hier nur im Sinne von Infrastruktureinrichtungen als speziellen auf die Engagementförderung abzielenden Organisationen verwendet, gleich, ob der Aspekt der Engagementförderung das alleinige und Haupt- oder nur ein untergeordnetes Ziel der Organisation darstellt.

Auch anzutreffen ist die Redeweise von den Organisationen des Dritten Sektors als den „organisationalen Infrastrukturen“ bürgerschaftlichen Engagements (Anheier 2013). Dieser weitergefasste Infrastrukturbegriff spielt im Rahmen des Generali Engagementatlas 2015 keine Rolle.

Organisationen, die sich Engagementförderung als einzige Mission auf die Fahnen geschrieben haben, finden sich neben anderen, die eigentlich in Handlungsfeldern wie der alternativen Kulturszene oder den Sozialen Diensten fest verwurzelt sind, dabei aber en passant wichtige Funktionen der Engagementförderung übernehmen – von der Überlassung von Räumen für Initiativen und Gruppen am gleichen Ort über öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Selbstorganisierte Initiativen arbeiten neben Stellen in kommunaler Trägerschaft. Selbst große Unternehmen richten für ihre Belegschaften feste Zuständigkeiten der Engagementförderung ein. Und Verbände wie der Deutsche Caritasverband oder der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) verfügen innerverbandlich über eigene Strukturen der

Engagementförderung und Qualifizierung einschließlich eigener Freiwilligenagenturen. Dem institutionellen Pluralismus sind an dieser Stelle keine Grenzen gesetzt. Die heterogenen Strukturen des Feldes bringen mit sich, dass Engagementpolitik und -förderung nicht einfach auf die Weiterentwicklung eines bestimmten institutionellen Typus setzen können. Je nach Landkreis oder Kommune sind in den letzten 20 Jahren höchst unterschiedliche „Engagementförderlandschaften“ entstanden, deren Weiterentwicklung folglich kontextspezifische Maßnahmen und Förderstrukturen benötigt. (Wolf/Zimmer 2012)

GROSSE ZIELE, WENIG MITTEL: ANMERKUNGEN ZUM FORSCHUNGSSTAND

In den letzten Jahren hat es eine Reihe von Studien zu Engagement fördernden Einrichtungen gegeben. (Backhaus-Maul/Speck 2011; Born 2005; Braun/Bischoff/Gensicke 2001; Ebert/Hartnuß/Rahn/Schaaf-Derichs 2002; Jakob/Röbke 2010; Wolf/Zimmer 2012)

Der Forschungsstand zeichnet in etwa folgendes Bild:

- **Junges Feld:** Die erste Freiwilligenagentur hat sich 1980 gegründet. „Nach einer eher zögerlichen Gründungswelle kam es vor allem Ende der 1990er-Jahre im Zuge der beginnenden Engagementdebatte zu einem deutlichen quantitativen Wachstum der Zahl der Freiwilligenagenturen. So existierten im Jahr 2001 deutschlandweit bereits ca. 190 Freiwilligenagenturen.“ (Backhaus-Maul/Speck 2011, S. 305) Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den anderen Einrichtungstypen ab. Die Bürgerstiftungen haben sich vergleichsweise spät etabliert. Die erste Bürgerstiftung in Deutschland wurde 1996 gegründet (Aktive Bürgerschaft 2011, S. 24) Dafür sind weitere Teile der soziokulturellen Einrichtungen und der Selbsthilfekontaktstellen eher älteren Datums. Viele davon haben sich in den 80er Jahren und den frühen 90ern gegründet (Braun/Bischoff/Gensicke 2001, S. 92).
- **Ressourcenabhängiges Angebotsspektrum:** Engagementförderung ist mehr als Vermittlung. Zum Tätigkeitsspektrum gehören genauso Information und Beratung von Freiwilligen, Zusammenarbeit mit Vereinen und anderen Organisationen, Öffentlichkeitsarbeit, die Bereitstellung von Fort- und Weiterbildungsangeboten, die Entwicklung eigener Engagementprojekte und neuer Engagementformate – um nur einige der wichtigsten Funktionen zu nennen (Ebert/Hartnuß/Rahn/Schaaf-Derichs 2002, S. 60 ff.; Wolf/Zimmer 2012, S. 138) Doch längst nicht alle Einrichtungen sind Vollsortimenter, die das ganze Repertoire von Engagementfördermaßnahmen selbst bereitstellen. Limitierender Faktor ist zumeist die „defizitäre Ressourcenausstattung.“ (Backhaus-Maul/Speck 2011, S. 308) Bereits die Studie im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen von 2002 konnte belegen, dass nur „diejenigen Freiwilligenagenturen ein breites Spektrum von Aufgaben und Leistungen erfüllen können, die finanziell entsprechend



ausgestattet sind und deshalb über eine vergleichsweise gute Mitarbeiter- und Ausstattungsstruktur verfügen.“ (Olk 2002, S. 14) Die unterschiedlichen Studien der zurückliegenden Jahre haben fast durchgängig belegt, dass das nur für einen kleinen Teil der Infrastruktureinrichtungen zutrifft.

— **Wirkungskontext Kommune:** Im Kontext kommunaler Handlungsräume kommt es zu höchst unterschiedlichen Arrangements und Konstellationen Engagement fördernder Einrichtungen. „Hier gleicht keine Struktur der Engagementförderung der anderen. In jeder Stadt gibt es ein anderes Akteursgefüge mit unterschiedlichen Verteilungen von Rollen sowie unterschiedlichen inhaltlichen und methodischen Schwerpunkten der Zielgruppenansprache.“ (Wolf/Zimmer 2012, S. 165) Fallstudien zeigen, dass häufig strukturelle Dimensionen eine ebenso wichtige Bedeutung für gelingende Engagementförderung vor Ort haben wie institutionelle. Es geht also nicht allein um die Frage, ob ein Mehrgenerationenhaus, eine Freiwilligenagentur oder eine andere spezifische Organisation vertreten ist oder nicht. Genauso bedeutsam ist die Frage nach der Kooperationsqualität und Vernetzung der Akteure vor Ort, der Ressortierung des Themas in der Kommunalverwaltung oder auch, ob es den Akteuren gelungen ist, sich auf ein gemeinsames Leitbild von Engagementförderung und Engagierter Kommune zu verständigen. „Daher gilt es der Einsicht zu folgen, dass Infrastruktur ein System benötigt und nicht nur die Anhäufung verschiedener Einrichtungen nebeneinander.“ (Ebd.: S. 167)

Zusammengenommen zeichnen die unterschiedlichen Studien das Bild eines jungen Feldes an der Schwelle zur Etablierung. Ob das zahlenmäßige Wachstum an Einrichtungen dabei „an seine Grenzen stößt“ und ein „natürliches Ende finden“ wird (Wolf/Zimmer 2012, S. 166) bleibt bloße Spekulation. Das zentrale und für den größten Teil der Organisationen zutreffende Entwicklungshemmnis ist die Ressourcenknappheit. Gleichzeitig verstellt die durch engagementpolitische Auseinandersetzungen beförderte Fokussierung auf einzelne Einrichtungen und Einrichtungstypen wie Freiwilligenagenturen und Mehrgenerationenhäuser den Blick auf die wirkungsrelevante Frage nach der Entwicklung und Ausgestaltung koordinierter und leitbildorientierter Engagementförderlandschaften auf lokaler Ebene als eigentliches Entwicklungserfordernis.

AUFBAU: VON INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN ZU ENGAGEMENTREGIONEN

Die vorliegende Studie versucht, den vorliegenden Forschungsstand in zwei Richtungen weiterzuentwickeln. Einerseits sollen vorhandene Erkenntnisse exakter bestimmt werden. Beispielsweise ist die defizitäre Ressourcenausstattung Engagement fördernder Einrichtungen zwar bekannt, die vorliegende Studien erlauben aber kaum eine exakte Bestimmung von vorhandenen und fehlenden Ressourcen. Außerdem sind die quantitativen Studien mit Erkenntnissen zum Ressourcenmangel überwiegend nur für einen Einrichtungstyp durchgeführt worden. Eine Übertragung der Befunde auf die je anderen

Typen ist nicht möglich. Mit der vorliegenden Studie möchten Herausgeber und Autoren daher eine auf dem Forschungsstand aufbauende, belastbare Datengrundlage für engagementpolitische Schlussfolgerungen schaffen.

Der Aufbau der Studie in Kürze: Der Einleitung folgen eine knappe Zusammenfassung (Kapitel 2) der wesentlichen empirischen Befunde und der politischen Schlussfolgerungen und Empfehlungen. Der Hauptbericht der empirischen Untersuchung gliedert sich in vier Kapitel. In Kapitel 3 wird der „Flickenteppich“ von Engagementförderndeinrichtungen, ihre Verteilung auf und in den Landkreisen aufgearbeitet. Der Entwicklung der Engagementförderlandschaft liegt weder ein Plan noch ein System zu Grunde, was zu je nach Stadt oder Region anders gelagerten Problemlagen und Herausforderungen führt. Diese Pluralisierung auf der Raumbene spiegelt sich auf der Organisationsebene wider. Infrastruktureinrichtungen decken verschiedene Formen der Engagementförderung unterschiedlich ab. Von Spezialisten bis zu Generalisten (Kapitel 4) finden sich alle unterschiedlichen Abstufungen. Diese verschiedenen gelagerten operativen Ausrichtungen der Organisationen sind aber nicht nur Resultat strategischer Entscheidungen, sondern mindestens genauso abhängig von den für die Arbeit zur Verfügung stehenden personellen und finanziellen Ressourcen. Reichtümer werden hier selten verwaltet. Infrastruktureinrichtungen gleichen meist eher dem Bild von „Mangelverwaltern“ (Kapitel 5). Diese Befunde werden anschließend in Einzeldarstellungen (Kapitel 6) auf die Ebene der einzelnen Einrichtungstypen heruntergebrochen, um den institutionellen Pluralismus angemessen differenziert in den Blick zu bekommen.

Die zentralen Ergebnisse der empirischen Untersuchung aufgreifend werden abschließend (Kapitel 7) Konsequenzen und Empfehlungen für Engagementförderung und -politik aufgestellt. Die Hauptthese: der zentrale Adressat politischer Maßnahmen für die Weiterentwicklung Engagement fördernden Infrastrukturen darf nach zahlreichen Modellprogrammen von Bund und Ländern nicht länger die Ebene einzelner Einrichtungstypen (Mehrgenerationenhäuser, Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen etc.) sein. Vielmehr will der Generali Engagementatlas 2015 den Anstoß geben, den bisherigen Diskurs über Infrastruktureinrichtungen in Richtung eines Diskurses über Engagementförderregionen oder -landschaften weiterzuentwickeln. Dazu gilt es, ein Verständnis kommunaler Wirkungszusammenhänge zu entwickeln. Engagementförderstrukturen sind eingebettet in einen Zusammenhang von lokaler Demografie und Sozialstruktur, informellen Engagementstrukturen und organisierter Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Wirtschaftsstandort. Ob und wie einzelne Einrichtungen der Engagementförderung Wirkung entfalten, hängt neben ihrer Ressourcenausstattung genauso von ihrer Einbindung in arbeitsteilige Kooperationsnetzwerke und ihrer sozialen Verankerung ab. Erkenntnisse zu liefern, wie diese Engagementförderregionen systematisch weiterentwickelt werden können, ist das eigentliche Anliegen der vorliegenden Studie. Dass dieser Perspektivwechsel Fragen aufwirft, die über die vorliegende Studie hinausgehen, ist Herausgebern und Autoren wohl bewusst.

SUMMARY

2. Wesentliche Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Loring Sittler, Generali Zukunftsfonds

Das zentrale Anliegen des Generali Engagementatlas 2015 besteht darin, erstmals eine quantitative und qualitative Gesamtbetrachtung des Feldes der Engagement unterstützenden Einrichtungen vorzunehmen. Insbesondere folgende Fragen waren bisher mangels empirischer Grundlage nicht ausreichend zu beantworten: Welche Einrichtungen gibt es insgesamt in der Fläche und welche Aufgaben werden von ihnen erfüllt? Welche Zielgruppen und welche Themenfelder sprechen sie an? Welche finanzielle und personelle Ausstattung steht ihnen dafür zur Verfügung und welche Kooperationsbeziehungen bestehen untereinander und zu den anderen Sektoren?

Der Generali Engagementatlas 2015 gibt den Anstoß, den bisherigen Diskurs über Infrastruktureinrichtungen in Richtung eines Diskurses über Engagementregionen weiter anzufachen und strategisch zu entwickeln. Dabei muss beachtet werden, dass Einrichtungen der Engagementförderung nur Wirkung entfalten können, wenn sie über eine zweckmäßige Ressourcenausstattung verfügen und wenn sie in arbeitsteilige Kooperationsnetzwerke mit der Politik, der Wirtschaft und den anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren eingebunden sind.

DREI ZENTRALE ERGEBNISSE

1. DER FLICKENTEPPICH

Rund 3.400 Engagement unterstützende Einrichtungen existieren bundesweit. Auffällig ist die regional sehr unterschiedliche Verteilung der Einrichtungstypen. Ob Mehrgenerationenhaus, Kommunale Stabsstelle oder Freiwilligenbüro – kein Typus konnte sich flächendeckend durchsetzen. Stattdessen gibt es Ballungsgebiete und blinde Flecken.

2. DIE SPEZIALISTEN UND DIE GENERALISTEN

Die Mehrheit der Engagement unterstützenden Einrichtungen haben Überschneidungen im Leistungsportfolio und bei der Zielgruppenansprache. Für Senioren gibt es die meisten Angebote. Es fehlt häufig an einer klaren Definition dieser Tätigkeit mit der dazugehörigen Budgetierung. Zwischen den einzelnen Einrichtungen herrscht eher Koexistenz, strategische Partnerschaften werden selten eingegangen. Auch mit Unternehmen gibt es wenig langfristige Kooperationen.



3. DIE MANGELVERWALTER

Ein Großteil der Engagement unterstützenden Einrichtungen ist unterfinanziert und personell unzureichend ausgestattet. Grund dafür ist die starke Abhängigkeit von öffentlichen Geldern und Projektförderungen. Nachhaltige Finanzierungspläne sind die Ausnahme. Die Folge sind personelle und zeitliche Engpässe. Ein Teufelskreis, denn so stehen für strategische Planungen und den Aufbau von langfristigen Kooperationen zu wenig Ressourcen zur Verfügung.

Fazit: Die Ergebnisse des Generali Engagementatlas 2015 zeigen deutlich, dass es trotz erheblicher finanzieller Anstrengungen bisher nicht gelungen ist, eine profilierte, unabhängige und nachhaltige Infrastruktur für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aufzubauen. Das kritische Fazit stellt keineswegs die Leistungen der Einrichtungen vor Ort in Frage. Im Gegenteil: Die Kreativität, Kompetenz und Leistungsbereitschaft ist enorm. Sie allein reicht jedoch nicht, um das Fehlen einer Gesamtstrategie zu kompensieren. Der Generali Zukunftsfonds meint: Es ist Zeit zu handeln.

VIER HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Am Ende der Studie sind vier Handlungsempfehlungen aus den Erkenntnissen abgeleitet worden.

1. NICHT EINRICHTUNGEN, SONDERN ENGAGEMENTREGIONEN FÖRDERN

In der Förderpolitik von Bund, Ländern und Kommunen muss ein Paradigmenwechsel stattfinden. Statt weiterhin einzelne, voneinander losgelöste Modellprogramme und Fördertöpfe ins Leben zu rufen, die jeweils einen bestimmten Einrichtungstyp unterstützen und die „Projektitis“ begünstigen, bedarf es einer föderal abgestimmten und nachhaltigen Förderstrategie. Es gilt, das große Ganze im Blick zu behalten und auf einen sinnvollen Einrichtungsmix vor Ort zu setzen. Grundlage für neue Förderstrukturen sind u.a. die haushaltsrechtliche Definition von Engagementförderung als kommunale Pflichtaufgabe sowie die Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern.

2. KOMMUNEN MIT FÖRDERINSTRUMENTEN AUSSTATTEN UND ABSTIMMUNGSPROZESSE VERBESSERN

Engagementregionen können nur vor Ort entstehen. Allein lokale Verantwortungsgemeinschaften besitzen das notwendige Wissen über den Bedarf und Gegebenheiten in ihrer Region. Bund, Länder und überregional aktive Förderer sollten diese Entwicklungen durch unterstützende Angebote, wie zum Beispiel Wissenstransfer und Prozess-Know-how, begleiten. Für dieses Vorgehen ist eine verbesserte Abstimmung zwischen allen beteiligten Akteuren unerlässlich.

3. ZIVILGESELLSCHAFTLICHE SYNERGIEN KONSEQUENT NUTZEN

Das Konzept lokaler Engagementregionen erfordert nicht nur von der Politik neue Handlungsmuster. Auch die Einrichtungen dürfen sich nicht länger an den eigenen Möglichkeiten und den Erhalt der eigenen (zumeist prekär ausgestatteten) Strukturen orientieren. Um gemeinsame Ziele zu erreichen, gilt es, Mut aufzubringen und Synergien konsequent zu nutzen. Auch wenn dies die Aufgabe bisheriger Verantwortungsbereiche oder das Zusammenlegen von Ressourcen bedeutet.

4. UNTERNEHMENSBÜRGER EINBINDEN

Unternehmen sind weit mehr als reine Sponsoren, die punktuell Veranstaltungen oder Projekte fördern. Sie sind ein wichtiger Teil der Gesellschaft, die es – ganz im Sinne des gemeinsamen Wirkens – als langfristige und strategische Partner zu gewinnen gilt. Für viele Engagement unterstützende Einrichtungen ist die Zusammenarbeit mit Unternehmen Neuland. Dies muss sich ändern, auch wenn der Aufbau von Unternehmenspartnerschaften Zeit und Kreativität erfordert.

Die Herausforderungen des demografischen Wandels müssen stärker als bisher berücksichtigt und im gemeinsamen Handeln gemeistert werden. Darin besteht die große Chance, die aber auch tatkräftig genutzt werden muss.

3. Der Flickenteppich

Stefan Bischoff und Erik Rahn, Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung (ISAB)

Ausgangspunkt ist die bisher fehlende Gesamtübersicht der unterschiedlichen Infrastruktureinrichtungen der lokalen Engagementförderung. Eine deutliche Dynamik in der Entstehung weiterer Anlaufstellen wird kontrastiert von einer zunehmenden Unübersichtlichkeit des Feldes. Es wurden deshalb erstmals die Anzahl und der Verbreitungsgrad der jeweiligen Anlaufstellen erfasst. Dabei treten sowohl Ballungen als auch „weiße Flecken“ zu Tage. Kein Einrichtungstyp konnte bislang eine bundesweite Flächendeckung erreichen; die Verteilung der verschiedenen Formen ist zudem uneinheitlich.

Unter dem Titel „Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen“ führte das ISAB-Institut von Ende 1999 bis Ende 2001 ein zweijähriges Forschungs- und Praxisprojekt durch, das damals erstmalig empirisch gesicherte Erkenntnisse zur Situation der so genannten „Engagement unterstützenden Infrastruktur“ in Kommunen und zur Praxis und zu den Zielen der Engagementförderung von Kommunen lieferte (vgl. Braun/Bischoff 2001; Braun/Abt/Bischoff 2000). Danach gab es in Deutschland 585 Engagement unterstützende Einrichtungen. Die damals existierenden Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen und ähnlichen Einrichtungen waren allerdings nicht in allen Kommunen vorhanden. Die bestehenden 585 Anlaufstellen verteilten sich auf 383 Kommunen, die alle mehr als 10.000 Einwohner hatten. Da es in Deutschland 1.525 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern gibt, heißt das, dass gerade einmal jede vierte dieser Kommunen über eine Anlaufstelle verfügte. 261 Kommunen hatten eine der drei genannten Anlaufstellen, also entweder eine Selbsthilfekontaktstelle, ein Seniorenbüro oder eine Freiwilligenagentur. 95 Kommunen hatten zwei Anlaufstellen. In 27 Kommunen gab es drei und mehr Anlaufstellen. In Städten unter 10.000 Einwohnern waren im Jahr 2000 keine Anlaufstellen tätig.

Vor dem Hintergrund der damals sehr unzureichenden Infrastruktursituation empfahl das ISAB-Institut, das Informationsangebot der Kontaktstellen zu erweitern. Die Stellen sollen sich nicht mehr auf eine spezielle Gruppe oder Beratung konzentrieren, sondern Bürger jeden Alters über alle Bereiche des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe beraten können. Dies schlug das ISAB-Institut auch allen Kommunen vor, die bis zu diesem Zeitpunkt keine Informations- und Kontaktstelle hatten.

Die vom Deutschen Bundestag eingerichtete Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ griff Ergebnisse aus der ISAB-Studie auf und sprach sich für den Auf- und Ausbau einer nachhaltigen Infrastruktur zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements aus. Im Jahr 2005 schloss sich der Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) den Empfehlungen der Enquete-Kommission an und entwickelte förderpolitische

Empfehlungen zur Stärkung und zum Ausbau Engagement unterstützender Infrastruktureinrichtungen in Kommunen (vgl. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2005). In einem weiterführenden Diskussionspapier aus dem Jahr 2007 (vgl. Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement 2007) wurden diese Empfehlungen präzisiert und erweitert. Dabei wurde u.a. die Auffassung vertreten, dass diese Infrastruktureinrichtungen eine grundständige Absicherung benötigen, unter Einschluss von Mitteln der öffentlichen Hände und mit verbesserten Möglichkeiten von Mischfinanzierungen. Die Einrichtungen sollen sich untereinander vernetzen und miteinander kooperieren. Als notwendig wurde ferner eine stärkere Kooperation und Kommunikation der Kommunen, Städte, Landkreise und Länder mit den Engagement fördernden Infrastruktureinrichtungen gesehen, um u.a. einheitliche Standards zu schaffen.

Die Empfehlungen der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ sowie des BBE sind jedoch im Hinblick auf die nachhaltige Absicherung der Infrastruktureinrichtungen weitgehend wirkungslos geblieben. Ähnliches gilt für die strategischen Überlegungen zur Verbesserung der Vernetzung, Kooperation und der Schaffung von Standards. Dies belegt u.a. eine Untersuchung von André Christian Wolf und Annette Zimmer aus dem Jahr 2012 (Wolf/Zimmer 2012). Zwar hat sich die Zahl der Anlaufstellen zur Engagementförderung in den letzten 15 Jahren deutlich erhöht und neben den im Jahr 2000 vorrangig existierenden Einrichtungen wie Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen sind weitere Einrichtungstypen entstanden, wie z.B. Bürgerstiftungen, Bündnisse für Familie, Mehrgenerationenhäuser, Stadtteilbüros und Kommunale Stabsstellen. Im Ergebnis ist jedoch eher eine bunte, von Unübersichtlichkeit geprägte Landschaft Engagement unterstützender Einrichtungen entstanden, die häufig prekär finanziert und personell sowie finanziell unterausgestattet sind.

Völlig zu Recht fragen Wolf/Zimmer angesichts der noch immer zunehmenden Zahl an Anlaufstellen *„Welche Vor- und Nachteile bringt die Vielfalt der Einrichtungen in den Kommunen mit sich? Welche Einrichtungsformen und -typen sind noch zeitgemäß? Wie ergänzen sich die Angebote, wo überschneiden sie sich und wo stehen sie in Konkurrenz zueinander? Und: Wie sieht die Zusammenarbeit der Anlaufstellen, Büros und Agenturen untereinander aus?“*

In ihrer analytischen Bestandsaufnahme skizzieren Wolf/Zimmer auf der Basis einschlägiger Fachpublikationen anschaulich die Entstehungsgeschichten, Leistungsprofile, Ressourcen und Herausforderungen der unterschiedlichen Einrichtungstypen. Ihre – im Grundsatz richtigen – Empfehlungen zur Förderung und Weiterentwicklung der Einrichtungen

greifen jedoch zu kurz, da es kaum möglich ist, tragfähige Empfehlungen zur Zukunftsfähigkeit einzelner Einrichtungstypen auf Basis von sechs Modellkommunen und nur wenigen Einrichtungen pro Typ zu entwickeln. Insbesondere dann nicht, wenn in die Vergleichsbetrachtungen auf der einen Seite besonders leistungsfähige Freiwilligenagenturen eingehen, die auch von ihrer personellen Ausstattung her keinesfalls repräsentativ für den Einrichtungstyp Freiwilligenagentur sind, und auf der anderen Seite Seniorenbüros, die nicht zu den „Trendsettern“ zählen.

Ein weiteres Manko der Studie besteht darin, dass nicht untersucht wurde, in welchen Städten, Gemeinden und Kreisen es eine oder mehrere dieser Einrichtungen gibt bzw. welche Kommunen keine entsprechende Einrichtung besitzen. Entsprechende Informationen sind jedoch von grundlegender Bedeutung, da jede einzelne Kommune spezifische Anforderungen hat. So stellt sich für eine Kommune, die lediglich über eine Anlaufstelle verfügt, z.B. ein seit Jahren erfolgreich arbeitendes Seniorenbüro betreibt, die Frage, wie eine Weiterentwicklung dieser Einrichtungen hin zu einer bereichs- und zielgruppenübergreifenden Entwicklungsagentur geleistet werden kann. In einer Kommune, in der mehrere unterschiedliche Anlaufstellen parallel arbeiten, wird man sich hingegen eher fragen, ob diese Parallelstrukturen sinnvoll sind, ob Synergien sinnvoll genutzt werden oder ob gegebenenfalls die Zusammenführung notwendig erscheint. Dabei wird man sowohl die Größe einer Stadt bzw. eines Kreises berücksichtigen wie auch den Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach besserer Information und Beratung über Gelegenheiten zu freiwilligem Engagement und zur Selbsthilfe.

Vor diesem Hintergrund ist es ein zentrales Anliegen der vorliegenden Studie, erstmals eine quantitative und qualitative Gesamtbetrachtung des Feldes der Engagement unterstützenden Infrastruktureinrichtungen vorzunehmen. Kurz gesagt: Welche Einrichtungen gibt es insgesamt in der Fläche und welche Aufgaben werden von ihnen erfüllt? Welche Zielgruppen und welche Themenfelder sprechen sie an? Welche finanzielle und personelle Ausstattung steht ihnen dafür zur Verfügung und welche Kooperationsbeziehungen bestehen untereinander?

Die – mal mehr, mal weniger – explizite Formulierung der Aufgabe der lokalen Engagementförderung war entscheidend für die Aufnahme der jeweiligen Formen in das hier zugrunde liegende Sample. Die Auswahl der in Frage kommenden Einrichtungen war deshalb notwendigerweise weit gefasst. Aus systematischen und methodischen Gründen wurden deshalb folgende Einrichtungstypen in die Erhebung mit einbezogen:

- Bürgerstiftungen
- Freiwilligenagenturen
- Kommunale Stabsstellen
- Mehrgenerationenhäuser
- Mütterzentren
- Selbsthilfekontaktstellen
- Seniorenbüros
- Soziokulturelle Zentren.

Die Einbeziehung einer großen Bandbreite von Einrichtungstypen in die Stichprobe folgt der methodischen Entscheidung für eine intelligente Arbeitsteilung von Erhebung und Auswertung. Zugleich sollte damit ein Normativitätsproblem umgangen werden. Denn die Frage, welche Einrichtungstypen legitimerweise als Infrastruktureinrichtung gelten dürfen und welche nicht, wird zugleich politisch ausgetragen und taugt damit nicht zum Ausgangspunkt des Stichprobensamplings. Mit dem vorliegenden Ansatz wird daher ein breiterer Kreis an Einrichtungstypen in die Befragung mit aufgenommen. Welche Organisationen und Einrichtungen welche Leistungen der Engagementförderung in welchem Umfang übernehmen, hat die Auswertung zu zeigen. Damit wurde das Erhebungs- und Forschungsdesign der ISAB-Studie von 2001 zeitgemäß weiterentwickelt.

Die unterschiedlichen Einrichtungen wurden auf Basis einer umfangreichen Feldrecherche, dem Abgleich mit vorhandenen Datenbeständen der jeweiligen Bundesverbände und sonstiger verfügbarer Quellen erfasst. Alle Einrichtungen wurden in einer bereinigten Datenbank zusammengeführt, sodass es erstmals eine Übersicht über die gesamte Zahl der bundesweit feststellbaren Adressen der genannten Einrichtungstypen gibt. Diese Übersicht lässt sich bis auf Gemeinde- und Kreisebene verfolgen.

DEUTLICHE ERHÖHUNG DER ANZAHL DER ANLAUFSTELLEN

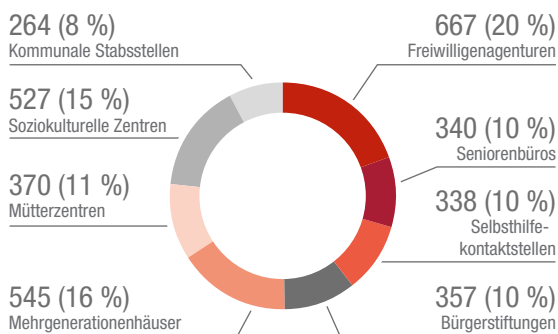
In den vergangenen Jahren hat sich die Gesamtzahl der Engagement unterstützenden Einrichtungen deutlich erhöht. Über das gesamte Bundesgebiet hinweg gibt es 3.408 der ermittelten acht Einrichtungstypen, die in 1.289 Städten und Gemeinden ansässig sind.

Bei der Anzahl der jeweiligen Einrichtungstypen gibt es Unterschiede, jedoch keine klare Dominanz eines bestimmten Typs. Jede fünfte der Einrichtungen ist eine Freiwilligenagentur. Ebenfalls oft angeboten und genutzt werden Mehrgenerationenhäuser und Soziokulturelle Zentren. Die Kommunalen Stabsstellen sind der zahlenmäßig kleinste Einrichtungstyp.

Über die Hälfte der befragten Einrichtungen sind nach dem Jahr 2000 entstanden. Besonders stark erhöht hat sich die Anzahl der Freiwilligenagenturen (74 %). Fast ebenso stark gewachsen ist die Zahl der Bürgerstiftungen, der Kommunalen Stabsstellen und der Mehrgenerationenhäuser. Die wachsende Anzahl von Mehrgenerationenhäusern ist dabei insbesondere auf zwei Bundesmodellprogramme zurückzuführen. Weitgehend stabil geblieben ist hingegen die Zahl der Selbsthilfekontaktstellen, Soziokulturellen Zentren und der Mütterzentren. (Abb. 2)

Eine Sonderform stellen die hier „Kombinationseinrichtungen“ genannten Typen dar. Mehr als ein Viertel der befragten Einrichtungen ordneten sich nicht nur einem, sondern zwei oder mehreren Einrichtungstypen zu. Dabei sind unterschiedliche Kombinationen anzutreffen (z.B. Seniorenbüros und Freiwilligenagentur oder Mütterzentrum und Mehrgenerationenhaus). Diese sind bereits vor mehr als zehn Jahren mit einem Einrichtungstyp gestartet und haben durch eine Profilerweiterung im Laufe der Zeit weitere Funktionen übernommen.

Anzahl der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Typen



Basis: 3.408 Einrichtungen in 1.289 Städten und Gemeinden

Abbildung 1: Anzahl der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Typen

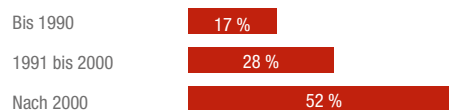
Wie viele Einrichtungen im gleichen Zeitraum geschlossen wurden, heute unter einer anderen Bezeichnung weiterarbeiten oder in einer anderen Einrichtung aufgegangen sind, wurde in der Untersuchung nicht ermittelt. Einschlägige Publikationen zeigen jedoch, dass es bei den Engagement unterstützenden Einrichtungen immer wieder zu Strukturbrüchen gekommen ist; Neugründungen, Schließungen und Wiedereröffnungen wechseln sich ab.

REGIONAL SEHR UNTERSCHIEDLICHE VERTEILUNG

Ein Blick auf die Landkarte vermittelt zunächst den Eindruck, dass sich die Engagement unterstützenden Einrichtungen nahezu gleichmäßig und flächendeckend über das Bundesgebiet verteilen. Analog zur Bevölkerungsverteilung gibt es ein leichtes Ost-West- und Nord-Süd-Gefälle. In nahezu jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt ist mindestens eine Engagement unterstützende Einrichtung zu finden. Insofern kann von einem „Netz“ dieser Anlaufstellen gesprochen werden. Allerdings gilt dies nur in der Summation aller hier aufgeführten Formen.

Die Anzahl der Engagement unterstützenden Einrichtungen unterscheidet sich je nach Bundesland. In den Flächenländern Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern gibt es erwartungsgemäß die meisten Einrichtungen. In den drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen und dem flächenmäßig kleinen Saarland gibt es hingegen, ebenfalls erwartungsgemäß, die wenigsten Einrichtungen.

Gründungsjahr



Verteilung auf die 9 Typen der nach 2000 gegründeten Einrichtungen

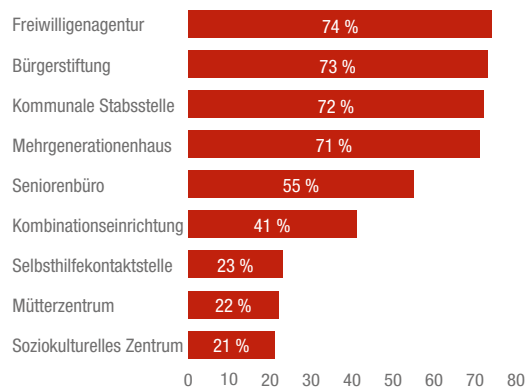


Abbildung 2: Gründungsjahr

Engagement unterstützende Einrichtungen in 1.289 Städten und Gemeinden

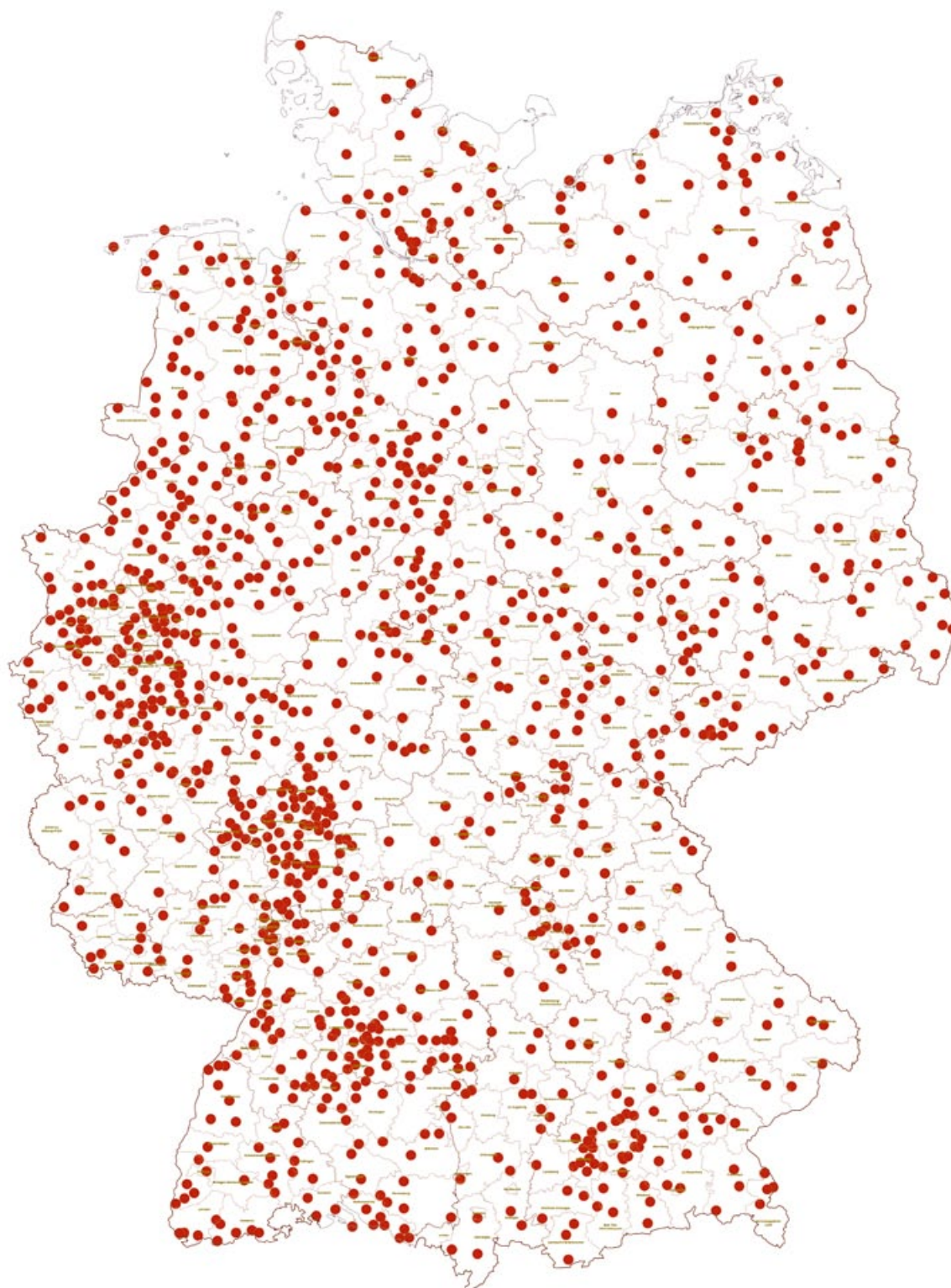


Abbildung 3: Engagement unterstützende Einrichtungen in 1.289 Städten und Gemeinden

Rechnet man die Anzahl der Einrichtungen auf die Einwohner um, ergeben sich beträchtliche Unterschiede. So kommen in Thüringen 8,4 Einrichtungen auf 100.000 Einwohner, in Berlin sind es nur 2,4 Einrichtungen. Bei dieser Verteilung von Einrichtungen auf Einwohner ist zudem kein Muster erkennbar. Bevölkerungsreiche und wirtschaftlich starke Bundesländer rangieren zum Teil eher im Mittelfeld, Stadtstaaten sowohl an der Spitze der Verbreitung wie auch an deren Ende.

Auch die Engagementquote, also der Anteil der jeweils in einem Bundesland freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger, liefert keine plausible Erklärung für diese Verteilung. In Bundesländern mit hohen Engagementquoten gibt es nicht zwangsläufig viele Engagement unterstützende Einrichtungen. So hat zum Beispiel Baden-Württemberg die höchste Engagementquote, liegt beim Anteil der Einrichtungen allerdings nur im Mittelfeld. Umgekehrt ist beispielsweise der Anteil der Einrichtungen in Thüringen mit 8,4 am höchsten, das Land liegt jedoch im unteren Drittel der Engagementquoten.

Andererseits kann nicht in Abrede gestellt werden, dass Engagement unterstützende Einrichtungen für die Erschließung von Engagementpotenzialen bedeutsam sind. Wie im Freiwilligen survey festgestellt wurde, haben diese Anlaufstellen von 2004 bis 2009 ihre Engagement fördernden Wirkungen von 3 % auf 7 % mehr als verdoppelt und stärkeren Einfluss auf die Gewinnung von Freiwilligen gewonnen als Presse und Medien

Anzahl der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Bundesländern

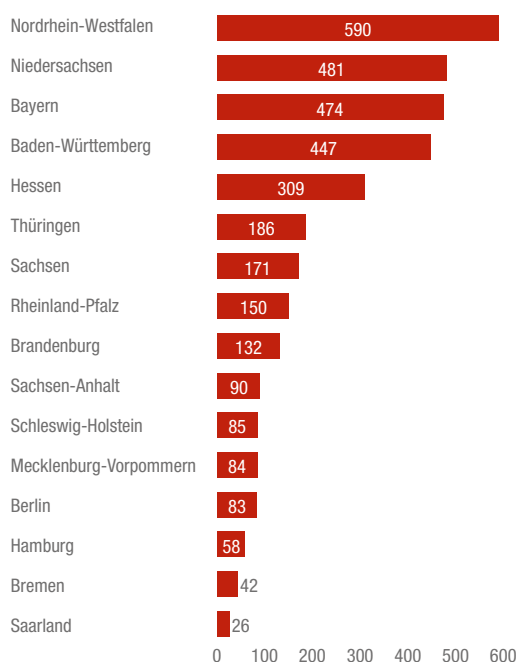


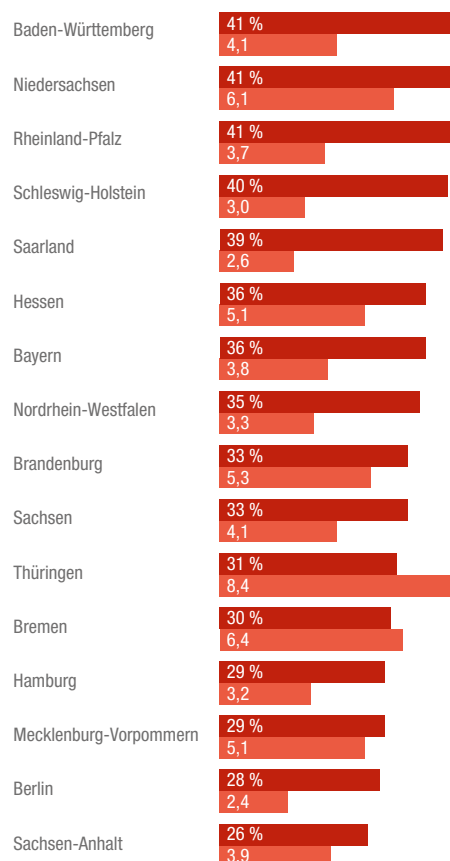
Abbildung 4: Anzahl der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Bundesländern

(5 %). Die größten Anstoßwirkungen gehen jedoch nach wie vor von den zivilgesellschaftlichen Organisationen aus. Aber auch eigene Erfahrungen der Bürger sowie der Rat von Freunden und Bekannten haben wichtige Impulsfunktionen (Abb. 6).

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass die Beratung und Vermittlung Engagierter nicht die einzige Aufgabe Engagement unterstützender Einrichtungen ist, sondern Teil eines umfassenden Leistungsportfolios (vgl. Kap. 4).

Auf der lokalen Ebene ergibt sich ein ähnlich uneinheitliches Bild. Während es in so gut wie jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt Mehrgenerationenhäuser gibt, haben nur drei Viertel dieser Landkreise und Städte auch eine Freiwilligenagentur – und das obwohl dies der insgesamt häufigste Einrichtungstyp ist. Auch die anderen Einrichtungstypen sind teilweise in weniger als der Hälfte der Landkreise und Städte vorhanden.

Engagementquoten und Engagement unterstützende Einrichtungen pro 100.000 Einwohner in den Bundesländern



■ Engagementquoten 2009 in % (Anteil Engagierter an der Bevölkerung)

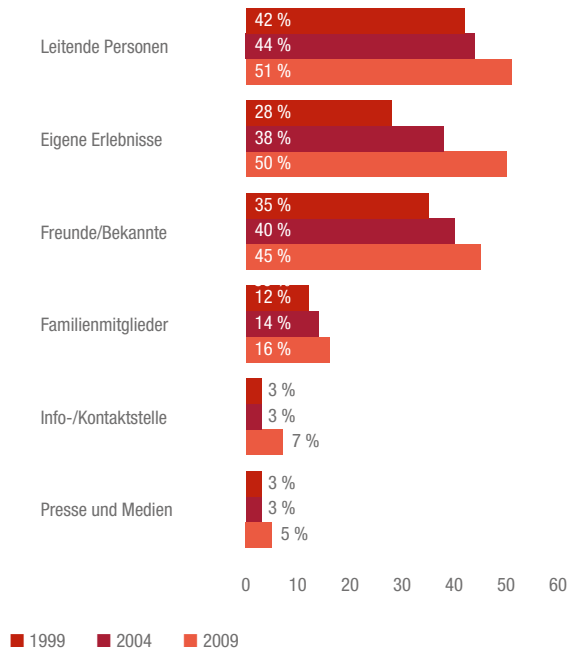
■ Einrichtungen pro 100.000 Einwohner

Quelle Engagementquoten: Freiwilligen survey 2009

Abbildung 5: Engagementquoten und Engagement unterstützende Einrichtungen pro 100.000 Einwohner in den Bundesländern

Zugangswege zum freiwilligen Engagement

Anstöße zum freiwilligen Engagement kamen durch ...



■ 1999 ■ 2004 ■ 2009

Darstellung ISAB-Institut 2012

Quelle: Freiwilligensurveys 1999, 2004, 2009

Abbildung 6: Zugangswege zum freiwilligen Engagement

Es sind allerdings nicht nur Unterschiede hinsichtlich der Gesamtanzahl der Einrichtungen bundesweit, auf Landesebene und in den Kreisen feststellbar, sondern auch ganz unterschiedliche geografische Verteilungen der einzelnen Typen (vgl. hierzu Kapitel 6). Es bestehen somit eine große Heterogenität und deutliche Unterschiede hinsichtlich der

Verbreitung der Anlaufstellen in den Bundesländern und insbesondere in den kreisfreien Städten und Landkreisen als einer Bezugsgröße, die für die Frage der regionalen Zugänge zu Engagement unterstützenden Leistungen besondere Relevanz besitzt.

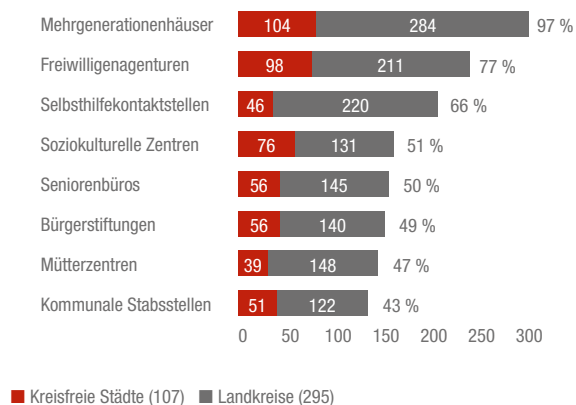
Betrachtet man die Vielfalt der vor Ort in kreisfreien Städten und Landkreisen vertretenen Einrichtungstypen, dann ergibt sich folgendes Bild: Lediglich eine kreisfreie Stadt sowie ein Landkreis im gesamten Bundesgebiet verfügen über keine der acht Einrichtungstypen. In allen anderen kreisfreien Städten und Landkreisen gibt es meist mehrere unterschiedliche Einrichtungen. Insgesamt ergeben sich gewisse Ballungen und Häufungen von Einrichtungen in einigen Landesteilen sowie in kreisfreien Städten und Landkreisen. Diese kontrastieren mit „weißen Flecken“ in anderen Regionen.

Rund ein Drittel der Engagement unterstützenden Einrichtungen sind in den 106 kreisfreien Städten zu finden, damit gibt es pro kreisfreie Stadt zehn Einrichtungen. Rund zwei Drittel der Einrichtungen befinden sich in den 294 Landkreisen, umgerechnet also acht Einrichtungen pro Landkreis. Dabei sind es oft gleiche Einrichtungstypen, die in diesen Städten/Landkreisen zu finden sind. Eine erkennbare Vielfalt der Einrichtungstypen gibt es oft nicht.

Insgesamt ist die Einrichtungsvielfalt in kreisfreien Städten in der Regel größer als in Landkreisen. Drei Viertel der kreisfreien Städte verfügen über fünf bis acht Einrichtungstypen. In den Landkreisen haben knapp drei Viertel drei bis sechs Einrichtungstypen.

Die Einrichtungen sind in der Regel erst ab einer Kommunengröße von 10.000 Einwohnern vermehrt anzutreffen. Noch am ehesten in kleineren Kommunen findet man Mehrgenerationenhäuser und Soziokulturelle Zentren. Die meisten sind jedoch an Standorten zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern

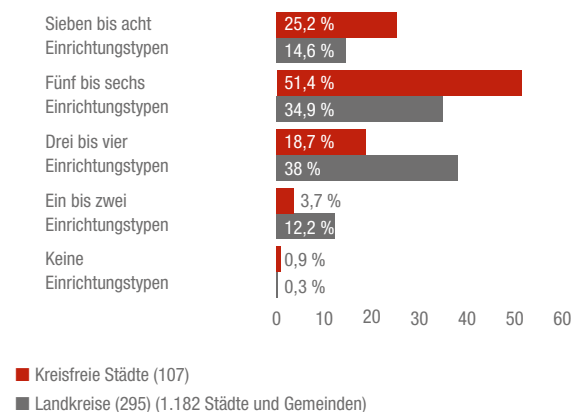
Verbreitungsgrad Engagement unterstützender Einrichtungen in Landkreisen und kreisfreien Städten



■ Kreisfreie Städte (107) ■ Landkreise (295)

Abbildung 7: Verbreitungsgrad Engagement unterstützender Einrichtungen in Landkreisen und kreisfreien Städten

Vielfalt Engagement unterstützender Einrichtungen in Landkreisen und kreisfreien Städten



■ Kreisfreie Städte (107)

■ Landkreise (295) (1.182 Städte und Gemeinden)

Abbildung 8: Vielfalt Engagement unterstützender Einrichtungen in Landkreisen und kreisfreien Städten

angesiedelt. Am häufigsten in Mittelstädten und Großstädten verortet sind Selbsthilfekontaktstellen, Kommunale Stabsstellen und Freiwilligenagenturen (vgl. Abb. 42 im Anhang).

Der Zuständigkeitsbereich der Einrichtungen ist überwiegend der städtische Raum. Dies gilt für alle unterschiedlichen Typen, mit Ausnahme der Selbsthilfekontaktstellen, die etwas häufiger für den Landkreis zuständig sind. Die Ausrichtung auf den Landkreis ist ansonsten bei allen anderen Einrichtungstypen deutlich seltener vorzufinden. Es kann jedoch sein, dass manche Anlaufstellen sowohl für die Stadt als auch für den umliegenden Landkreis zuständig sind. Eine erkennbare Orientierung auf den Stadtteil haben Soziokulturelle Zentren, Mütterzentren und zum Teil auch die Seniorenbüros (vgl. Abb. 43 im Anhang).

Beide Aspekte, Kommunengröße und Zuständigkeitsbereich, liefern Hinweise, dass die Verteilungsdichte umso geringer ist, je bevölkerungsärmer bzw. ländlicher das jeweilige kommunale Umfeld ist. Das Angebot an Anlaufstellen ist im kleinstädtischen und ländlichen Raum also noch einmal deutlich kleiner.

Der Eindruck einer gleichmäßigen Verteilung der Einrichtungen, wie dies der Blick auf die Landkarte (Abb. 3) zunächst nahelegt, ist demnach nicht zutreffend. Es gibt gerade kein strategisch entwickeltes Netzwerk, die Einrichtungen sind zufällig über Länder und Städte verteilt, sodass das Bild eines „Flickenteppichs“ entsteht. Von einem „Überangebot“ an Einrichtungen kann insofern nicht gesprochen werden.

EXKURS: HISTORISCHE UND KONTINGENTE GRÜNDE FÜR DAS WACHSTUM DER VERSCHIEDENEN TYPEN

Die Einrichtungen sind als Reaktion auf spezifische gesellschaftliche Situationen, durch unterschiedliche politische Präferenzen und als Folge von verschiedenen Förderprogrammen von Bund und Ländern entstanden. Mit Ausnahme der Freiwilligenagenturen war es bei den entstehenden Einrichtungen zunächst nicht das Ziel, primär lokales Engagement zu fördern, sondern wie z.B. bei den Seniorenbüros Ansatzpunkte für neue Altersbilder zu finden. Bei den historisch älteren Formen lag es zudem auch daran, dass die Thematik „Engagementförderung“ erst um die Jahrtausendwende begonnen hat, ihre heutige fachliche und gesellschaftliche Bedeutung zu erlangen.

Bereits in den 1990er Jahren hat es mehrere große Bundesmodellprogramme für Selbsthilfekontaktstellen und Seniorenbüros gegeben. Ein Bundesmodellprogramm für Freiwilligenagenturen gab es hingegen nicht. Wichtige Impulse kamen in diesem Bereich aus dem wohlfahrtsverbandlichen Bereich. So förderte der Caritasverband über Jahre hinweg ein Modellprogramm zur Einrichtung von Freiwilligen-Zentren im Deutschen Caritasverband (vgl. Baldas et. al. 2001). Diese Politik wiederholte sich zuletzt mit der breiten bundesweiten Förderung der Mehrgenerationenhäuser, die u.a. dadurch charakterisiert ist, dass über bestehende Strukturen hinweg eine neue Einrichtungstypen mit einem eigenen Akzent etabliert werden sollte. Wenn es auch in manchen Fällen zur Kombination, insbesondere mit den Mütterzentren, kam, so ist in der Fläche verpasst worden, mit bereits bestehenden Einrichtungen zusammenzuarbeiten und von deren Erfahrungen zu profitieren. Im Ergebnis führte diese – auf bestimmte Einrichtungsformen und nicht in erster Linie auf spezifische Funktionen ausgerichtete – Förderung zu der inzwischen vielfach beklagten „Versäulung“ der Engagement fördernden Infrastruktur, die auf lokaler Ebene ihre Entsprechung findet.

Die Bundesländer folgten im Prinzip dieser Entwicklung und setzten ihrerseits eigene und jeweils verschiedene Schwerpunkte. Bezogen auf die Bundesmodellprogramme sollten sie eigentlich die Nachhaltigkeit der betreffenden Einrichtungen absichern, waren dazu aber entweder nicht willens oder finanziell

nicht in der Lage. Vielmehr agierten sie vielfach parallel dazu und etablierten alternative oder ergänzende Formen, wie z.B. die Kommunalen Stabsstellen in Baden-Württemberg. Abgesehen von den durchaus wichtigen und erkennbaren Potenzialen der betreffenden Anlaufstellen, wurden dadurch weitere Einrichtungen geschaffen, die letztlich auch die ohnehin knappen Ressourcen binden. Allerdings haben einige Bundesländer die Problematik erkannt und entwickeln derzeit eigene Engagementstrategien, im ernsthaften Bemühen um eine abgestimmte Aufstellung der notwendigen Infrastruktur für die Engagementförderung.

Die Kommunen sind in doppelter Weise betroffen. Fast 90 % des bürgerschaftlichen Engagements findet im Lokalen statt, davon profitieren die Kommunen. Allerdings müssen die Kommunen die unterschiedlichen Organisationen auch größtenteils finanzieren. Dazu sind viele Städte und Gemeinden materiell jedoch nicht in der Lage. Da die Engagementförderung weiterhin als freiwillige Leistung der Kommunen betrachtet wird, entscheiden diese oft nach der jeweiligen Haushaltslage. Oft fehlt den Verantwortlichen vor Ort aber auch ein schlüssiges Konzept, das unterstützt werden könnte. Dabei hätte die Verbesserung etablierter Strukturen eher eine Chance auf finanzielle Unterstützung als der komplette Aufbau neuer Strukturen.

Die Einrichtungen selbst haben auf die hier beschriebene Entwicklung relativ wenig Einfluss. Zum einen da sie weitgehend abhängig sind von der öffentlichen Zuwendung, zum anderen weil die Dachorganisationen, soweit überhaupt vorhanden, ein nachvollziehbares Interesse an der Förderung ihres spezifischen Einrichtungstyps haben. Eine übergreifende Organisation aller Infrastruktureinrichtungen, die auch Einfluss auf die Politik hat, gibt es nicht. So kann die Zersplitterung des Feldes nur schwer überwunden werden. Um eine zukunftsfähige und bedarfsgerechte Infrastrukturlandschaft zu entwickeln, ist eine funktionierende Zusammenarbeit zwischen den Engagement unterstützenden Einrichtungen und den Entscheidungsträgern der föderalen Ebenen unerlässlich. Die Einrichtungen bzw. ihre Dachverbände sollten in die künftige Planung stärker als bisher mit einbezogen werden.

4. Spezialisten und Generalisten

Das Leistungsspektrum der Einrichtungen ist unterschiedlich. Es lassen sich zwei Gruppen voneinander unterscheiden: Anlaufstellen mit einem breiten Angebot in der lokalen Engagementunterstützung und solche, die eher spezifische Leistungen anbieten. Auch innerhalb der einzelnen Typen sind Unterschiede auszumachen. Die angesprochenen Engagementbereiche weisen eine hohe Übereinstimmung auf, während die Zielgruppen deutlich voneinander abweichen. Die Kooperationsbeziehungen erscheinen ebenso ausbaufähig wie die Wirkungsmessung der Einrichtungen.

Welche Leistungen sollen Anlaufstellen der lokalen Engagementförderung erbringen und was können sie tatsächlich leisten? Welche Bedeutung und welche Funktionen sollen sie für das bürgerschaftliche Engagement haben? Wie unterscheiden sich die unterschiedlichen Anlaufstellen-Typen voneinander und welche Gemeinsamkeiten haben sie? Diese Fragen ziehen sich wie ein roter Faden durch die fachpolitischen Diskurse der letzten 25 Jahre. Betrachtet man diese Debatten als Ganzes, dann wird deutlich, dass das den Anlaufstellen zugeschriebene Aufgabenspektrum umfangreicher geworden ist und damit die Erwartungen an sie gewachsen sind.

Information und Beratung interessierter Bürger, deren Vermittlung in eine passende Organisation und Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit gehören nach wie vor zu den wichtigsten Leistungen Engagement unterstützender Einrichtungen.

Seit Beginn des Jahrtausends ist jedoch eine ganze Palette weiterer Leistungsarten und Aufgabenkomplexe hinzugekommen. Bevor die Anlaufstellen befragt wurden, entwickelte das ISAB-Institut, in Rücksprache mit ausgewiesenen Experten und erfahrenen Praktikern, einen Gesamtkatalog von 18 Leistungen (Abb. 9). Zu den oben genannten Kernleistungen kommen neue wichtige Aufgaben hinzu. Dies sind unter anderem:

- Organisationsberatung für Vereine, Verbände und Unternehmen
- Entwicklung und Durchführung eigener Engagementprojekte
- Unterstützung neuer Engagementprojekte und Projektideen von Bürgerinnen und Bürgern
- Qualifizierung von Ehrenamtlichen und von hauptamtlichen Fach-/Führungskräften
- Durchführung von Fachveranstaltungen
- Organisatorische Unterstützung von Vereinen/Initiativen (Fundraising, Räume etc.).

Um ein Gesamtbild zu erhalten, wurden den Engagement unterstützenden Einrichtungen im Rahmen der Untersuchung folgende Themen abgefragt:

- Leistungen
- Zielgruppen
- Engagementbereiche
- Kooperationsbeziehungen
- Wirkungsmessung.

LEISTUNGSBEREICHE MIT HOHER, MITTLERER UND GERINGER BEDEUTUNG

Auf einen Nenner gebracht: Nicht alle Leistungen sind im selben Umfang überall abrufbar. Engagement unterstützende Einrichtungen, die das gesamte 18 Aufgaben umfassende Leistungsportfolio (Abb. 9) umsetzen, sind bisher die Ausnahme. Grundsätzlich lassen sich die Einrichtungen in zwei Gruppen einteilen: die „Spezialisten“ und die „Generalisten“.

Als Generalisten definieren wir diejenigen Anlaufstellen, die ein breites Leistungsspektrum abdecken. Zur Gruppe der Generalisten zählen wir Freiwilligenagenturen, Kommunale Stabsstellen, Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäuser und Kombinationseinrichtungen. Je nach thematischer Ausrichtung, sowie finanziellen und personellen Ressourcen weicht das Angebot innerhalb der Generalisten und auch innerhalb desselben Einrichtungstyps jedoch teilweise erheblich voneinander ab. So gibt es z.B. Freiwilligenagenturen, die mit mehr als zehn hauptamtlichen Kräften arbeiten und eine breite Palette von Projekten und Leistungen umsetzen, und solche Agenturen, die mit einer halben hauptamtlichen Stelle ausgestattet sind oder vollständig auf ehrenamtlicher Basis arbeiten. Es liegt auf der Hand, dass Letztere nur zu begrenzten Leistungen im Stande sind. Ähnliches gilt auch für die anderen Anlaufstellen-Typen.

Spezialisten sind nach unserem Verständnis solche Einrichtungen, die ein enges Leistungsspektrum abdecken und sich in der Regel auf unterschiedliche Teilleistungen der Engagementförderung spezialisiert haben. Zu den Spezialisten zählen Bürgerstiftungen, Mütterzentren, Soziokulturelle Zentren und Selbsthilfekontaktstellen. Auch hier gibt es innerhalb der Einrichtungstypen Unterschiede.

Um einen Eindruck zu gewinnen, welche Leistungen aus dem Gesamtkatalog in welchen Einrichtungen wie stark angeboten werden, schauen wir deshalb zunächst darauf, welche Aufgaben die einzelnen Einrichtungen für ihre Arbeit als bedeutsam ansehen. Eine objektive Bewertung, wie relevant diese jeweiligen Aufgaben dann tatsächlich für die lokale Engagementförderung sind, war damit nicht verbunden.

Im Ergebnis werden drei Leistungsbereiche erkennbar, die sich nach dem Grad ihrer Bedeutsamkeit voneinander unterscheiden. (Abb. 9)

„**Hohe Bedeutung**“ (**Leistungsbereich 1**) haben die Leistungen, die von drei Vierteln aller Akteure umgesetzt werden. Dazu zählen neben den eingangs skizzierten Kernaufgaben (Information, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung) auch die drei neuen Leistungsbereiche Durchführung eigener Projekte, Organisation eigener Veranstaltungen und Qualifizierung Freiwilliger.

Leistungen mit „**Mittlerer Bedeutung**“ (**Leistungsbereich 2**) werden von über der Hälfte der Anlaufstellen umgesetzt. Bei diesen Leistungen geht es um Know-how-Transfers, Wissensvermittlung, Fortbildung und Organisationsberatung für Vereine und Initiativen. Auffällig ist, dass auch die Vermittlung von interessierten Bürgern nur noch als Leistung mit „mittlerer Bedeutung“ angesehen wird, obwohl die Vermittlung zu Beginn des Jahrtausends noch zum Kernprofil der Einrichtungen gehörte. Demgegenüber konzentrieren sich viele Anlaufstellen heute stärker als früher auf die Durchführung eigener Engagementprojekte – aus nachvollziehbaren Gründen. Mit der Durchführung eigener Projekte generieren viele Anlaufstellen finanzielle und personelle Ressourcen, mit denen sie ihre eigene Existenz sichern.

Aufgaben mit „**geringer Bedeutung**“ (**Leistungsbereich 3**) werden von weniger als der Hälfte der Einrichtungen umgesetzt und fallen nur sporadisch an, wie zum Beispiel die Durchführung von Freiwilligentagen oder die Vermietung von Räumlichkeiten für andere Vereine. Die Vermietung trifft aber nur auf besser ausgestattete Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser oder Soziokulturelle Zentren zu (vgl. Kapitel 5). Weiterhin sind in dieser Gruppe drei Leistungen vorzufinden, die in den letzten Jahren immer häufiger in den Blick von Engagement unterstützenden Einrichtungen getreten sind. Dies sind organisationsbezogene Aufgabenbereiche wie die Qualifizierung von hauptamtlichen Fachkräften oder Organisationen, die Beratung und Qualifizierung von Unternehmen und die Unterstützung von Initiativen und Vereine durch Fundraising-Aktivitäten. Diese Art von Dienstleistungen setzen ein hohes Maß an spezifischen Kenntnissen und Erfahrungen voraus und sind darüber hinaus zeit- und kostenintensiv. Daher verwundert es nicht, dass bisher nur sehr wenige Anlaufstellen diese Aufgaben in ihrem Kernprofil verankert haben.

EINRICHTUNGEN MIT ENGEM UND BREITEM AUFGABENPROFIL

Wir haben bereits festgestellt, dass es unter den untersuchten Einrichtungstypen Spezialisten und Generalisten gibt, die sich entweder auf ein engeres Gebiet mit Teilleistungen spezialisieren oder ein recht großes Gebiet von Leistungen abdecken. Dass die Generalisten umfassendere Leistungen anbieten und die Spezialisten dagegen bewusst Schwerpunkte setzen, lässt sich an Abb. 9 zeigen. Diese fasst zusammen, wie häufig die

einzelnen Einrichtungen die Aufgaben erbringen, denen sie hohe und mittlere Bedeutung zumessen.

Die Aufgaben mit „**Hoher Bedeutung**“ werden von den Generalisten nahezu vollständig abgedeckt. Sie sind das Kernprofil dieser Einrichtungstypen. Die Spezialisten erbringen diese Fülle an Aufgaben meist seltener als die Generalisten. Sie setzen einzelne Schwerpunkte: Bürgerstiftungen planen und führen oft eigene Engagementprojekte durch, Soziokulturelle Zentren organisieren eigene Veranstaltungen und Selbsthilfekontaktstellen bieten neben zahlreichen Veranstaltungen auch die Qualifizierung und Begleitung freiwillig Engagierter an.

Auch die dem zweiten **Leistungsbereich** „**Mittlere Bedeutung**“ zugeordneten Aufgaben deckt der Großteil der Generalisten ab. Diese Aufgaben gehören zum erweiterten Aufgabenprofil dieser Einrichtungen. Die Spezialisten setzen auch in diesem Leistungsbereich Schwerpunkte: Bürgerstiftungen führen nicht nur selbst eigene Engagementprojekte durch (siehe oben), sondern sie unterstützen auch sehr oft die Engagementprojekte und Projektideen interessierter Bürger. Ein interessanter Aspekt bezieht sich auf den Selbsthilfebereich. Menschen, die sich informieren wollen und Beratung benötigen, können das zielgruppen- und themenübergreifend bei Selbsthilfekontaktstellen tun, deren Angebote am breitesten gefächert sind. Aber auch Mütterzentren, Mehrgenerationenhäuser und Seniorenbüros bieten für ihre jeweiligen Zielgruppen Angebote zur Selbsthilfe an. Von diesen Anlaufstellen werden besonders Alleinerziehende, Kinder, Jugendliche, Ältere, Hochaltrige, pflegende Angehörige sowie Migranten angesprochen. Dritter Aspekt: die Vermittlung freiwillig Engagierter. Mütterzentren, Mehrgenerationenhäuser, Soziokulturelle Zentren, Seniorenbüros und Kombinationseinrichtungen sind in hohem Maße auf die Mitwirkung Freiwilliger angewiesen und versuchen, diese Freiwilligen zur Mitarbeit in der eigenen Einrichtung zu gewinnen. Diese Einrichtungen richten die Information und Beratung Engagementinteressierter entsprechend darauf aus. Anders bei den Freiwilligenagenturen, deren Beratungsarbeit stärker darauf abzielt, Engagierte an andere Einrichtungen zu vermitteln.

Die Generalisten decken auch häufig Leistungen mit „**Geringer Bedeutung**“ ab. Viele Leistungen werden immerhin noch von mehr als der Hälfte der Einrichtungen erbracht. Diese Leistungen werden von den Spezialisten nur vergleichsweise wenig angeboten. Am ehesten werden noch Vereine und Initiativen von Selbsthilfekontaktstellen und Soziokulturellen Zentren unterstützt. Die Soziokulturellen Zentren vermieten außerdem auch deutlich häufiger eigene Räumlichkeiten an andere Organisationen.

Leistungsprofile von Spezialisten und Generalisten im Vergleich

	Durchschnitt	Spezialisten (Enges Aufgabenprofil)				Generalisten (Breites Aufgabenprofil)				
		Bürgerstiftung	Mütterzentrum	Selbsthilfekontaktstelle	Sozialkulturelles Zentrum	Freiwilligenagentur	Kommunale Stabsstelle	Mehrgenerationenhaus	Seniorenbüro	Kombinationseinrichtung
„Hohe Bedeutung“										
Information und Beratung zu Möglichkeiten des freiwilligen Engagements	82 %	44 %	72 %	55 %	62 %	98 %	97 %	92 %	89 %	86 %
Öffentlichkeitsarbeit für das freiwillige Engagement	82 %	63 %	56 %	76 %	55 %	98 %	100 %	88 %	84 %	80 %
Durchführung von Veranstaltungen (Konzerte, Ausstellungen, Feste, Vorträge etc.)	77 %	61 %	67 %	78 %	83 %	63 %	88 %	96 %	84 %	80 %
Entwicklung und Durchführung von eigenen Engagementprojekten	76 %	80 %	67 %	53 %	72 %	83 %	84 %	89 %	79 %	81 %
Qualifizierung/Begleitung freiwillig Engagierter	75 %	32 %	50 %	77 %	48 %	90 %	81 %	87 %	71 %	76 %
Vernetzung der Akteure (Kommune, Wirtschaft, Zivilgesellschaft)	74 %	39 %	44 %	70 %	62 %	79 %	91 %	81 %	75 %	79 %
„Mittlere Bedeutung“										
Durchführung von Kursen, Workshops, Tagungen etc.	71 %	20 %	67 %	75 %	45 %	61 %	78 %	85 %	79 %	80 %
Unterstützung neuer Engagementprojekte und Projektideen von Bürger/-innen	69 %	71 %	39 %	48 %	66 %	69 %	88 %	77 %	79 %	74 %
Information und Beratung zur Selbsthilfe	66 %	17 %	83 %	98 %	17 %	36 %	53 %	81 %	84 %	65 %
Vermittlung von freiwillig Engagierten in die eigene Einrichtung	63 %	17 %	89 %	35 %	69 %	62 %	44 %	91 %	73 %	78 %
Vermittlung von freiwillig Engagierten an andere Einrichtungen	58 %	15 %	11 %	30 %	21 %	96 %	66 %	56 %	71 %	57 %
Unterstützung von Vereinen und Initiativen durch kostenlose Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten	54 %	12 %	50 %	62 %	66 %	17 %	41 %	83 %	61 %	52 %
„Geringe Bedeutung“										
Durchführung von Freiwilligentagen/ Freiwilligenbörsen o.Ä.	48 %	12 %	17 %	13 %	17 %	65 %	53 %	43 %	50 %	51 %
Organisatorische Unterstützung von Vereinen und Initiativen	46 %	27 %	11 %	57 %	52 %	52 %	72 %	61 %	64 %	51 %
Qualifizierung/Beratung von hauptamtlichen Fachkräften/Organisationen	46 %	2 %	39 %	40 %	14 %	57 %	56 %	60 %	50 %	51 %
Vermietung von Räumlichkeiten	33 %	5 %	44 %	37 %	59 %	6 %	16 %	71 %	30 %	38 %
Fundraising für Initiativen und Vereine	22 %	27 %	11 %	9 %	28 %	16 %	34 %	21 %	36 %	26 %
Beratung/Qualifizierung von Unternehmen	13 %	2 %	6 %	5 %	0 %	27 %	19 %	15 %	7 %	12 %

Prozentwerte „Hohe u. mittlere Bedeutung“ sind zusammengefasst. ■ Überdurchschnittliche Aufgabenwahrnehmung

Abbildung 9: Leistungsprofile von Spezialisten und Generalisten im Vergleich

WENIG ÜBEREINSTIMMUNG DER ENGAGEMENTBEREICHE

Um die Engagementbereiche zu ermitteln, in denen die Anlaufstellen tätig sind, wurde diesen eine Auswahlliste vorgelegt, die sich am Freiwilligensurvey 1999 orientiert. Dort wurden die Bereiche gemessen, in denen sich die Bürger/-innen engagieren. Entlang der 18 verschiedenen Bereiche sollten die Einrichtungen die Frage beantworten: „In welchen Bereichen unterstützt Ihre Einrichtung das freiwillige Engagement?“.

Bei der Gegenüberstellung der Engagementbereiche der Bevölkerung und der Anlaufstellen ergeben sich interessante Aspekte. (Abb. 11) Auffällig ist zunächst, dass die Engagement unterstützenden Einrichtungen nicht die Bereiche abdecken, in denen sich zahlenmäßig die meisten Bürger engagieren. Sport ist der mit Abstand größte Engagementbereich in Deutschland. Weitere große Bereiche sind Kirche/Religion und Schule/Kita. Im Mittelfeld bewegen sich Themenfelder wie Kultur und Musik, Soziales, Rettungsdienste sowie Freizeit und Geselligkeit. In anderen Bereichen engagieren sich verhältnismäßig wenige Bürger.

Der von den Einrichtungen jedoch am häufigsten angesprochene Bereich des Sozialen rangiert von der Anzahl der engagierten Bürger im Mittelfeld, ebenso Freizeit und Geselligkeit. Hingegen wird der größte Bereich Sport von den Anlaufstellen nur mäßig bis gering bedient. Dieser Unterschied hängt

vermutlich mit den unterschiedlichen Zugangswegen zum Engagement zusammen. (Zu möglichen Erklärungsansätzen siehe Exkurs zu Engagementbereichen und Zielgruppen, S. 22.)

Die zahlenmäßig kleinen Bereiche wie Entwicklungszusammenarbeit, Justiz und Kriminalität sowie berufliche Interessenvertretung stehen weniger im Blickpunkt der Einrichtungen.

Soziokulturelle Zentren und Bürgerstiftungen sind deutlich weniger im Bereich Soziales aktiv als die anderen Einrichtungen.

Drei Viertel der Einrichtungen decken ebenfalls „oft“ oder zumindest „gelegentlich“ die Bereiche Freizeit und Geselligkeit und Gesundheit ab. Mehrgenerationenhäuser sind besonders im Bereich Freizeit und Geselligkeit aktiv, Selbsthilfekontaktstellen im Bereich Gesundheit. In beiden Bereichen wieder sehr wenig aktiv sind die Bürgerstiftungen.

In der Gesamtschau bleibt festzuhalten, dass sich die Einrichtungen, vom Bereich Soziales abgesehen, in den weiteren Engagementbereichen merklich voneinander unterscheiden. Diese unterschiedliche Schwerpunktsetzung verläuft auch über die Grenzen von Generalisten und Spezialisten hinweg. Ob die Agenturen in einem bestimmten Bereich tätig sind, hängt folglich immer damit zusammen, welcher andere Einrichtungstyp vor Ort noch aktiv ist.

Engagementbereiche

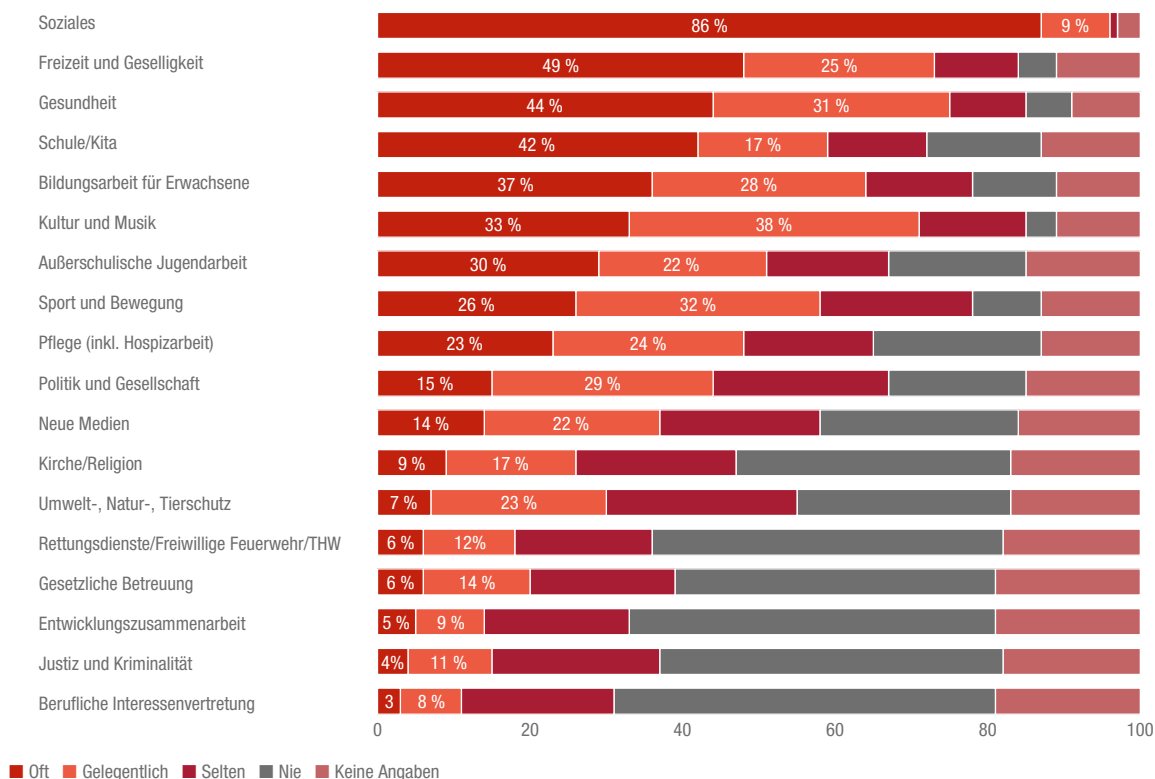


Abbildung 10: Engagementbereiche

Engagementbereiche der Bevölkerung und Engagement unterstützender Einrichtungen im Vergleich

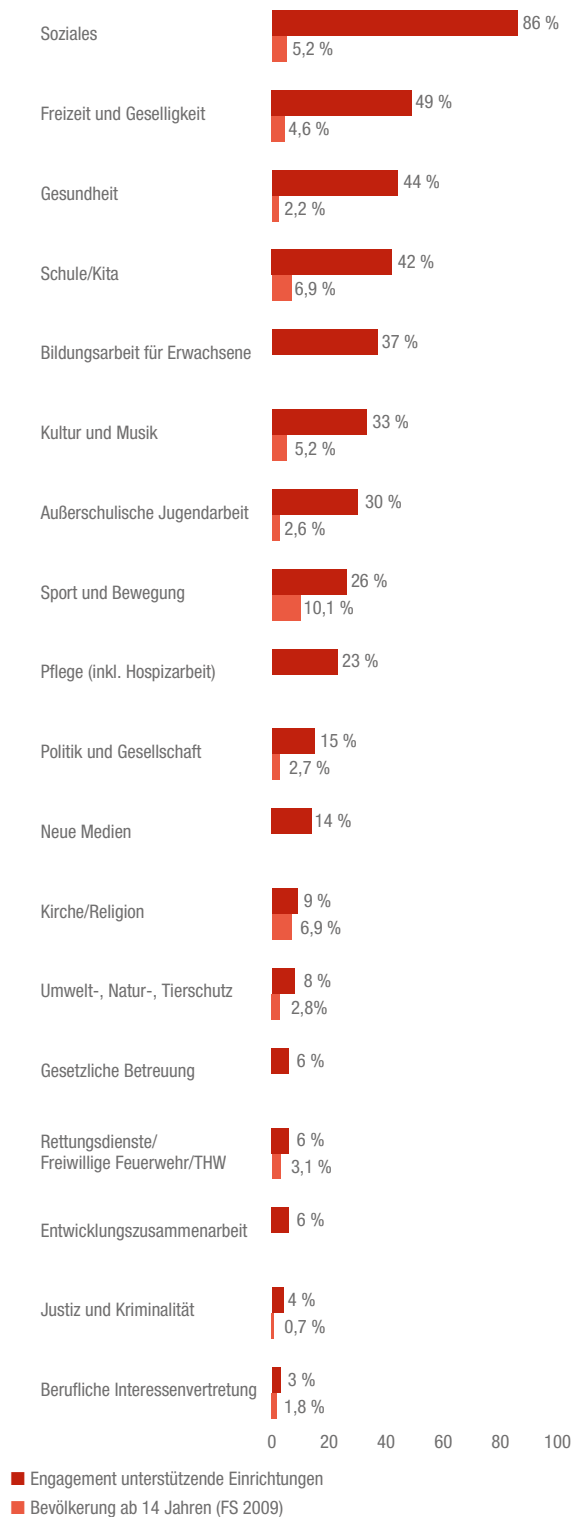


Abbildung 11: Engagementbereiche der Bevölkerung und Engagement unterstützender Einrichtungen im Vergleich

HOHE VARIATIONSBREITE DER ZIELGRUPPEN

Nicht nur in den Engagementbereichen, sondern auch bei den von den Einrichtungen angesprochenen Zielgruppen gibt es große Unterschiede.

Markantester Befund ist zunächst, dass die Älteren mit großem Abstand die wichtigste Zielgruppe für die meisten Anlaufstellen sind. Besonders häufig ist dies bei Seniorenbüros, Mehrgenerationenhäusern und Freiwilligenagenturen der Fall, am geringsten bei den Mütterzentren.

Nächsthäufige Zielgruppe, allerdings bereits mit einigem Abstand, sind Kinder und Jugendliche. Besonders häufig werden Kinder und Jugendliche von den Mütterzentren angesprochen, besonders selten von den Seniorenbüros.

An dritter Stelle rangieren Menschen in besonderen Lebenslagen, die von den Selbsthilfekontaktstellen am häufigsten erreicht werden und von den Soziokulturellen Zentren am wenigsten.

Bemerkenswert ist die relativ häufige Nennung der Gruppe der Hochaltrigen, also von Menschen ab 80 Jahren, die von immerhin der Hälfte der Einrichtungen oft oder gelegentlich angesprochen werden. Dabei können insbesondere die Seniorenbüros und Mehrgenerationenhäuser ihre Expertise für diese Zielgruppe einbringen. Ein interessanter Befund, der für zunehmende Aktivität auch im hohen Lebensalter spricht und die Einrichtungen vor neue Herausforderungen stellt.

Arbeitssuchende und Studenten werden zurzeit von den Einrichtungen am seltensten angesprochen. Für beide Zielgruppen darf also weiteres Potenzial vermutet werden, welches aber aktuell nur in sehr geringem Umfang erschlossen wird.

Die hier aufgeführten Zielgruppen werden von den Einrichtungen sehr gezielt angesprochen. Es gibt nur wenige zielgruppenübergreifende Angebote. So konzentrieren sich Seniorenbüros, verständlicherweise, auf die Arbeit mit ihrer Zielgruppe Senioren und bieten wenige Leistungen zum Beispiel für die Zielgruppe Studenten an. Kombinationseinrichtungen bieten diese übergreifenden Angebote bisher ebenfalls nur im kleinen Rahmen an.

Die zum Teil sehr großen Unterschiede lassen sich aus den verschiedenen Entstehungszusammenhängen und konzeptionellen Ausrichtungen der Organisationen erklären. So sind etwa die Seniorenbüros bereits in der Namensgebung erkennbar klar auf ältere Menschen ausgerichtet, Mütterzentren erreichen besonders gut Kinder und Jugendliche und Selbsthilfekontaktstellen haben einen Schwerpunkt bei der Ansprache von Menschen in besonderen Lebenslagen. Den Einrichtungen gelingt es danach offenbar gut, die jeweils spezifischen Gruppen anzusprechen und zu erreichen, dies gilt jedoch weniger für ein größeres Spektrum von Interessierten.

Eine klare Unterscheidung zwischen den Kategorien der Generalisten und Spezialisten ist in dieser Hinsicht nicht zu treffen, vielmehr scheinen alle Einrichtungstypen – mehr oder weniger stark – auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet zu sein.

Wenn Anlaufstellen eine Zielgruppenerweiterung anstreben, sind die damit verbundenen Herausforderungen nicht zu unterschätzen. So ist etwa eine als Anlaufstelle für Ältere eingeführte

und akzeptierte Einrichtung nicht ohne Weiteres für Jugendliche gleichermaßen attraktiv. Es kann konzeptionell sinnvoll und materiell geboten sein, sich in besonderer Weise auf bestimmte Gruppen zu konzentrieren und für diese adäquate Angebote zu machen. Dies setzt jedoch voraus, dass weniger erreichte Zielgruppen an anderer Stelle passende Angebote vorfinden. Dies ist jedoch, wie bei der Verteilung der Einrichtungen in der Fläche gesehen, vielerorts nicht der Fall.

Zielgruppen

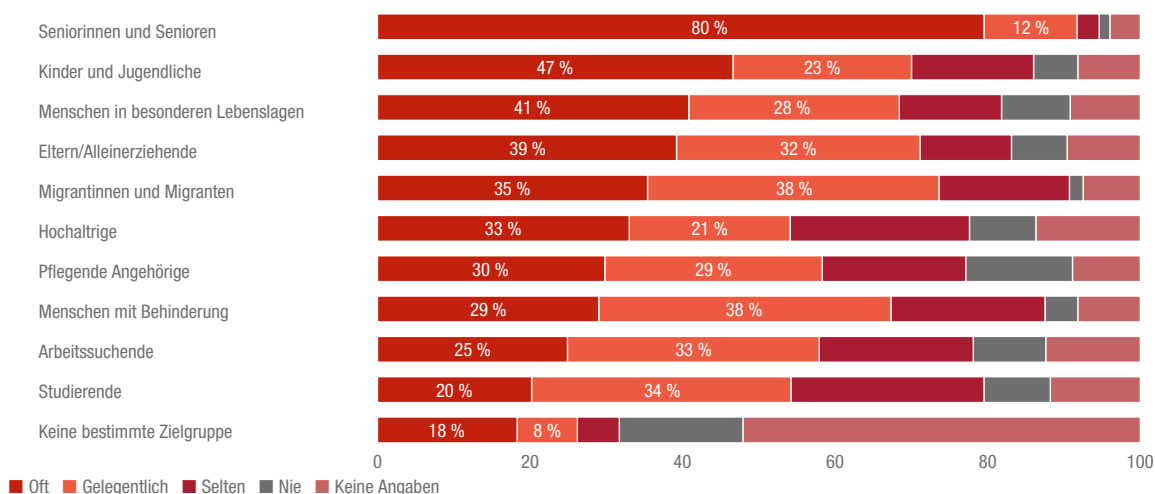


Abbildung 12: Zielgruppen

EXKURS ZU ENGAGEMENTBEREICHEN UND ZIELGRUPPEN

Ein Kommentar von Loring Sittler

Der Befund erstaunt: Einerseits werden die Zielgruppen, bei denen eine Hinführung zum bürgerschaftlichen Engagement besonders geboten wäre (z.B. Personen mit Migrationshintergrund, engagementferne Gruppen), nach eigener Aussage kaum von den Engagement fördernden Einrichtungen bedient. Andererseits werden die gesellschaftlich wesentlichen Engagementbereiche vernachlässigt, die eine hohe Engagementquote der Gesamtbevölkerung verzeichnen und die trotzdem nachweislich große Probleme bei der Gewinnung von ehrenamtlichen Führungspersonal haben (Vereine aller Art, insbesondere Sport und Musik).

Der Generali Engagementatlas 2015 kann zur Beantwortung der Frage nach dem Warum keine Antwort geben – aber ein bisschen Spekulation kann weiterführen und weiteren Forschungsbedarf aufzeigen. Woran liegt es denn, dass das Engagementberatungsangebot sich einerseits so weit entfernt hat von einer wünschenswerten Ausgleichsfunktion bei besonderen Zielgruppen und sich andererseits kein ausreichendes Angebot auf eine offensichtliche Nachfrage entwickelt hat? Eine Reihe von möglichen Gründen kann angeführt werden – ein wissenschaftlicher Nachweis über den Wirkungszusammenhang allerdings fehlt bisher.

1. Keine Berücksichtigung der Infrastruktur bei der bisherigen Förderpolitik

Das Nachwuchsproblem bei Führungskräften im ehrenamtlichen Bereich, insbesondere bei Vereinen, ist inzwischen bekannt. Dennoch war es bisher kein Förderkriterium, da man sich offenbar (zu lange?) auf einen „naturwüchsigen“ Nachwuchsprozess verlassen hat. Warum derartige Probleme der Zivilgesellschaft zu spät von der Engagementpolitik aufgegriffen werden, wäre eine interessante Forschungsfrage.

2. Mangelhafte Kommunikation und Kooperation zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen

Es besteht offenbar ein Mangel an Kommunikation zwischen den Engagement fördernden Einrichtungen und anderen wichtigen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Wie kommt es, dass Vereine, die einen Beratungsbedarf an Organisationsentwicklung und bei der Gewinnung von Führungskräften haben, diesen nicht direkt an dafür vorgesehene Einrichtungen der

KOEXISTENZ STATT STRATEGISCHER KOOPERATION

Kooperation und Netzwerkbildung sind in der engagementpolitischen Debatte und in der Forschung als bereichsbezogene sowie als bereichs- und sektorübergreifende Instrumente strategischer Engagementförderung verstärkt in den Fokus der Aufmerksamkeit geraten, wie Olk/Rüttgers/Beinke (2011) in einem Forschungsgutachten für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend feststellen. Netzwerke gelten demnach als eine spezifische Form der Handlungskoordination in komplexen Akteurskonstellationen, wie sie typischerweise im Feld der Engagementpolitik vorzufinden sind. Strategisches Ziel der Vernetzung ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Idealerweise sollen diese dadurch zustande kommen, dass unterschiedliche Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik und Staat sowie Wirtschaft und Arbeitsleben als Ko-Produzenten zusammenwirken. Dabei scheint – so die Autoren – „die Stärke von Netzwerken insbesondere in Leistungen wie Erfahrungsaustausch, wechselseitigen Lernprozessen, gemeinsamer Entwicklung von Projekten sowie in der Ermöglichung innovativer Wege der Kooperation zwischen Staat, Markt und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu liegen.“ (ebenda, S. 4) Die hohen Erwartungen an die Leistungsfähigkeit von Netzwerken im Hinblick auf die strategische Weiterentwicklung der Engagementförderung werden aus Sicht der Autoren nicht zuletzt an der steigenden Anzahl von Netzwerkgründungen auf allen Ebenen des föderalen Staates deutlich.

So haben sich nach ihren Analysen seit den ausgehenden 1990er Jahren in vielen Städten, einigen Regionen und etwa der Hälfte der 16 Bundesländer unterschiedlich strukturierte Netzwerke der Engagementförderung herausgebildet.

Inwieweit diese Erwartungen jedoch erfüllt werden (können), welche konkreten Leistungspotenziale sie besitzen, welche Wirkungen sie entfalten und welche Stärken sowie Schwächen solche Netzwerke aufweisen, welche Faktoren für das Gelingen bzw. Misslingen Engagement fördernder Netzwerke in unterschiedlichen sozialräumlichen Kontexten bedeutsam sind, wird von den Autoren erstmals in Form einer breiten analytischen Bestandsaufnahme differenziert untersucht.

Zentraler Befund der Autoren:

„Sowohl die empirische und theoretische Literatur als auch die vorliegende Studie zu Engagement fördernden Netzwerken belegen eindrucksvoll, dass Netzwerke über erhebliche Leistungsstärken und -potenziale verfügen. Sie weisen bestimmte Alleinstellungsmerkmale auf, die von anderen Organisationsformen wie Vereinen und Verbänden bzw. formalen Organisationen (Ministerien, kommunale Ämter, Einrichtungen und Dienste) nicht in gleicher Weise erbracht werden könnten. Diese können allerdings nur dann zur Entfaltung kommen, wenn die Stärken gestärkt und bestimmten Schwächen und Defiziten von netzwerkartigen Kooperations- und Handlungsformen vorgebeugt wird.“ (ebenda, S. 262)

Zivilgesellschaft weiterleiten? Liegt es an Unkenntnis, fehlendem Vertrauen in deren Kompetenz, Beratungsresistenz und/oder schlechten Erfahrungen? Wie kommt es, dass im Bereich der Engagement fördernden Einrichtungen relativ wenig für die Zielgruppe der Personen mit Migrationshintergrund getan wird – ist dieser Bereich von den Wohlfahrtsverbänden ausreichend versorgt? Alles ungeklärte Fragen für weitere zivilgesellschaftliche Forschung.

3. Entstehung von Engagementprofilen

Wie entstehen und wie entwickeln sich die Engagementbereiche und die Zielgruppen der einzelnen Einrichtungstypen der Engagementförderung? Kann es sein, dass die Einrichtungstypen mehr oder weniger genau die Zuständigkeiten der öffentlichen Förderung abbilden und deren Segmentierung dann auch widerspiegeln? Hier sind klar erkennbar Modellprogramme von Bund und Ländern mindestens Verstärker vorhandener regionaler Ideen/Modelle (z.B. Mehrgenerationenhaus aus Niedersachsen), manchmal auch Initiatoren von „Bewegungen“ (Seniorenbüros oder „Aktives Altern“ mit

Bundesmodellprogrammen). Wenn allmähliche Erweiterungen der Zielgruppen erfolgen oder neue Engagementbereiche von einer bestehenden Einrichtung aufgegriffen werden: Was für Ursachen für diese Entwicklungen können ausgemacht werden und warum wirken sie in einigen Fällen (z.B. bei bestimmten Einrichtungstypen) direkt in anderen (z.B. Regionen) gar nicht – was sind die Erfolgsindikatoren (z.B. leichtere Zugänglichkeit der Senioren als Zielgruppe?) und welche Hemmnisse (besonders schwere Erreichbarkeit engagementferner Gruppen) können ausgemacht werden? Lauter komplexe Forschungsfragen.

Schon diese wenigen Beispiele verdeutlichen, welcher immense zivilgesellschaftliche Forschungsbedarf noch zu leisten ist, wenn die Engagementpolitik sich wirklich auf eine wirkungsvolle Strategie und eine politische Planung der erwünschten Wirkung diverser Förderprogramme einlassen will.

Als Erfolgsfaktoren für das Gelingen von Engagement fördernder Netzwerkarbeit werden benannt (ebenda, S. 236-239):

- **Partizipative Leitbildentwicklung:** Ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Netzwerkarbeit zwischen heterogenen Akteuren ist die gemeinsame Erarbeitung der Leitziele – und möglicherweise eines Leitbildes – für das Netzwerk.
- **Serviceleistungen des Netzwerks:** Als ausgesprochen hilfreich für die Erhöhung der Mitgliedschaftsmotivation hat sich die Bereitstellung von spezifischen Leistungen für die Netzwerkmitglieder erwiesen.
- **Klärung der Rollen innerhalb des Netzwerks:** Je komplexer das Netzwerk ist, je mehr Bereiche und Sektoren es einbezieht und je größer es wird, desto wichtiger ist eine kontrollierte Ausdifferenzierung von Rollen unterschiedlicher Akteure des Netzwerks. Hier ist an die Ausdifferenzierung hauptamtlicher Mitarbeiter in Geschäftsstellen ebenso zu denken wie an die Verteilung bestimmter Aufgaben innerhalb des Netzwerks nach der jeweiligen Kompetenz und den Erfahrungen einzelner Akteure.
- **Vertrauensvolle Kooperation zwischen staatlichen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Netzwerkakteuren:** Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist die vertrauensvolle Kooperation über Sektorgrenzen hinweg. Dies betrifft zunächst einmal die Schnittstelle zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Durch eine Kooperation „auf Augenhöhe“ und eine sensible und realistische Identifikation der jeweiligen legitimen Interessen können überschneidende Interessensfelder identifiziert und ein koordiniertes Vorgehen verabredet werden.
- **Personelle und finanzielle Ressourcen:** Ein zentraler Erfolgsfaktor für die Netzwerkarbeit ist die bedarfsangemessene Ausstattung mit personellen und finanziellen Ressourcen. Je komplexer die Aufgaben im Netzwerk sind, je mehr Mitglieder das Netzwerk hat und je heterogener diese Mitgliedschaft ausgeprägt ist, desto höhere Anforderungen werden an die Steuerung und an das Management des Netzwerks gestellt. Diese Anforderungen können – das haben alle Analysen der Netzwerke gezeigt – nur bei Vorhandensein bestimmter Ressourcen bewältigt werden.
- **Rückendeckung der Netzwerkarbeit durch Verwaltungsspitze und Politik:** Einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren der Netzwerkarbeit ist die klar kommunizierte politische Absicht und Bereitschaft zur Unterstützung der Netzwerkarbeit. Dies kann sowohl durch Beschlüsse des Landesparlaments bzw. Stadtrats als auch durch Kooperationsverträge erfolgen. Die Unterstützung durch Politik und Verwaltung ist umso breiter und nachhaltiger, je mehr sie sich auf einen parteiübergreifenden Konsens und entsprechende fachpolitische Prioritätensetzungen beziehen kann.
- **Netzwerkmanagement:** Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist nicht zuletzt ein kluges und kompetentes

Netzwerkmanagement. Hierzu gehören ein Gespür für das richtige Timing von Vernetzung und der Entwicklung konkreter Projekte sowie die Identifizierung und Berücksichtigung aller relevanten Akteure.

Vor diesem Hintergrund wurden den Engagement unterstützenden Einrichtungen in der vorliegenden Studie eine Reihe von Fragen zu Inhalten, Formen, Partnern, Netzwerken sowie Hemmnissen und Potenzialen der Kooperation und Vernetzung vorgelegt.

In der Gesamtschau unserer Bestandsaufnahmen kommen wir zu Ergebnissen, die sich weitgehend mit den Befunden decken, die Wolf/Zimmer (2012) in ihrer bereits zitierten Studie skizzierten. So wird aus den Antworten der befragten Anlaufstellen deutlich, dass der Wille zur Zusammenarbeit bei den meisten Einrichtungen vorhanden ist und diese mehrheitlich über positive Kooperationserfahrungen berichten. Allerdings beschränken sich die Einrichtungen meist auf einen engen Kern der Zusammenarbeit. (Abb. 13) So stehen bei vorhandenen Kooperationen der Austausch von Informationen (62 % „oft“) und das Stärken von Netzwerken (49 % „oft“) im Vordergrund. Eine Zusammenarbeit, die zeit- und abstimmungsintensiver ist, wird deutlich seltener praktiziert. Dies trifft beispielsweise auf die Abstimmung der Arbeit oder die gemeinsame Interessenvertretung zu. Noch schwächer ausgeprägt ist die Zusammenarbeit bezüglich gemeinsamer „Projektentwicklung“, „Öffentlichkeitsarbeit“ oder „Zielfestlegung“. So geben lediglich etwas mehr als die Hälfte der Agenturen an, dass sie oft oder zumindest gelegentlich in dieser Weise miteinander kooperieren.

Die Ursachen für die ausgeprägte Fokussierung der Zusammenarbeit auf Basisleistungen der Netzwerkarbeit werden sichtbar, wenn man die Einrichtungen nach „Hemmnissen und Potenzialen“ der Kooperationsarbeit befragt. In zwei offenen Fragen hatten die befragten Anlaufstellen die Gelegenheit, hierzu Stellung zu beziehen.

Zur Frage nach den Kooperationshemmnissen nahm rund ein Drittel der Befragten teilweise sehr ausführlich Stellung. Viele wiesen auf die fehlende Zeit und das fehlende Personal hin (siehe auch Kapitel 5). Häufig wurde auch die örtliche Konkurrenzsituation mit anderen Einrichtungen vor Ort als Ursache für einen Kooperationsverzicht genannt. Schlechte Kommunikation führe ferner dazu, dass die Einrichtungen häufig unzureichende Kenntnisse darüber hätten, wer was mache. Es fehle an nachvollziehbaren Abgrenzungs- und Zuständigkeitskriterien. Vor allem im ländlichen Raum relevant sind Hinweise auf zu große Entfernungen zwischen den möglichen Kooperationspartnern.

Allerdings wurde auch deutlich, dass dieser Zustand für die Akteure nicht befriedigend ist. Nach Potenzialen der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen befragt, wünschen sich die meisten eine noch engere Vernetzung besonders im Lokalen. Damit dies gelingt, wird häufig eine bessere Koordination und Steuerung seitens der kommunalen Partner angemahnt. Eine wichtige Aufgabe sehen die Agenturen darüber hinaus in einer gemeinsamen Interessenvertretung der Einrichtungen

gegenüber der Politik und der Verwaltung. Auch in der Qualifizierung sehen sie noch Potenziale. Insgesamt wird erkennbar, dass die Einrichtungen die Notwendigkeit des Ausbaus von Zusammenarbeit und den daraus resultierenden Nutzen erkennen, sie in der Praxis aber an Grenzen stoßen. Unzureichende personelle, finanzielle und qualifikatorische Voraussetzungen sowie mangelhafte Steuerungs- und Koordinationsfunktionen stehen demzufolge einer verbesserten Potenzialausschöpfung der Zusammenarbeit und Netzwerkarbeit im Bereich der infrastrukturellen Engagementförderung im Wege.

Vor dem Hintergrund dieser kritischen Einschätzungen überrascht es dann doch, dass die befragten Einrichtungen mehrheitlich angeben, miteinander zu kooperieren, sofern in ihrer Stadt bzw. ihrem Landkreis entsprechende Anlaufstellen beheimatet sind. (Abb. 57 im Anhang) Dies trifft in graduell unterschiedlicher Ausprägung für fast alle Anlaufstellen zu. Auch außerhalb der eigenen Gemeinde oder des eigenen Kreises werden mehrheitlich Kooperationen gesucht. (Abb. 59 im Anhang)

Darüber hinaus zeigt auch die Mitwirkung in vorhandenen Netzwerken auf Regionalebene, dass eine Kultur der Kooperation besteht. In über der Hälfte der Städte sind fachliche Arbeitskreise vorhanden, fast alle der Befragten arbeiten dort mit. Sofern auf Landkreisebene entsprechende Arbeitskreise etabliert sind, was weniger häufig der Fall ist als auf Stadtebene, arbeitet allerdings die deutliche Mehrheit der Befragten auch dort mit. (Abb. 60 im Anhang)

Der Organisationsgrad der Einrichtungen in Arbeitsgemeinschaften der unterschiedlichen föderalen Ebenen ist mit einem guten Dreiviertel ebenfalls generell recht hoch. Dabei sind die angegebenen Mitgliedschaften auf Landesebene am höchsten, gefolgt von der Bundesebene und am geringsten in der Region. (Abb. 61 im Anhang)

Wenn u.a. in der besseren Koordination ein Schlüssel liegt, ist es allerdings kritisch zu bewerten, dass nur in knapp über der Hälfte der städtischen Standorte Ansprechpartner in der Kommune vorhanden sind. Sind solche Ansprechpartner allerdings da, werden sie auch häufig kontaktiert: über drei Viertel der Einrichtungen arbeiten dann mit ihnen zusammen. Bei den Landkreisen sind nur in weniger als einem Drittel entsprechende Ansprechpartner vorhanden, mit denen dann auch überwiegend zusammengearbeitet wird. Noch geringer ist die Verbreitung von regulären Stabsstellen in den Kommunen, was nur für weniger als die Hälfte der Städte im Sample zutrifft und für weniger als ein Viertel der Landkreise. Diese sind aber ebenso wie die Ansprechpartner sehr gefragt. (Abb. 58 im Anhang)

Dass hohe Hürden zu überwinden sind, um die angestrebte „Synergie“ der verbesserten Zusammenarbeit der lokalen Engagementförderlandschaft zu erreichen, wurde bereits von Wolf und Zimmer skizziert. Als besondere Belastungsfaktoren einer (möglichen) Kooperation und Vernetzung nennen sie die finanzielle Abhängigkeit vieler Infrastruktureinrichtungen von öffentlichen Fördergeldern (Kommune, Land und Bund). Dies führt häufig dazu, „...dass die Einrichtungen zunächst erst einmal Lobbying in eigener Sache betreiben, bevor Kooperations- und Vernetzungsperspektiven in den Blick kommen, die die Engagementförderung vor Ort insgesamt nach vorne bringen können. Eine Konkurrenz um Gelder, Themen und Projekte erschwert das für Kooperationen so essentielle Vertrauen in potenzielle Partnerschaften.“ (Rütgers 2013, S. 3)

Wie Rütgers (Rütgers 2013, S. 3) weiter anmerkt, wird diese Konkurrenzsituation durch die „Nationale Engagementstrategie“ der Bundesregierung weiter verstärkt, indem diese den Kommunen die Zuständigkeiten für die Sicherung der Engagementinfrastruktur aufbürdet, ohne die eigene Verantwortung jenseits von Modellprogrammen zu sehen. Weiterhin wird von Rütgers kritisiert, dass die „Nationale Engagementstrategie“

Inhalte der Kooperation mit anderen Einrichtungen

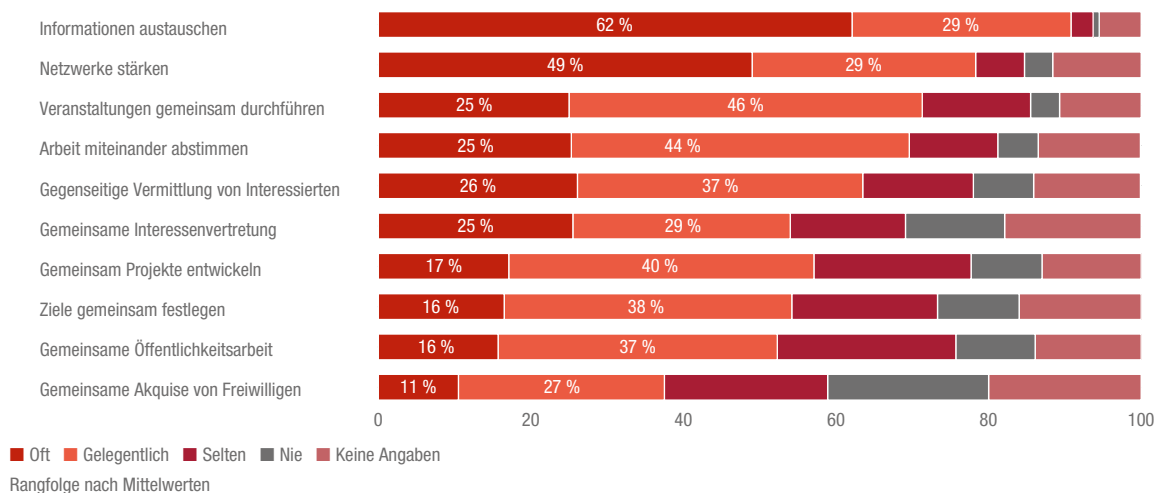


Abbildung 13: Inhalte der Kooperation mit anderen Einrichtungen

ausgerechnet den Bürgerstiftungen eine zentrale Rolle zur Finanzierung dieser Infrastruktur zuschreibt, die nach seinen Erfahrungen die verfügbaren und überschaubaren Mittel eher zur Projektfinanzierung verwenden. Für eine Infrastrukturförderung fehlen ihnen indessen in der Regel die entsprechenden Mittel. Hinzu kommt, dass Bürgerstiftungen in einem lokalen Spendenmarkt um Spendengelder konkurrieren, in dem auch viele Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, Seniorenbüros und Selbsthilfekontaktstellen unterwegs sind.

KAUM TIEFGEHENDE KOOPERATION MIT UNTERNEHMEN

Der erkennbar gewordene Wille der Anlaufstellen zur verstärkten Zusammenarbeit und Netzwerkbildung dürfte allerdings kaum hinreichend sein, um zukünftig Potenzialentfaltungen zu erreichen, wie sie von Olk et. al. (2011, S. 228) auch mit Blick auf die Kooperation und Netzwerkarbeit mit Unternehmen beschrieben worden ist.

Dies wird besonders augenfällig, wenn man den Blick auf den Entwicklungsstand der Kooperation der Engagement unterstützenden Einrichtungen mit Unternehmen richtet. Danach befragt, ob und in welcher Weise sie mit Unternehmen kooperieren, kann bisher lediglich jede dritte Einrichtung auf entsprechende Erfahrungen verweisen. Allerdings gibt es zwischen den Einrichtungstypen bemerkenswerte Unterschiede. Am häufigsten kooperieren kommunalen Stabsstellen, am wenigsten Seniorenbüros. (Abb. 14)

Sofern eine Zusammenarbeit stattfindet, bezieht sich diese häufig auf punktuelle und anlassbezogene Inhalte, wie z.B. spezielle Corporate-Volunteering-Aktivitäten (Freiwilligentage etc.), Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit. Als weitere

Kooperation mit Unternehmen



Kooperation mit Unternehmen: Verteilung auf die 9 Typen

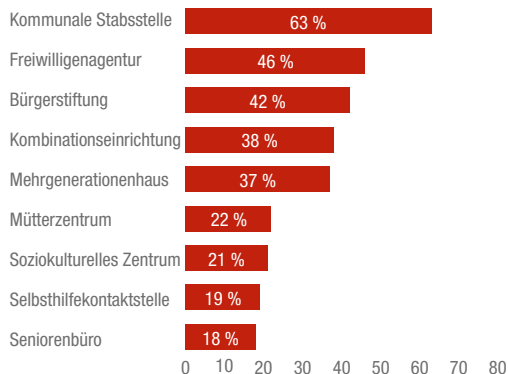


Abbildung 14: Kooperation mit Unternehmen

Kooperationsfelder werden Sponsorings und Fundraising genannt. Kontinuierliche und tiefergehende Kooperationsbeziehungen, wie die konkrete Übernahme von Dienstleistungen oder Bildungspatenschaften, sind äußerst selten.

Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Mangelnde Ressourcen und fehlendes Know-how sind mögliche Erklärungen. Auch verschieden ausgeprägte „Unternehmensaffinitäten“ der einzelnen Einrichtungen könnten eine Rolle spielen. So stehen offensichtlich kommunale Stabsstellen oder Freiwilligenagenturen den Unternehmen aufgeschlossener gegenüber als Selbsthilfekontaktstellen oder Seniorenbüros. Mitunter fällt es Einrichtungen aber auch schwer, ihre gemeinnützige Arbeit so zu präsentieren und zu „vermarkten“, dass Unternehmen in einer entsprechenden Zusammenarbeit Nutzen für ihre eigenen Profilierungsstrategien im Bereich der Engagementförderung erkennen können.

Eine zukunftsfähige bereichs- und sektorübergreifende Netzwerkarbeit zwischen lokalen Anlaufstellen der Engagementförderung und Unternehmen sieht jedoch anders aus. Das Entwicklungspotenzial ist in diesem Bereich bei weitem nicht ausgeschöpft. Benötigt wird nicht nur eine punktuelle und anlassbezogene Zusammenarbeit, sondern u.a. eine Kultur des regelmäßigen Erfahrungs- und Informationsaustausches auf allen förderalen Ebenen.

KAUM SYSTEMATISCHE WIRKUNGSMESSUNG

Erst seit wenigen Jahren wird diskutiert, wie man messen kann, ob die festgelegten Ziele wirklich erreicht wurden. Die Frage, ob und wie die Wirkung von sozialen Leistungen adäquat abgebildet werden kann, ist dabei umstritten. Besonders bei der Engagementförderung ist eine adäquate Messung noch weitgehendes Neuland. Dennoch wird auch hier mehr und mehr versucht, die Qualität stetig zu verbessern. Es sollte deshalb festgestellt werden, welche Instrumente bisher überhaupt zur Anwendung kommen. Dabei wurden bewusst auch Ansätze aufgenommen, die eher basalen Charakter haben.

Dabei gibt es drei Maßnahmen, die von einer Mehrheit der Einrichtungen angewendet werden. Drei Viertel der Einrichtungen führen regelmäßige Teamsitzungen durch. Dort steht die Reflexion der eigenen Arbeit im Mittelpunkt. Fast genauso viele Einrichtungen erfassen die Zahl ihrer Besucher/-innen bei Veranstaltungen. Und gut über die Hälfte der Befragten dokumentiert die Anzahl der durchgeführten Beratungen. (Abb. 15)

Intensivere und komplexere Formen der Qualitätsmessung werden seltener angewendet. So erfasst weniger als die Hälfte der Einrichtungen, wie viele Bürger vermittelt wurden und ob diese erfolgreich vermittelt wurden. Auch eine systematische Evaluation der eigenen Arbeit wird von weniger als der Hälfte der Einrichtungen durchgeführt. Nur jede vierte Einrichtung verfügt über ein eigenes Qualitätsmanagementsystem und nur jede zehnte lässt sich extern zertifizieren.

Es kann verschiedene Ursachen dafür geben, dass komplexere Formen der Qualitätsmessung seltener vorgenommen werden. Möglicherweise fehlt es hier auch an dem entsprechenden Know-how, den personellen Voraussetzungen bzw. an der Überzeugung, dass entsprechende Maßnahmen die eigene Arbeit tatsächlich wirkungsvoll unterstützen. Dies jedenfalls zeigen die Antworten auf die Frage, ob die Einrichtungen für sich hier Unterstützungsbedarf sehen und wie diese Unterstützung gegebenenfalls aussehen sollte.

Obwohl die bisherigen Ergebnisse eher Defizite vermuten lassen, meldet nur die Hälfte aller Einrichtungen einen Unterstützungsbedarf an. Hier gibt es zwischen den verschiedenen Formen allerdings leichte Unterschiede. Insbesondere die bereits stärker in dieser Hinsicht aktiven Anlaufstellen sehen weiteren Bedarf. Als erwünschte Maßnahmen werden insbesondere Beratung und Qualifizierung gesehen. Eine externe Zertifizierung halten hingegen nur sehr wenige der Einrichtungen für wünschenswert.

FUNKTION STATT FORM

Die Leistungsanalyse hat verdeutlicht, dass keine Einrichtung das gesamte Leitungsportfolio abdeckt. Einige Bereiche, zum Beispiel die Engagementberatung von Unternehmen, werden zudem von der Mehrheit der Einrichtungen überhaupt nicht abgedeckt. Hinzu kommt, dass auch der Blick auf Engagementbereiche, Zielgruppen, Kooperationsbeziehungen und die Praxis der Wirkungsmessung ebenfalls kein eindeutiges Bild ergibt. Und selbst die Unterscheidung der Anlaufstellen in Spezialisten und Generalisten sagt noch nichts über die spezifische Profilierung einzelner Einrichtungen aus, die sich auch innerhalb eines Einrichtungstyps teilweise erheblich voneinander unterscheiden können. Von daher ist es kaum möglich, typbezogen Generalisierungen oder Verallgemeinerungen bezüglich der Leistungsprofile vorzunehmen.

Zumindest ist zu vermuten, dass vor Ort vorfindliche Angebote und Leistungen umso vielfältiger sein dürften, je mehr unterschiedliche Einrichtungstypen dort existieren und zusammenarbeiten. Eine geringe Einrichtungsdichte (gemessen an der Einwohnerzahl pro Einrichtung) und eine wenig ausgeprägte Einrichtungsvielfalt könnten zu einem eingeschränkten Leistungsangebot führen. Nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse ist es jedoch selbst dann nicht sichergestellt, dass das gesamte – 18 Engagement unterstützende Leistungen umfassende – Portfolio abrufbar ist, wenn alle acht Typen in einer kreisfreien Stadt bzw. einem Landkreis ansässig sind.

Aktuell ist, wie gesehen, die Verteilungsdichte der Einrichtungen noch sehr unterschiedlich. Damit variieren ebenfalls die Schwerpunkte der Leistungen, die lokal angeboten werden. Es ist somit also bis zu einem gewissen Grad zufällig, ob die Bürgerinnen und Bürger sowie die sonstigen lokalen Akteure mit bestimmten unterstützenden Angeboten rechnen können. Ein klar definiertes und für alle Interessierten verlässlich verfügbares Leistungs- und Angebotsspektrum vor Ort sähe jedoch anders aus.

Um das regionale Leistungsspektrum transparent zu machen und es strategisch weiterentwickeln zu können, ist es deshalb sinnvoller, den Blick eher auf die regionalen Kontexte und weniger auf die Anlaufstellentypen zu richten. Bezogen auf kreisfreie Städte und Landkreise sollte mithilfe des Engagementatlas untersucht werden, welche Leistungen die ermittelten Anlaufstellen in ihren jeweiligen Kreisen konkret erbringen und wie sie zusammenarbeiten. Erst auf dieser Basis lassen sich strategische Entscheidungen für eine Optimierung der Engagement unterstützenden Infrastruktur treffen.

Instrumente der Zielerreichung / Wirkungsmessung

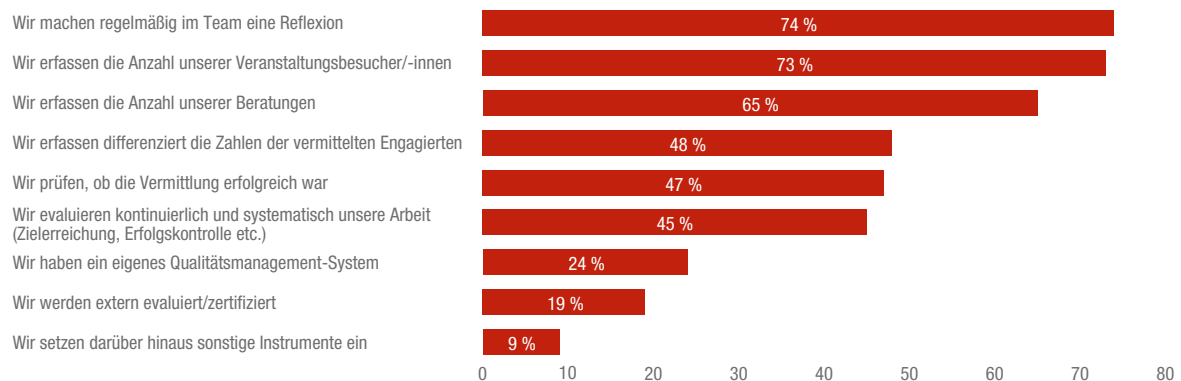


Abbildung 15: Instrumente der Zielerreichung / Wirkungsmessung

5. Die Mangelverwalter

Die materielle Ausstattung der Einrichtungen ist von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung eines umfassenden Leistungsangebots. Untersucht werden der Umfang der zur Verfügung stehenden Mittel, insbesondere für hauptamtliches Personal sowie die Budgetquellen. Dabei werden erhebliche Unterschiede zwischen „großen“ und „kleinen“ Anlaufstellen sichtbar. Insgesamt erscheinen die Einrichtungen unterfinanziert. Erneut zeigt sich eine starke Binnendifferenzierung innerhalb der Einrichtungstypen. Festzustellen ist eine starke Abhängigkeit von öffentlichen bzw. kommunalen Mitteln, ein Trend zur größeren Eigenwirtschaftlichkeit ist nicht nachweisbar.

Für die Frage der Leistungsfähigkeit und der nachhaltigen Sicherung und Weiterentwicklung der lokalen Infrastruktur sind Informationen zu den personellen und finanziellen Ressourcen der Anlaufstellen von erheblicher Bedeutung. Insofern verwundert es nicht, dass in Wissenschaft und Politik seit den 1990er Jahren entsprechende Informationen in unterschiedlichen Kontexten erhoben und zukunftsorientierte, zunächst auf den Selbsthilfebereich bezogene, später typübergreifende Struktur- und Finanzierungsmodelle entwickelt und beschrieben wurden (vgl. ISAB 1997, 2000; Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ 2002; Keupp 2002; BBE 2005, 2007; Wolf/Zimmer 2012; Ziviz 03/2014).

Der erste bedeutsame Schritt zur strukturellen und nachhaltigen Absicherung eines Segments der Engagement fördernden Infrastruktur gelang vor 14 Jahren. Mit Beginn des Jahres 2000 wurde die Selbsthilfeförderung im § 20 Abs. 4 SGB V durch die gesetzlichen Krankenkassen verpflichtend geregelt (GKV 2013). In diesem Rahmen werden neben Selbsthilfegruppen auch Selbsthilfekontaktstellen gefördert, die u.a.

- bereichs-, themen- und indikationsgruppenübergreifend Unterstützungsangebote für Selbsthilfegruppen anbieten

- die aktiv Bürger unterstützen, Selbsthilfegruppen zu gründen, oder ihnen Selbsthilfegruppen vermitteln
- die für Gruppen infrastrukturelle Hilfen z.B. in Form von Gruppenräumen zur Verfügung stellen
- die kostenlos Beratung oder Praxisbegleitung anbieten
- die die Kooperation und Zusammenarbeit von Selbsthilfegruppen und professionellen Leistungserbringern fördern,
- Kontakte und Kooperationspartner vermitteln
- Angebote in der Region vernetzen und
- die sich als Agenturen zur Stärkung der Motivation, Eigenverantwortung und gegenseitigen freiwilligen Hilfe verstehen sowie
- eine Wegweiserfunktion im System der gesundheitsbezogenen und sozialen Unterstützungsangebote wahrnehmen.

Vergleichbare bundeslandübergreifende Förderansätze für die anderen Infrastrukturtypen gibt es bislang nicht. Ob im Lichte der Ergebnisse der vorgelegten Strukturanalysen „säulenbezogene Förderprogramme“ wirklich sinnvoll und zukunftsorientiert sind, erscheint fraglich.

Im Sinne einer typenübergreifenden Strukturförderung, die den Blick auf vorhandene Strukturen in kreisfreien Städten und Landkreisen richtet und dort auf Stabilisierung und Weiterentwicklung setzt, sind auf einzelne Infrastrukturtypen bezogene Förderlinien oder die Erfindung neuer Anlaufstellen-Typen (wie z.B. „MitMachZentralen“ in Mecklenburg-Vorpommern) wenig hilfreich. Dass entsprechende Förderrichtlinien, die in einzelnen Bundesländern entwickelt und umgesetzt werden,

EXKURS: „ALTER WEIN IN NEUEN SCHLÄUCHEN“ VS. NACHHALTIGE STRUKTURFÖRDERUNG

Unter der Bezeichnung „MitMachZentralen“ hat das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern 2014 ein neues Förderprogramm aufgelegt. Kernanliegen ist es, in allen Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern den Grundstein zu legen, um langfristig bessere Strukturen für freiwillig Engagierte zu schaffen. Warum hierfür die neue Wortschöpfung „MitMachZentralen“ eingeführt wurde, erschließt sich aus zweierlei Gründen nicht. Erstens sind die in der Förderrichtlinie beschriebenen Aufgaben bereits Kernbestand von Freiwilligenagenturen oder anderen Engagement unterstützenden Einrichtungen. Zweitens sollen diese „neuen Anlaufstellen“ unter dem Dach etablierter Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäusern, Familienzentren und Koordinierungsstellen für bürgerschaftliches Engagement angesiedelt werden. Neu ist folglich nur der Name, oder anders ausgedrückt: „Alter Wein in neuen Schläuchen“ (LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN 2014).

Zielführender ist dagegen ein auf nachhaltige Förderung ausgerichteter Ansatz wie z.B. der Landeshauptstadt Erfurt für das Kompetenzzentrum für Bürgerengagement des Schutzbundes für Senioren und Vorruheständler Thüringen e.V. Der Schutzbund hatte seit Anfang der 1990er Jahre damit begonnen, systematisch Infrastrukturen für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe aufzubauen. Hierfür wurden über Jahre hinweg Förderprogramme des Bundes genutzt, um zunächst eine Selbsthilfekontaktstelle und später ein Seniorenbüro unter einem Dach zu etablieren. Mithilfe weiterer Förderprogramme wurden dann in den Folgejahren thematische Profil- und Aufgabenerweiterungen vorgenommen. Vor rund zehn Jahren wurde dann eine grundständige und dauerhafte Finanzierung des Kompetenzzentrums von der Stadt Erfurt per Stadtratsbeschluss festgelegt.

von den jeweils angesprochenen Infrastrukturtypen gerne in Anspruch genommen werden, ist nachvollziehbar, ändert aber nichts an der grundsätzlichen Infrastrukturmisere.

Dass entwickelte Modelle zur Ausstattung und Finanzierung bislang nicht in der Fläche umgesetzt wurden, hängt weniger mit mangelhaftem Wissen oder fehlenden guten Beispielen zusammen. Ursächlich hierfür sind nicht nur immer neue Modellprogramme für „neue Einrichtungstypen“, sondern weitere Faktoren, wie z.B. die kaum vorhandene Abstimmung zwischen unterschiedlichen Fachressorts innerhalb der Ministerien, mangelhafte Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie Begehrlichkeiten der Träger und Konkurrenzdenken zwischen den Akteuren.

Es liegt jedoch auf der Hand, dass eine hinreichende finanzielle Ausstattung sowie deren nachhaltige Absicherung von entscheidender Bedeutung für die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen sind. Insbesondere knüpft sich daran die Möglichkeit, ausreichend hauptamtliches Personal einsetzen zu können, was für die verlässliche Bereitstellung eines qualitativ und quantitativ angemessenen Angebots aus fachlicher Sicht unerlässlich erscheint.

Vor diesem Hintergrund wurden den Anlaufstellen erstmals in einem breiten und vergleichenden Untersuchungsansatz folgende Fragen vorgelegt:

- Welche Budgets sind insgesamt vorhanden?
- Aus welchen Quellen speisen sich die Einnahmen?
- Worin bestehen Schwierigkeiten und Engpässe?
- Welche Personalstrukturen sind vorhanden?
- Welche Aufgaben werden durch Haupt- und Ehrenamtliche erbracht?
- Wie ist die Ausstattung beschaffen?

Anhand dieser Analyse sollen neue Ansatzpunkte für eine angemessene Finanzierungsstruktur und Hinweise für eine entsprechende Förderstrategie gefunden werden.

FINANZIELLE RESSOURCEN: GESAMT-BUDGET UND PERSONALAUSGABEN

Die Gesamtschau der verfügbaren Mittel zeigt, dass 39 % der Einrichtungen mit einem Budget von bis zu 50.000 € im Jahr auskommen müssen. Das bedeutet außerdem, dass viele Einrichtungen noch weit unterhalb dieser Marge angesiedelt sind und mit Etats von 10.000 bis 20.000 € oder sogar noch weniger pro Jahr wirtschaften. Es liegt deshalb nahe, dass unterhalb der Grenze von 50.000 € kaum hauptamtliches Personal im nennenswerten Umfang zur Verfügung steht, was sich auch bei der Darstellung der Personalstruktur zeigen wird. Weitere

31 % der Einrichtungen haben Budgets zwischen 50.000 und 150.000 € zur Verfügung. Weniger als ein Drittel arbeitet mit einem Jahresbudget von mehr als 150.000 €. (Abb. 16)

Ob bestimmte Einrichtungstypen finanziell besser ausgestattet sind als andere, ist allerdings nicht durchgängig damit zu erklären, dass es sich dabei um Spezialisten oder um Generalisten handelt, wie die Gegenüberstellung deutlich macht. Finanziell am besten aufgestellt sind unter den Spezialisten die Soziokulturellen Zentren, von denen ein Drittel Mittel in Höhe von 250.000 € und mehr zur Verfügung hat, sowie Mütterzentren (22 %). Bei den Generalisten trifft dies in etwas schwächerem Maße auf die Kombinationseinrichtungen zu. Ähnliche Budgetverteilungen finden sich bei Selbsthilfekontaktstellen und Mehrgenerationenhäusern, von denen jeweils rd. drei Viertel über 50.000 € und mehr pro Jahr verfügen können. Sie bewegen sich damit in einem mittleren Bereich. Die im Schnitt schwächste Finanzausstattung vermelden Bürgerstiftungen, Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros.

Es besteht naturgemäß ein enger Zusammenhang zwischen dem Gesamtetat und den vorhandenen Mitteln für hauptamtliches Personal, schließlich ist dies der kostenträchtigste Posten. Annähernd die Hälfte der Einrichtungen (45 %) setzt für Personalausgaben bis zu 50.000 € ein. Damit liegen aber auch viele noch weit unterhalb dieser Grenze. Über ein Drittel (36 %) hat ein Personalbudget von 50.000 bis 150.000 €, nur sehr wenige (6 %) können dafür zwischen 150.000 und 250.000 € einsetzen. Demgegenüber gibt es immerhin einige (8 %), die 250.000 € und mehr für Personal zur Verfügung haben.

Der Vergleich der Einzelansätze der unterschiedlichen Einrichtungstypen ergibt eine Übereinstimmung in der Konzentration auf die ersten beiden Budgetbereiche. Das bedeutet, dass die überwiegende Mehrheit Mittel von unter 50.000 € bis maximal 150.000 € einsetzen kann. Diese Spanne ist jedoch recht weit, so dass eine exakte Aussage nur schwer möglich ist.

Im Großen und Ganzen findet sich zwar das Verhältnis in den Budgetbereichen bei den Personalkosten wieder, jedoch gibt es auch einige markante Unterschiede, die darauf hindeuten, dass die Mittel unterschiedlich stark für hauptamtliches Personal eingesetzt werden.

Am geringsten ist diese Abweichung bei den Freiwilligenagenturen und den Selbsthilfekontaktstellen; hier fließen demnach die meisten Mittel in den Personalbereich. Am größten ist die Abweichung hingegen bei den Bürgerstiftungen, die nach dieser Interpretation am wenigsten Mittel ihres Gesamtetats für hauptamtliches Personal aufwenden.

Zusammenfassend kann für alle Einrichtungstypen gesagt werden, dass ganz unterschiedliche Budgets zur Verfügung stehen, sowohl vergleichsweise hohe Beträge als auch nur sehr geringe. Dies trifft auf Anlaufstellen mit breitem Aufgabenprofil ebenso zu wie auf solche mit enger Profilführung.

Die Aufteilung zwischen den Budgetgrößen, d.h. die Ungleichheit innerhalb der Gruppen, ist dabei aber verschieden stark ausgeprägt. Doch für keine Einrichtungsform kann eine Art „Standardetat“ festgestellt werden. Offenbar sind andere Faktoren hierfür mitverantwortlich, wie etwa die Größe der Einrichtung, das Vorhandensein eigener Räumlichkeiten o.Ä. Dafür spricht, dass die Soziokulturellen Zentren und zum Teil auch die Kombinationseinrichtungen und Mütterzentren über die im Schnitt meisten Mittel verfügen. Diese betreiben häufiger vergleichsweise große Häuser mit mehr hauptamtlichem Personal.

DIE FINANZIERUNGSQUELLEN: ABHÄNGIGKEIT VON KOMMUNALEN MITTELN

Woher beziehen die Einrichtungen nun vorrangig ihre Mittel? Da in der Regel von mehreren Quellen auszugehen ist, sollte von den Befragten die jeweilige Bedeutung unterschiedlicher Einnahmearten benannt werden. (Abb. 17)

Die wichtigste Einnahmeform aller Einrichtungen insgesamt sind kommunale Mittel, am deutlichsten wird dies bei den Mütterzentren. Dagegen spielen sie für die Bürgerstiftungen praktisch keine Rolle. Wichtig sind ebenfalls noch, wenn auch schon mit einem gewissen Abstand, die Eigenmittel des Trägers. Überdurchschnittlich hoch ist die Bedeutung bei den Soziokulturellen Zentren, am wenigsten bedeutsam für die Mütterzentren.

Landesmittel erhält offenbar nur noch weniger als ein Drittel aller Einrichtungen in einem relevanten Umfang. Wichtig sind sie aber vor allem für die Soziokulturellen Zentren und die Mütterzentren.

Die weiteren Finanzierungsquellen wie Bundesmittel, gesetzliche Leistungsentgelte, private Spenden, Unternehmensspenden, Stiftungsmittel, Mitgliedsbeiträge und Erträge aus Dienstleistungen sind für alle zusammen gerechnet von geringer Bedeutung.

Finanzausstattung: Gesamtbudget und Personalbudget

Budget im letzten Jahr	Durchschnitt (n=655)	Spezialisten (Enges Aufgabenprofil)				Generalisten (Breites Aufgabenprofil)				
		Bürgerstiftung (n=41) ¹⁾	Mütterzentrum (n=18)	Selbsthilfekontaktstelle (n=91)	Soziokulturelles Zentrum (n=29)	Freiwilligenagentur (n=127)	Kommunale Stabsstelle (n=32)	Mehrgenerationenhaus (n=75)	Seniorenbüro (n=56)	Kombinationseinrichtung (n=186) ²⁾
Gesamtbudget										
Bis 50.000 EUR	39 %	66 %	12 %	26 %	30 %	52 %	52 %	26 %	66 %	31 %
50.001 bis 150.000 EUR	31 %	21 %	53 %	53 %	22 %	29 %	44 %	42 %	16 %	24 %
150.001 bis 250.000 EUR	12 %	10 %	13 %	11 %	15 %	10 %	4 %	16 %	13 %	16 %
250.001 EUR und mehr	18 %	3 %	22 %	10 %	33 %	9 %	0 %	16 %	5 %	29 %
Angaben vorhanden	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Keine Angaben ³⁾	18 %	29 %	6 %	21 %	7 %	14 %	16 %	17 %	32 %	16 %
Personalbudget										
Bis 50.000 EUR	45 %	85 %	41 %	35 %	36 %	54 %	63 %	51 %	56 %	37 %
50.001 bis 150.000 EUR	36 %	8 %	41 %	51 %	32 %	31 %	26 %	36 %	39 %	29 %
150.001 bis 250.000 EUR	8 %	0 %	0 %	9 %	5 %	8 %	6 %	2 %	5 %	14 %
250.001 EUR und mehr	11 %	7 %	18 %	5 %	27 %	7 %	5 %	11 %	0 %	20 %
Angaben vorhanden	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %
Keine Angaben ³⁾	28 %	69 %	6 %	29 %	24 %	30 %	41 %	19 %	27 %	16 %

1) Eine IBS-Umfrage aus dem Jahr 2012, an der sich 130 Bürgerstiftungen beteiligten, hat bei den Einnahmen folgende Werte ermittelt: bis 50.000 EUR: 63%; 50.001 bis 150.000 EUR: 26%; 150.001 bis 250.000 EUR: 4%; 250.001 EUR u. mehr: 7%. Damit weichen die in der ISAB-Befragung ermittelten Werte selbst bei einer Antwortverweigerung von 29 % nicht wesentlich von den IBS-Werten ab.

2) Darin enthalten sind: 63 Freiwilligenagenturen, 32 Selbsthilfekontaktstellen, 72 Mehrgenerationenhäuser, 39 Seniorenbüros, 5 Bürgerstiftungen, 33 Kommunale Stabsstellen, 38 Soziokulturelle Zentren, 27 Mütterzentren sowie 88 sonstige Einrichtungen wie z.B. Bürgerhäuser, Familienzentren.

3) Nach Prüfung der Antwortausfälle gehen wir davon aus, dass Antwortausfälle bis 20 % zu keinen systematischen Verzerrungen führen, sodass die vorhandenen Angaben auf 100 % gesetzt werden konnten.

■ Systematische Verzerrung nicht ausgeschlossen. Zum exemplarischen Vergleich in der Tabelle belassen

Abbildung 16: Finanzausstattung: Gesamtbudget und Personalbudget

Sponsorings, Lottomittel und Schenkungen/Erbschaften liegen im Gesamtschnitt fast an der Grenze der Messbarkeit und sind damit praktisch irrelevant.

Bei den Einnahmequellen gibt es jedoch recht große Unterschiede zwischen den Einrichtungstypen. So sind etwa Bundesmittel, durch die Beteiligung am laufenden Förderprogramm, nur bei den Mehrgenerationenhäusern von einer hohen Bedeutung.

Gesetzliche Leistungsentgelte sind bei den Selbsthilfekontaktstellen wichtig, da sie eine Förderung durch die gesetzlichen Krankenkassen erhalten. Dagegen sind für die Bürgerstiftungen private Spenden, Unternehmensspenden und Stiftungsmittel besonders wichtig. Beides trifft auf alle anderen Formen nicht zu.

In der Gesamtsicht wird ein hoher Anteil von öffentlichen Mitteln, genauer gesagt kommunaler Mittel, erkennbar und weniger eine ausgewogene Mischung verschiedener Einnahmequellen. Zum Teil stark abweichende Einzelbefunde bei den unterschiedlichen Einrichtungstypen ändern das vorherrschende Bild kaum. Eine Ausnahme bilden hierbei nur die Bürgerstiftungen, deren Haupteinnahmen aus dem privaten Bereich kommen, allerdings ist das Niveau der Budgets dort auch besonders niedrig. Alle anderen Einrichtungen zeichnen sich durch eine hohe „Staatsquote“ aus. Die vielbeschworene Mischfinanzierung aus unterschiedlichen Quellen ist damit nur im Ansatz vorhanden, quantitativ wird sie zumindest bisher wenig wirksam. Ein allgemeiner Trend zur stärkeren Eigenfinanzierung, etwa durch Erbringung

von Dienstleistungen oder die Akquise von Spenden, ist jedenfalls nicht festzustellen. Die schwache Ausprägung dieser Quellen erklärt sich, zumindest zum Teil, wiederum aus den nicht vorhandenen Ressourcen, denn der Aufbau solcher Kapazitäten ist kein „Nullsummenspiel“.

Es bleibt bei einer erkennbaren Dominanz und damit einer tendenziellen Abhängigkeit von öffentlichen Mitteln. Deren möglicher Ausfall kann von den Einrichtungen bei den momentanen Finanzierungsstrukturen kaum kompensiert werden. Grundsätzlich ist natürlich eine grundständige Finanzierung der Einrichtungen durch die Kommunen sachlich angebracht und ordnungspolitisch richtig. Denn die Anlaufstellen sind dort angesiedelt und sollen ihre Wirkung im jeweiligen Gemeinwesen erzielen. Dies setzt allerdings voraus, dass entsprechende Mittel in den Kommunen vorhanden sind und auch dafür eingesetzt werden. Tatsächlich ist die Finanzlage vieler Gemeinden prekär, so dass nach Haushaltslage entschieden und die Engagementförderung oft nachrangig behandelt wird, da sie keine Pflichtaufgabe der Kommunen ist. Insofern sind die Mittel meist nicht haushaltsrechtlich verankert, sondern werden oft als „Projekt“ vergeben.

Wie gesehen, sind die verfügbaren Budgets, jedenfalls bei vielen Einrichtungen, insgesamt niedrig. Es besteht also nicht nur eine objektive Unterversorgung mit Finanzmitteln, sondern gleichzeitig auch eine gewisse Einseitigkeit bei den vorhandenen Quellen. Dies ist natürlich in doppelter Weise problematisch.

Finanzierungsquellen (Mehrfachnennungen)

	Durchschnitt	Spezialisten				Generalisten				
		Bürgerstiftung (n=41)	Mütterzentrum (n=18)	Selbsthilfe-kontakt-stelle (n=91)	Sozio-kultu-relles Zentrum (n=29)	Freiwilligen-agentur (n=127)	Kommunale Stabs-stelle (n=32)	Mehrgenerationenhaus (n=75)	Seniorenbüro (n=56)	Kombinations-einrichtung (n=186) ¹⁾
Kommunale Mittel	64 %	7 %	83 %	68 %	62 %	62 %	78 %	76 %	77 %	63 %
Eigenmittel des Trägers	40 %	42 %	17 %	44 %	55 %	39 %	25 %	48 %	30 %	39 %
Landesmittel	28 %	2 %	50 %	34 %	52 %	23 %	22 %	27 %	16 %	34 %
Bundesmittel	18 %	0 %	11 %	1 %	21 %	5 %	9 %	67 %	9 %	23 %
Gesetzliche Leistungsentgelte	13 %	0 %	0 %	64 %	0 %	2 %	0 %	7 %	4 %	8 %
Private Spenden	12 %	66 %	17 %	4 %	10 %	10 %	3 %	12 %	7 %	9 %
Unternehmensspenden	12 %	44 %	6 %	3 %	7 %	13 %	6 %	13 %	5 %	11 %
Stiftungsmittel	11 %	68 %	6 %	1 %	14 %	13 %	6 %	7 %	7 %	7 %
Mitgliedsbeiträge	10 %	7 %	22 %	6 %	10 %	9 %	0 %	9 %	11 %	13 %
Erträge aus Dienstleistungen	9 %	5 %	11 %	1 %	17 %	4 %	0 %	16 %	5 %	15 %
Sponsorings	6 %	27 %	0 %	1 %	3 %	9 %	3 %	7 %	4 %	4 %
Lottomittel etc.	4 %	2 %	0 %	3 %	3 %	11 %	0 %	3 %	2 %	2 %
Erbschaften/Schenkungen	2 %	20 %	0 %	0 %	0 %	1 %	0 %	1 %	0 %	0 %

1) Darin enthalten sind: 63 Freiwilligenagenturen, 32 Selbsthilfekontaktstellen, 72 Mehrgenerationenhäuser, 39 Seniorenbüros, 5 Bürgerstiftungen, 33 Kommunale Stabsstellen, 38 Soziokulturelle Zentren, 27 Mütterzentren sowie 88 sonstige Einrichtungen wie z.B. Bürgerhäuser, Familienzentren.

Abbildung 17: Finanzierungsquellen (Mehrfachnennungen)

FINANZIERUNGSENGPÄSSE: ÖFFENTLICHE MITTEL WERDEN ZURÜCKGEFAHREN

Wie sich zeigt, beschreibt über die Hälfte der Einrichtungen Schwierigkeiten und Engpässe bei der Finanzierung, dies ist allerdings bei den verschiedenen Typen wiederum unterschiedlich stark ausgeprägt. (Abb. 18)

Am häufigsten bestätigen Mehrgenerationenhäuser, Mütterzentren, Soziokulturelle Zentren und Kombinationseinrichtungen Schwierigkeiten bei der Finanzierung, am seltensten die Bürgerstiftungen und die Kommunalen Stabsstellen.

Das Aufkommen von Engpässen scheint dabei keiner erkennbaren Regel zu folgen, offenbar besteht jedenfalls kein Zusammenhang mit der absoluten Höhe der Einnahmen. Hier wird scheinbar auf „verschiedenen Niveaus geklagt“, denn die im Schnitt besser ausgestatteten Soziokulturellen Zentren berichten häufiger von Finanzierungsschwierigkeiten als etwa Seniorenbüros, die zu den Institutionen gehören, die die geringsten Budgets haben.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist das relativ häufige Auftreten von Schwierigkeiten bei den Mehrgenerationenhäusern. Diese werden bekanntermaßen aktuell als einzige der hier behandelten Einrichtungsformen durch ein Bundesprogramm gefördert. Jedenfalls gilt dies für viele dieser Einrichtungen derzeit noch. Es kann angenommen werden, dass die Engpässe, die sich üblicherweise nach Auslaufen einer Bundesförderung ergeben, hier bereits sichtbar werden. In ähnlicher Weise gilt dies für einen Teil der Mütterzentren, mit denen die Mehrgenerationenhäuser in nicht wenigen Fällen Kombinationseinrichtungen bilden.

Wichtigste Gründe für Schwierigkeiten oder Engpässe bei der Finanzierung sind das Auslaufen von Projektmitteln und der

Rückgang öffentlicher Förderung. Außerdem beschreiben die Einrichtungen teilweise einen Rückgang selbst erwirtschafteter Mittel oder machen den zunehmenden Konkurrenzdruck untereinander für Finanzierungsprobleme verantwortlich.

Insbesondere das Auslaufen von Projektmitteln deutet darauf hin, dass diese Finanzierungsform immer noch in vielen Fällen das Förderinstrument der Wahl ist und die Einrichtungen erwartbar immer wieder in Schwierigkeiten bringt. Wie wenig nachhaltig eine solche von manchen als „Projektitis“ bezeichnete Finanzierungsart ist, ist vielfach beschrieben worden. Egal ob Bund, Länder oder Kommunen für die jeweilige Mittelvergabe zuständig sind, eine verlässliche und auf Dauer angelegte Infrastruktur, wie sie die Anlaufstellen von der Sache her sein müssen, kann so nicht aufgebaut und abgesichert werden.

Dass gleichzeitig offenbar öffentliche Mittel bei manchen Einrichtungen zurückgefahren werden, verschärft die Problematik noch. Wenn dies für immerhin ein knappes Drittel der von Schwierigkeiten betroffenen Einrichtungen zutrifft, ist das durchaus ein Alarmsignal. Das wäre dann eher ein Beleg dafür, dass die Debatten der letzten Jahre über die Notwendigkeit einer Engagement unterstützenden Infrastruktur vor Ort nicht die erhoffte Wirkung gezeigt haben. Sinnvoll wäre hingegen eine größere Anstrengung der öffentlichen Hand, die Einrichtungen angemessen auszustatten und zu befähigen, auch weitere Quellen zu erschließen.

Vor dem Hintergrund der geschilderten aktuellen Lage wäre natürlich nicht ein Rückgang, sondern eher ein Anwachsen selbst erwirtschafteter Mittel wünschenswert und vielerorts notwendig. Davon kann jedoch derzeit nicht die Rede sein. Wie bereits gezeigt, sind die nicht-öffentlichen Einnahmearten ohnehin deutlich unterrepräsentiert, zusätzlich scheinen diese

Finanzierungsengpässe und die Gründe (Mehrfachnennungen)

	Durchschnitt	Spezialisten				Generalisten				
		Bürgerstiftung (n=41)	Mütterzentrum (n=18)	Selbsthilfekontaktstelle (n=91)	Soziokulturelles Zentrum (n=29)	Freiwilligenagentur (n=127)	Kommunale Stabsstelle (n=32)	Mehrgenerationenhaus (n=75)	Seniorenbüro (n=56)	Kombinationseinrichtung (n=186) ¹⁾
Finanzierungsengpässe vorhanden	53 %	20 %	67 %	42 %	66 %	54 %	22 %	68 %	39 %	66 %
Ausgelaufene Projektförderung	29 %	0 %	22 %	9 %	17 %	40 %	19 %	47 %	16 %	42 %
Rückgang der öffentlichen Förderung	28 %	2 %	11 %	30 %	35 %	20 %	6 %	41 %	27 %	36 %
Andere Gründe	16 %	7 %	39 %	10 %	21 %	18 %	0 %	19 %	9 %	21 %
Rückgang selbst erwirtschafteter Mittel	10 %	10 %	39 %	3 %	14 %	6 %	3 %	9 %	7 %	16 %
Zunehmende Konkurrenz um „Kunden“	9 %	2 %	11 %	0 %	17 %	7 %	0 %	11 %	7 %	17 %

1) Darin enthalten sind: 63 Freiwilligenagenturen, 32 Selbsthilfekontaktstellen, 72 Mehrgenerationenhäuser, 39 Seniorenbüros, 5 Bürgerstiftungen, 33 Kommunale Stabsstellen, 38 Soziokulturelle Zentren, 27 Mütterzentren sowie 88 sonstige Einrichtungen wie z.B. Bürgerhäuser, Familienzentren.

Abbildung 18: Finanzierungsengpässe und die Gründe (Mehrfachnennungen)

Quellen mancherorts sogar noch rückläufig zu sein. Wenn die Kommunen, weil entweder die notwendigen Mittel oder das Problembewusstsein nicht vorhanden sind, sich nicht stärker engagieren, sind die Einrichtungen umso mehr auf andere Finanzierungswege angewiesen. Hier könnten auch die Fachverbände der Organisationen gefragt sein, entsprechendes Know-how gezielt an die Basis zu transportieren.

Problematisch erscheint auch die Konkurrenzsituation der Einrichtungen vor Ort, die von einer ganzen Reihe von Anlaufstellen kritisch angemerkt wurde. Das Ringen um knapper werdende kommunale Mittel macht die Verschärfung des Wettbewerbs nachvollziehbar. Dies kann jedoch zur Folge haben, dass es dann mitunter eher um gegenseitige Abgrenzung geht, als die Arbeit sinnvoll miteinander zu verschränken. Im Hinblick auf ein abgestimmtes Leistungsangebot für die Interessierten im lokalen Raum ist dies allerdings im höchsten Maße kontraproduktiv.

PERSONALSTRUKTUREN: MIX VON HAUPTAMTLICHEN UND FREIWILLIGEN

In der Summe haben fast alle befragten Anlaufstellen einen bestimmten Anteil von hauptamtlichem Personal, arbeiten aber gleichzeitig mit Freiwilligen in den eigenen Einrichtungen zusammen. Die reine Anwesenheit von hauptamtlichen Kräften sagt dabei natürlich noch nichts über den Stundenumfang, die Anzahl der Mitarbeitenden und die vorhandenen Beschäftigungsformen aus.

Praktisch immer mit hauptamtlichen Kräften arbeiten die Kommunalen Stabsstellen, gleichzeitig haben sie aber auch den geringsten Anteil von Freiwilligen. Ebenfalls fast immer mit hauptamtlichem Personal ausgestattet sind die Mütterzentren, allerdings sind hier auch fast im gleichen Umfang Freiwillige tätig. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Mehrgenerationenhäusern und den Kombinationseinrichtungen. Auch

Selbsthilfekontaktstellen haben durchweg hauptamtliches Personal, allerdings verhältnismäßig wenige Freiwillige. Dies gilt auch für die Seniorenbüros. Bei Freiwilligenagenturen ist der Einsatz von Hauptamtlichen und Freiwilligen weitgehend ausgewogen. Am geringsten, und dies mit deutlichem Abstand, ist der Anteil von Hauptamtlichen bei den Bürgerstiftungen. Demgegenüber ist der Einsatz von Freiwilligen hier auch am höchsten. (Abb. 19)

Nicht in jedem Fall geht das generelle Vorhandensein von hauptamtlichen Kräften also einher mit der gleichzeitigen hohen Einbindung von Freiwilligen, allerdings ist auch nicht das Gegenteil der Fall.

Einige Einrichtungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sowohl Hauptamtliche als auch Freiwillige im gleichen Maße beschäftigen; dies ist etwa bei den Mütterzentren, den Mehrgenerationenhäusern oder auch den Freiwilligenagenturen so. Bei anderen ist das Verhältnis zwischen Hauptamt und Freiwilligenarbeit eher „unausgeglichene“, etwa bei den Kommunalen Stabsstellen, die besonders selten Freiwillige einbinden, oder den Bürgerstiftungen, die dies augenscheinlich besonders häufig tun.

Ein durchgängiges Prinzip lässt sich zunächst nicht erkennen. Der Grad der Verberuflichung oder Professionalisierung allein ist jedenfalls nicht erkennbar ursächlich für die vermehrte oder geringere Beschäftigung von Freiwilligen.

HAUPT- UND EHRENAMTLICHE PERSONALKAPAZITÄTEN: STELLEN UND KÖPFE

Um einen hinreichenden Einblick in die personelle Leistungsfähigkeit der Anlaufstellen zu gewinnen, wurden diese nicht nur nach der Anzahl ihrer haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter gefragt, sondern auch nach den jeweiligen wöchentlichen Stundenkontingenten.

Hauptamtliche Personalstrukturen und freiwillig Engagierte

	Durchschnitt	Spezialisten				Generalisten				
		Bürgerstiftung (n=41) ¹⁾	Mütterzentrum (n=18)	Selbsthilfekontaktstelle (n=91)	Sozialkulturelles Zentrum (n=29)	Freiwilligenagentur (n=127)	Kommunale Stabsstelle (n=32)	Mehrgenerationenhaus (n=75)	Seniorenbüro (n=56)	Kombinationseinrichtung (n=186) ²⁾
Hauptamtliche Mitarbeiter	88 %	34 %	100 %	97 %	83 %	86 %	100 %	96 %	89 %	89 %
Freiwillig Engagierte	75 %	98 %	94 %	35 %	97 %	80 %	16 %	96 %	50 %	88 %

1) Eine IBS-Umfrage aus dem Jahr 2012 kommt bei einer höheren Anzahl von Rückläufen und weniger Angabenverweigerungen (von 185 IBS-Stiftungen, die sich an der Befragung beteiligten, haben ehrenamtliche Mitarbeiter: 94,6 % und hauptamtliche Mitarbeiter: 29,2 %) auf vergleichbare Zahlenwerte, sodass die im Rahmen der ISAB-Befragung ermittelten Zahlen als realistisch angesehen werden können. Aufgrund fehlender oder unzureichender Angaben zu den Stundenwerten der Haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in der IBS-Umfrage können keine Vollzeitstundenäquivalent-Stellen berechnet werden.

2) Darin enthalten sind: 63 Freiwilligenagenturen, 32 Selbsthilfekontaktstellen, 72 Mehrgenerationenhäuser, 39 Seniorenbüros, 5 Bürgerstiftungen, 33 Kommunale Stabsstellen, 38 Sozialkulturelle Zentren, 27 Mütterzentren sowie 88 sonstige Einrichtungen wie z.B. Bürgerhäuser, Familienzentren.

Abbildung 19: Hauptamtliche Personalstrukturen und freiwillig Engagierte

In den folgenden Tabellen haben wir die Angaben der Anlaufstellen verdichtet. Dabei wurden die hauptamtlichen Mitarbeiter addiert, dazu zählen wir Festangestellte, Honorarkräfte/Werkvertrag, geringfügig Beschäftigte. In gleicher Weise wurden die ehrenamtlichen Mitarbeiter (Freiwillige, Bundesfreiwilligendienst, freiwilliges soziales Jahr) zusammengerechnet. Diesen absoluten Zahlen der Haupt- und Ehrenamtlichen haben wir die Stundenkontingente der beiden Gruppen gegenübergestellt und diese in Vollzeitäquivalent-Stellen umgerechnet. Als Berechnungsgrundlage für eine Vollzeitäquivalent-Stelle sind wir von einer 37,5-Stundenwoche ausgegangen.

Wenn man dementsprechend die Personalkapazitäten genauer betrachtet, wird deutlich, dass der Nachweis der Existenz von hauptamtlichen Kräften allein die Situation in den Einrichtungen nicht hinreichend abbildet. Vielmehr zeigt sich hinter diesem Befund eine eher kleinteilige und recht uneinheitliche Personalstruktur. (Abb. 20)

Über einen hauptamtlichen Mitarbeiter verfügt im Durchschnitt ein Fünftel der Einrichtungen. Besonders häufig ist dies bei den Kommunalen Stabsstellen der Fall, bei den Mütterzentren hingegen überhaupt nicht.

Zwei Hauptamtliche sind im Mittel bei fast gleich vielen der Einrichtungen beschäftigt, wobei die Seniorenbüros am häufigsten so ausgestattet sind und die Soziokulturellen Zentren am seltensten.

Drei Hauptamtliche sind nur noch bei jeder zehnten Einrichtung tätig, am häufigsten bei den Selbsthilfekontaktstellen. Gar nicht anzutreffen ist diese Konstellation bei den Soziokulturellen Zentren.

Vier Mitarbeiter haben noch weniger Anlaufstellen. Dabei sind die Mütterzentren überdurchschnittlich häufig vertreten, bei den Seniorenbüros kommt diese Personalanzahl überhaupt nicht vor.

Hauptamtliche Personalstrukturen: Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter und Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten

	Durchschnitt	Spezialisten				Generalisten				
		Bürgerstiftung (n=41) ¹⁾	Mütterzentrum (n=18)	Selbsthilfekontaktstelle (n=91)	Soziokulturelles Zentrum (n=29)	Freiwilligenagentur (n=127)	Kommunale Stabsstelle (n=32)	Mehrgenerationenhaus (n=75)	Seniorenbüro (n=56)	Kombinationseinrichtung (n=186) ²⁾
Anzahl der hauptamtlichen Mitarbeiter (Festangestellte, Honorarkräfte/ Werkvertrag, geringfügig Beschäftigte)										
1 Mitarbeiter	20 %	12 %	0 %	22 %	10 %	30 %	50 %	5 %	34 %	15 %
2 Mitarbeiter	18 %	5 %	17 %	33 %	7 %	19 %	28 %	12 %	38 %	8 %
3 Mitarbeiter	10 %	7 %	6 %	19 %	0 %	15 %	13 %	5 %	7 %	9 %
4 Mitarbeiter	6 %	5 %	17 %	11 %	3 %	6 %	6 %	9 %	0 %	4 %
Mehr als 4 Mitarbeiter	33 %	5 %	60 %	12 %	62 %	16 %	3 %	64 %	11 %	53 %
Keine Angaben	13 %	66 %	0 %	3 %	18 %	14 %	0 %	5 %	10 %	11 %
Beschäftigte in Vollzeitäquivalenten (Basiswert: 37,5 Std./Woche)										
Bis 1 Stelle (37,5 Std./W.)	30 %	20 %	22 %	34 %	21 %	41 %	50 %	23 %	34 %	24 %
Über 1 bis 2 Stellen (bis 75 Std./W.)	28 %	12 %	39 %	45 %	14 %	26 %	38 %	23 %	43 %	22 %
Über 2 bis 3 Stellen (bis 112,5 Std./W.)	10 %	0 %	22 %	10 %	14 %	7 %	3 %	20 %	5 %	10 %
Über 3 bis 4 Stellen (bis 150 Std./W.)	6 %	0 %	0 %	6 %	7 %	7 %	6 %	11 %	2 %	6 %
Mehr als 4 Stellen (über 150 Std./W.)	13 %	0 %	17 %	1 %	31 %	5 %	3 %	15 %	5 %	28 %
Keine Angaben	13 %	68 %	0 %	4 %	13 %	14 %	0 %	8 %	11 %	10 %

1) Eine IBS-Umfrage aus dem Jahr 2012 kommt bei einer höheren Anzahl von Rückläufen und weniger Angabenverweigerungen (von 185 IBS-Stiftungen, die sich an der Befragung beteiligten, haben ehrenamtliche Mitarbeiter: 94,6 % und hauptamtliche Mitarbeiter: 29,2 %) auf vergleichbare Zahlenwerte, sodass die im Rahmen der ISAB-Befragung ermittelten Zahlen als realistisch angesehen werden können. Aufgrund fehlender oder unzureichender Angaben zu den Stundenwerten der Haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter in der IBS-Umfrage können keine Vollzeitstundenäquivalent-Stellen berechnet werden.

2) Darin enthalten sind: 63 Freiwilligenagenturen, 32 Selbsthilfekontaktstellen, 72 Mehrgenerationenhäuser, 39 Seniorenbüros, 5 Bürgerstiftungen, 33 Kommunale Stabsstellen, 38 Soziokulturelle Zentren, 27 Mütterzentren sowie 88 sonstige Einrichtungen wie z.B. Bürgerhäuser, Familienzentren.

Abbildung 20: Hauptamtliche Personalstrukturen: Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter und Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten

Mehr als vier Mitarbeiter weist immerhin ein Drittel der Einrichtungen auf. Dies ist sogar die am häufigsten anzutreffende Konstellation. Dort liegen die Mehrgenerationenhäuser vorn, knapp gefolgt von den Soziokulturellen Zentren und den Mütterzentren. Am seltensten verfügen die kommunalen Stabsstellen über mehr als vier Mitarbeiter.

Die Anzahl der Hauptamtlichen liegt also bei den gesamten Anlaufstellen in einer recht weiten Spanne zwischen einem und mehr als vier Mitarbeitern. Wohlgemerkt handelt es sich hier zunächst um die reine Anzahl der Beschäftigten. Vergleicht man die Anzahl der Mitarbeiter mit den faktisch verfügbaren Vollzeitstellenäquivalenten, wird erkennbar, dass die tatsächliche Kapazität an Hauptamtlichen jedoch deutlich geringer ausfällt.

So betrachtet ist es nämlich bereits fast ein Drittel der Einrichtungen, die mit maximal einer Stelle auskommen müssen. Dies trifft auch hier besonders häufig auf die kommunalen Stabsstellen zu. Auch der zusammengerechnete Anteil von über einer bis zu zwei Vollzeitstellen steigt an. Hier sind besonders häufig die Selbsthilfekontaktstellen und die Seniorenbüros vertreten.

Der addierte Wert für zwei bis zu drei Vollzeitstellen bleibt im Vergleich zur reinen Anzahl identisch. Am häufigsten arbeiten die Mütterzentren so, am seltensten die Seniorenbüros.

Lediglich jede fünfte Einrichtung verfügt über drei und mehr Vollzeitstellen. Am besten ausgestattet sind soziokulturelle Zentren, von denen 38 % mit entsprechenden Personalkapazitäten arbeiten können, sowie Kombinationseinrichtungen (34 %).

Somit verschiebt sich das Niveau der tatsächlich vorhandenen hauptamtlichen Kapazitäten insgesamt deutlich nach unten. Es gibt also eher „viele“ Köpfe und nur wenige Stellen. Die verfügbaren Arbeitszeiten sind eigentlich immer auf verschiedene Mitarbeiter aufgeteilt. Damit verbunden sind vorwiegend Teilzeitbeschäftigungen oder auch Minijobs und andere wenig dauerhafte Formen.

Es können zwei Gruppen ausgemacht werden. Auf der einen Seite sind dies kommunale Stabsstellen, Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen, Selbsthilfekontaktstellen und Bürgerstiftungen, die tendenziell mit ein bis zwei Vollzeitstellen arbeiten. Auf der anderen Seite stehen Mehrgenerationenhäuser, Mütterzentren,

Freiwillig Engagierte: Zahl der freiwillig Engagierten und freiwillig Engagierte in Vollzeitäquivalenten

	Durchschnitt	Spezialisten				Generalisten				
		Bürgerstiftung (n=41)	Mütterzentrum (n=18)	Selbsthilfekontaktstelle (n=91)	Soziokulturelles Zentrum (n=29)	Freiwilligenagentur (n=127)	Kommunale Stabsstelle (n=32)	Mehrgenerationenhaus (n=75)	Seniorenbüro (n=56)	Kombinationseinrichtung (n=186) ¹⁾
Anzahl der freiwillig Engagierten (Freiwillige, BFG, FSJ)										
1 Mitarbeiter	4 %	0 %	0 %	4 %	0 %	9 %	3 %	1 %	5 %	4 %
2 Mitarbeiter	3 %	0 %	0 %	7 %	7 %	8 %	0 %	0 %	0 %	2 %
3 Mitarbeiter	4 %	5 %	11 %	2 %	3 %	9 %	0 %	3 %	2 %	4 %
4 Mitarbeiter	3 %	5 %	0 %	1 %	10 %	6 %	0 %	1 %	0 %	1 %
Mehr als 4 Mitarbeiter	60 %	88 %	83 %	21 %	76 %	49 %	13 %	91 %	43 %	78 %
Keine Angaben	26 %	2 %	6 %	65 %	4 %	20 %	84 %	4 %	50 %	11 %
Freiwillig Engagierte in Vollzeitäquivalenten (Basiswert: 37,5 Std./Woche)										
Bis 1 Stelle (37,5 Std./W.)	35 %	54 %	44 %	27 %	34 %	56 %	9 %	20 %	18 %	34 %
Über 1 bis 2 Stellen (bis 75 Std./W.)	14 %	7 %	33 %	2 %	34 %	9 %	4 %	29 %	13 %	15 %
Über 2 bis 3 Stellen (bis 112,5 Std./W.)	6 %	7 %	0 %	2 %	14 %	2 %	3 %	11 %	4 %	9 %
Über 3 bis 4 Stellen (bis 150 Std./W.)	4 %	0 %	0 %	0 %	3 %	1 %	0 %	5 %	4 %	8 %
Mehr als 4 Stellen (über 150 Std./W.)	10 %	10 %	6 %	1 %	7 %	5 %	3 %	20 %	8 %	15 %
Keine Angaben	31 %	22 %	17 %	68 %	8 %	27 %	81 %	15 %	53 %	19 %

1) Darin enthalten sind: 63 Freiwilligenagenturen, 32 Selbsthilfekontaktstellen, 72 Mehrgenerationenhäuser, 39 Seniorenbüros, 5 Bürgerstiftungen, 33 Kommunale Stabsstellen, 38 Soziokulturelle Zentren, 27 Mütterzentren sowie 88 sonstige Einrichtungen wie z.B. Bürgerhäuser, Familienzentren.

Abbildung 21: Freiwillig Engagierte: Zahl der freiwillig Engagierten und freiwillig Engagierte in Vollzeitäquivalenten

Soziokulturelle Zentren und die Kombinationseinrichtungen, die eher zwei bis zu mehr als vier Vollzeitstellen haben. Es geht also auch hier ein erkennbarer Schnitt durch die Landschaft der Einrichtungen, der allerdings nicht an den zuvor aufgezeigten Leistungsspektren in der Engagementunterstützung festgemacht werden kann.

Die Leistungsfähigkeit der Anlaufstellen wird jedoch nicht allein durch eine hinreichende Ausstattung mit hauptamtlichem Personal bestimmt, sondern wesentlich auch durch eine gut strukturierte und organisierte Einbindung von Freiwilligen in unterschiedliche Tätigkeits- und Aufgabenfelder der Einrichtungen. Wie u.a. das Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI-Programm 2002–2006) hinlänglich unter Beweis gestellt hat, sind freiwillig Engagierte in hohem Maße dazu bereit und in der Lage, weitreichende Kompetenzen und Erfahrungen in ihre Gemeinwesen einzubringen. Im Falle des EFI-Programms waren dies insbesondere Menschen im Alter 50Plus, die Projekte (mit)entwickelt und umgesetzt haben, die die organisatorische und administrative Arbeit der beteiligten Agenturen in hervorragender Weise unterstützten und häufig auch Multiplikatoren- sowie Leitungsfunktionen übernahmen. Ähnliches gilt aber auch für Menschen anderer Altersgruppen. Dass ein erfolgreiches Zusammenwirken von Haupt- und Ehrenamtlichen an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft ist, sollte an dieser Stelle allerdings nicht verschwiegen werden. Wie diese Zusammenarbeit erfolgreich gestaltet werden kann, ist in zahlreichen Leitfäden und Handbüchern hinreichend beschrieben worden (vgl. u.a. Der Paritätische Wohlfahrtsverband und Stiftung Mitarbeit 2001; ISAB 2005; Redmann 2012).

Vor diesem Hintergrund richten wir abschließend den Blick auf die bedeutsame Frage der Einbindung von Freiwilligen in die Arbeit der Einrichtungen. (Abb. 21)

Es wird dabei erfreulicherweise deutlich, dass die meisten Einrichtungen meist mehr als vier Freiwillige in ihre Tätigkeiten einbinden. Überdurchschnittlich häufig ist das so bei den Mehrgenerationenhäusern, relativ selten bei den

Selbsthilfekontaktstellen. Freiwillige werden in aller Regel jedoch nicht in Vollzeit tätig sein. Der hier ebenfalls angestellte Abgleich mit den addierten Vollzeitstundenäquivalenten ergibt, dass dies rechnerisch im Durchschnitt einer bis zwei Vollzeitstellen entspricht. Bei zwei bis vier Freiwilligen und den für sie errechenbaren Vollzeitstundenäquivalenten sind die Häufigkeiten eher gering, sodass sie in der Praxis wohl weniger relevant sind. Ein mehr als vier ehrenamtliche Mitarbeiter repräsentierendes Stundenkontingent hat immerhin noch ein Zehntel der Einrichtungen. Die meisten Einrichtungen haben danach also vier und mehr freiwillige Mitarbeiter, die rein rechnerisch ein bis zwei Vollzeitstellen darstellen.

Weiterhin ist erkennbar, dass sich Haupt- und Ehrenamtliche in der Arbeit der Agenturen arbeitsteilig ergänzen. So werden Verwaltungsarbeiten und die Büroleitung zwar mehrheitlich rein von hauptamtlichen Kräften wahrgenommen, aber dies ist nicht überall so. In fast jeder fünften Einrichtung übernehmen Haupt- und Ehrenamtliche diese Aufgaben gemeinsam, oder sie werden ausschließlich durch Freiwillige geleistet. (Abb. 22)

Zentrale Aufgaben, wie z.B. die Geschäftsführung, werden in weniger als der Hälfte aller Einrichtungen ausschließlich von hauptamtlichen Personen verantwortet. Auch in diesem bedeutsamen Aufgabenbereich sind bereits viele Freiwillige verantwortlich eingebunden. Die Mitarbeit in Projekten, allgemeine Beratungsarbeit, aber auch die Vorstandsarbeit wird deutlich durch Freiwillige dominiert.

Um die Vielzahl der von den Einrichtungen erwarteten Leistungen zuverlässig erbringen zu können, sind sowohl hauptamtliches Personal als auch Ehrenamtliche unabdingbar. Dabei stehen Fragen nach einer angemessenen Mindestausstattung der Agenturen mit hauptamtlichen Stellen und dem Umfang der von freiwillig Engagierten zu erbringenden Aufgaben nicht im Widerspruch zueinander. Ganz im Gegenteil, sie bedingen sich gegenseitig und können hinreichend nur im Kontext des Gesamtzusammenhangs einer Einrichtung und deren Ziel- und Aufgabenstellungen beantwortet werden.

Aufgabenwahrnehmung durch Haupt- und Ehrenamtliche

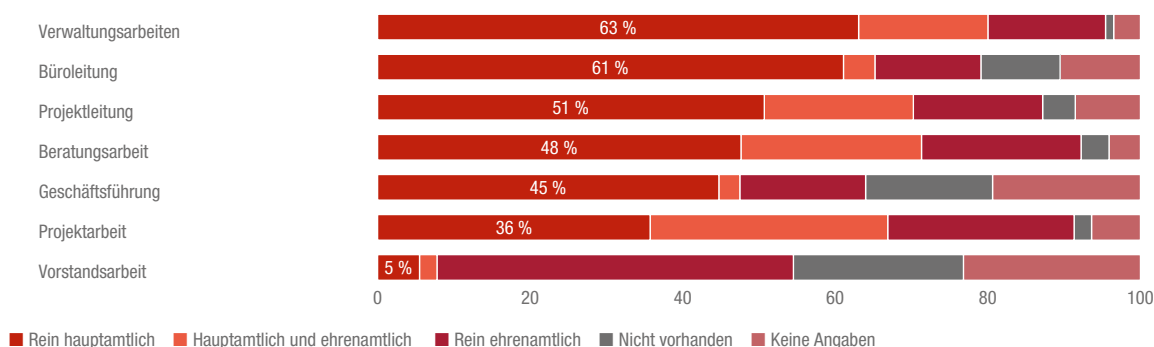


Abbildung 22: Aufgabenwahrnehmung durch Haupt- und Ehrenamtliche

RÄUME UND TECHNIK VORHANDEN

Während die Personalsituation nicht bei allen Anlaufstellen gleichermaßen befriedigend ist, ergeben sich bei der Ausstattung mit Sachmitteln kaum erkennbare Engpässe (vgl. Abb. 62 und 63 im Anhang).

Fast alle Einrichtungen verfügen über ausreichende Räumlichkeiten für ihre Beratungs- und Bürotätigkeiten. Die meisten Anlaufstellen haben mindestens drei Räume für ihre Aktivitäten zur Verfügung, viele sogar sechs und mehr.

Dabei wiederholt sich die Unterteilung in die größeren und kleineren Organisationen. Allerdings müssen Räume nicht unbedingt im Eigentum der Einrichtungen liegen, um sinnvoll genutzt werden zu können; das lässt z.B. die Raumnutzung der Bürgerstiftungen und Kommunalen Stabsstellen erkennen. Ein

angemessener „Betrieb“ erscheint also auch mit wenig eigenen Raumkapazitäten möglich.

Insofern kann hier kein dringender Handlungsbedarf erkannt werden. Möglicherweise – dies kann jedoch nur vermutet werden – gibt es bei manchen größeren Einrichtungen noch Kapazitäten, die im Sinne von Synergien für Dritte nutzbar wären.

Auch die vorhandene Ausstattung mit Technik entspricht dem üblichen und notwendigen Standard. Praktisch alle Einrichtungen verfügen über die entsprechende IT-Technik, Telekommunikationsgeräte und sonstigen Ausstattungsmerkmale. Sofern diese Mittel nicht im eigenen Eigentum sind, können vorhandene Ressourcen von anderen genutzt werden. Auch einen eigenen Internetauftritt können fast alle Anlaufstellen vorweisen. Also besteht auch hier keine Unterversorgung, sondern vielleicht sogar eher eine ganz gute Basis für eine breitere Nutzung des Vorhandenen.

6. Im Fokus

Die untersuchten Einrichtungen weisen hinsichtlich ihrer Entstehung, ihrer bundesweiten Verbreitung, ihres Leistungsprofils, der Trägerschaft und Rechtsform sowie der angesprochenen Engagementbereiche und Zielgruppen deutliche Unterschiede auf. Auch sind gewisse Unterschiede in der Kooperationspraxis und der Anwendung von Instrumenten der Wirkungsmessung erkennbar. Nachfolgend werden die einzelnen Typen anhand dieser Merkmale kurz charakterisiert.

Generalisten (Anlaufstellen mit breitem Aufgabenprofil)

- Freiwilligenagenturen
- Kommunale Stabsstellen
- Mehrgenerationenhäuser
- Seniorenbüros

Spezialisten (Anlaufstellen mit engem Aufgabenprofil)

- Bürgerstiftungen
- Mütterzentren
- Selbsthilfekontaktstellen
- Soziokulturelle Zentren

FREIWILLIGENAGENTUREN²

Entstehung/Förderung: Freiwilligenagenturen haben ihre ersten Anfänge in den 1980er Jahren. Zunächst auch in Abgrenzung zum traditionellen Ehrenamt gegründet, begreifen sie sich inzwischen als „Entwicklungsagenturen“ für das lokale Engagement. Ein bundesweites Förderprogramm hat es für die Freiwilligenagenturen zu keiner Zeit gegeben, wohl aber eine begleitende Initiative des Deutschen Caritasverbandes für seine Einrichtungen in den 1990er Jahren und in der Folge zum Teil Förderungen auf Ebene der Bundesländer.

Selbstdarstellung: „Sie sind moderne Anlaufstellen für alle Menschen, die sich engagieren, und für Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten möchten. Sie sorgen für gute Rahmenbedingungen, schaffen Netzwerke und Partizipationsmöglichkeiten. Wichtig ist ihnen auch, das Themenfeld Engagement in die Öffentlichkeit zu bringen und gute Rahmenbedingungen für

Freiwillige zu schaffen. Damit tragen sie zur Nachhaltigkeit von bürgerschaftlichem Engagement bei. (Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, 2014)

Anzahl/Verbreitung: Ab Mitte der 1990er Jahre kam es vermehrt zu Gründungen, die überwiegende Mehrheit ist jedoch nach 2000 eingerichtet worden. Derzeit sind nach der vorliegenden Erhebung 667 Einrichtungen dieser Art im Bundesgebiet aktiv.³ Bei der Verbreitung im Bundesgebiet sind sowohl gewisse Ballungen festzustellen als auch größere Regionen mit schwacher Verteilungsdichte bzw. Bereiche, in denen wenige oder überhaupt keine Einrichtungen dieser Art existieren. Relativ häufig gibt es Freiwilligenagenturen im Westen und in der Mitte der Republik, ebenso wie in Teilen der neuen Bundesländer. Insgesamt ergibt sich jedoch keine flächendeckende oder systematische Verteilung.

Verbreitung von Freiwilligenagenturen in Landkreisen und kreisfreien Städten

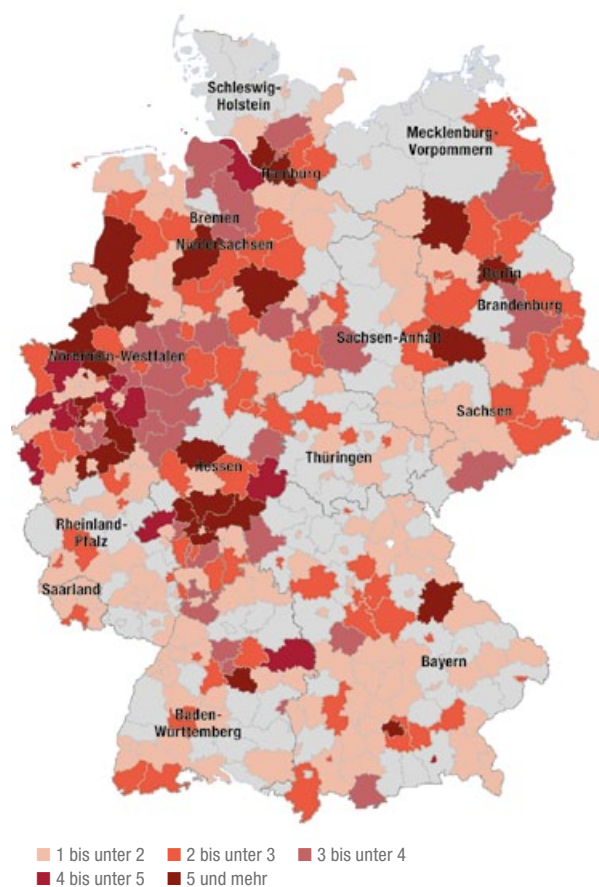


Abbildung 23: Verbreitung von Freiwilligenagenturen in Landkreisen und kreisfreien Städten

2) Der Begriff wird synonym für alle Bezeichnungen wie Freiwilligenzentralen, Freiwilligenzentren etc. verwendet.

3) Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa) spricht in ihren Veröffentlichungen von unterschiedlichen Zahlen zwischen 340 bis über 500 Einrichtungen dieses Typs.

Die fünf wichtigsten Leistungen der Freiwilligenagenturen

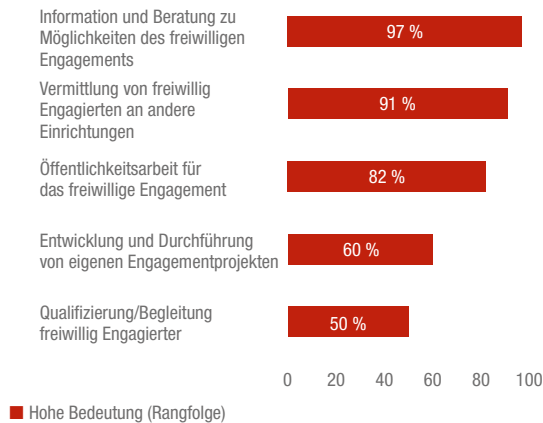


Abbildung 24: Die fünf wichtigsten Leistungen der Freiwilligenagenturen

Rechtsform/Trägerschaft: Knapp die Hälfte der Freiwilligenagenturen hat als Rechtsform den eingetragenen Verein. Träger der Freiwilligenagenturen sind am häufigsten eigenständige Vereine (38 %) sowie Verbände (16 %) und Kommunen (14 %). Über drei Viertel haben den Status der Gemeinnützigkeit.

Leistungen/Profil: Die Freiwilligenagenturen decken, mit Ausnahme der Durchführung von Veranstaltungen, alle Leistungen von hoher Bedeutung ab. Auch die Leistungen von mittlerer und geringer Bedeutung werden größtenteils überdurchschnittlich abgedeckt. Diese Einrichtungen sind mit einem sehr breiten Leistungsspektrum den Generalisten zuzurechnen. Das Aufgabenprofil der Freiwilligenagenturen erscheint relativ homogen. (Abb. 24 und Abb. 44 im Anhang)

Engagementbereiche/Zielgruppen: Der Bereich Soziales wird, noch über dem Durchschnitt, am häufigsten angesprochen. Außerdem zeigen die Freiwilligenagenturen eine sehr große Bandbreite unterschiedlicher Engagementbereiche. Stärkste Zielgruppe sind, wie bei allen, die Seniorinnen und Senioren. Häufiger als im Mittel werden Arbeitssuchende und Studierende erreicht.

Kooperation/Wirkung: Das Kooperationsverhalten ist überdurchschnittlich hoch ausgeprägt. In der bagfa sind rund 150 Einrichtungen Mitglied, es existieren darüber hinaus in vielen Bundesländern Landesarbeitsgemeinschaften als regionale Interessenvertretungen. Im Rahmen eines von der bagfa angebotenen Qualitätsmanagementsystems können die Agenturen ein Siegel erlangen, sofern sie bestimmte Mindestkriterien erfüllen. Dieses Qualitätssiegel wurde bisher von 70 Einrichtungen erworben. Instrumente der Wirkungsmessung werden deutlich häufiger als im Mittel angewendet.

KOMMUNALE STABSSTELLEN

Entstehung/Förderung: Ausgehend von Baden-Württemberg, haben sich ab den späten 1990er Jahren Anlaufstellen entwickelt, die weitgehend in direkter Anbindung an die kommunale Verwaltung unterstützende und koordinierende Aufgaben in der Engagementförderung übernommen haben. Sie sollen Ansprechpartner sein, das lokale Geschehen im Engagement unterstützen, aber auch eine Steuerungsfunktion haben. Eine direkte Förderstrategie besteht in den betreffenden Bundesländern aus föderalen Gründen in der Regel nicht, eine Finanzierung durch den Bund scheidet ebenfalls aus.

Selbstdarstellung: „Kommunale Anlaufstellen für bürgerschaftliches Engagement sind innerhalb der Verwaltung angesiedelte Fachstellen mit dem Ziel, Engagement zu initiieren oder zu unterstützen. Obwohl Teil der Verwaltung, wirken sie an der Schnittstelle zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik und damit weit über die eigene Organisation hinaus.“ (Städtetag Baden-Württemberg 2013)

Verbreitung von kommunalen Stabsstellen in Landkreisen und kreisfreien Städten

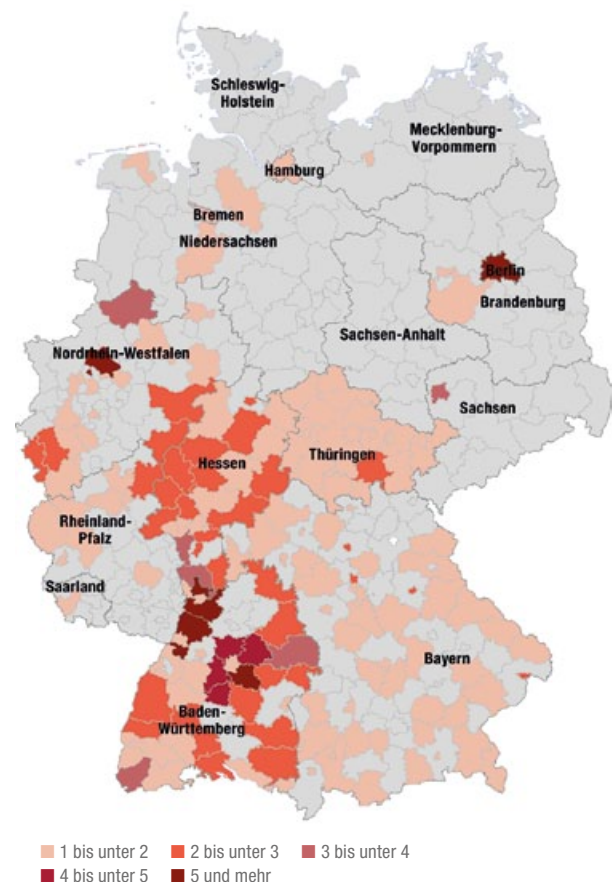


Abbildung 25: Verbreitung von kommunalen Stabsstellen in Landkreisen und kreisfreien Städten

Anzahl/Verbreitung: Die Anzahl der Kommunalen Stabsstellen ist aufgrund des Fehlens eines zentralen Registers und wegen voneinander abweichender Quellen nur schwer exakt festzustellen. Nach sorgfältiger Recherche kommt die vorliegende Erhebung unter diesem Vorbehalt zu der Gesamtzahl von 264 Einrichtungen dieser Art bundesweit. Sie sind damit im Vergleich aller Einrichtungen der (bisher) am geringsten verbreitete Typ. Die geografische Verteilung der Kommunalen Stabsstellen im Bundesgebiet weist eindeutige Schwerpunkte in Baden-Württemberg und Berlin sowie in Teilen von Nordrhein-Westfalen auf. Darüber hinaus sind, wenn auch mit geringerer Dichte, solche Anlaufstellen in Hessen, in Thüringen, Rheinland-Pfalz und ansatzweise in Teilen von Bayern zu finden. Demgegenüber sind weite Regionen zu verzeichnen, in denen überhaupt keine Einrichtungen dieser Art existieren.

Rechtsform/Trägerschaft: Rechtsform und Trägerschaft bedingen sich in diesem Fall, sodass die überwiegende Mehrheit der Einrichtungen (über 90 %) sich in kommunaler Trägerschaft befindet und damit rechtlich unselbstständig als Teil der öffentlichen Verwaltung anzusehen ist. Nur in Einzelfällen bestehen andere Organisationsformen.

Leistungen/Profil: Die wichtigste Aufgabe der Kommunalen Stabsstellen ist die Öffentlichkeitsarbeit für das Engagement. Die weiteren wichtigen Leistungen werden ebenfalls von mindestens zwei Dritteln der Stabsstellen erfüllt. Die Kommunalen Stabsstellen decken sowohl alle Leistungen aus dem Kernbereich der lokalen Engagementförderung („hohe Bedeutung“) ab als auch, wenngleich mit gewissen Abstrichen, die Tätigkeiten aus dem erweiterten Aufgabenspektrum. Damit sind sie der Gruppe der Generalisten zuzuordnen. Die wichtigsten Tätigkeiten werden von deutlich über der Hälfte der Einrichtungen erfüllt, was ein recht homogenes Leistungsspektrum nahelegt. (Abb. 26 und Abb. 45 im Anhang)

Engagementbereiche/Zielgruppen: Neben dem für alle Einrichtungen großen Bereich Soziales werden über-

durchschnittlich oft die Bereiche Sport/Bewegung sowie Politik und Gesellschaft angesprochen. Größte Zielgruppe der Kommunalen Stabsstellen sind Seniorinnen und Senioren. Ansonsten ragen keine weiteren Personengruppen deutlich hervor.

Kooperation/Wirkung: Das ausgewiesene Kooperationsverhalten liegt insgesamt etwa im Durchschnitt. Allerdings arbeiten die Kommunalen Stabsstellen häufiger mit Unternehmen zusammen als die anderen Einrichtungen. Die Kommunalen Stabsstellen haben sich in einigen Städtenetzwerken und als Teil von umfassenden Landesnetzwerken für das bürgerschaftliche Engagement in den Bundesländern zusammengeschlossen. Eine übergeordnete Organisation besteht nur indirekt durch das Zusammenwirken mit den kommunalen Spitzenverbänden (Städtetag, Städte- und Gemeindebund, Landkreistag). Die Anwendung von Instrumenten der Wirkungsmessung ist leicht unterdurchschnittlich.

MEHRGENERATIONENHÄUSER

Entstehung/Förderung: Die Mehrgenerationenhäuser sind im Rahmen eines Aktionsprogramms vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) seit Mitte der 2000er Jahre entstanden. Die Förderung erstreckt sich zwischenzeitlich über zwei Förderperioden. Um den Anforderungen des demografischen Wandels gerecht zu werden, sollten durch Mehrgenerationenhäuser generationenübergreifende außerfamiliäre Verbindungen gefördert werden. In dieses Programm waren rund 500 Anlaufstellen einbezogen.

Selbstdarstellung: „Die Mehrgenerationenhäuser übernehmen in ihren Kommunen eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Angeboten zum freiwilligen Engagement. Menschen aller Generationen und jeder Herkunft können sich dort engagieren. Die Mitarbeit in den Häusern eröffnet vielen Freiwilligen neue Chancen und Möglichkeiten, stärkt sie in ihrer sozialen Kompetenz und vermittelt fachliche Fertigkeiten.“ (BMFSFJ, 2014)

Anzahl/Verbreitung: Im Rahmen der Gesamterhebung konnten bundesweit 545 Mehrgenerationenhäuser ermittelt werden. Beim Blick auf die Verbreitungskarte sieht man, dass die Mehrgenerationenhäuser eine weitgehend gleichmäßige Verteilung im Bundesgebiet aufweisen. Dabei gibt es dennoch besondere Schwerpunkte in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Der Grund für diese relative Häufung könnte in der bewussten Vergabe der Fördermittel des Bundes in die betreffenden Regionen liegen. Insgesamt gibt es aber kaum Regionen, in denen überhaupt keine dieser Einrichtung zu finden ist. Die Mehrgenerationenhäuser können damit als einzige der hier beschriebenen Einrichtungsformen eine annähernde Flächendeckung innerhalb der Kreise und kreisfreien Städte aufweisen.

Rechtsform/Trägerschaft: Bei der Trägerschaft überwiegt das Modell des eigenständigen Vereins, jedoch sind auch verbandliche und kommunale Rechtsträger anzutreffen. Die

Die fünf wichtigsten Leistungen der Kommunalen Stabsstellen

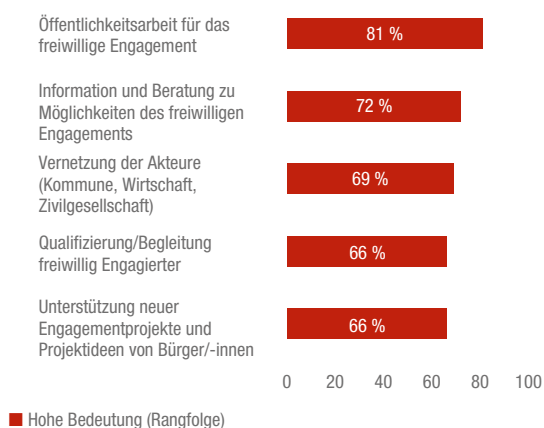


Abbildung 26: Die fünf wichtigsten Leistungen der Kommunalen Stabsstellen

Verbreitung von Mehrgenerationenhäusern in Landkreisen und kreisfreien Städten

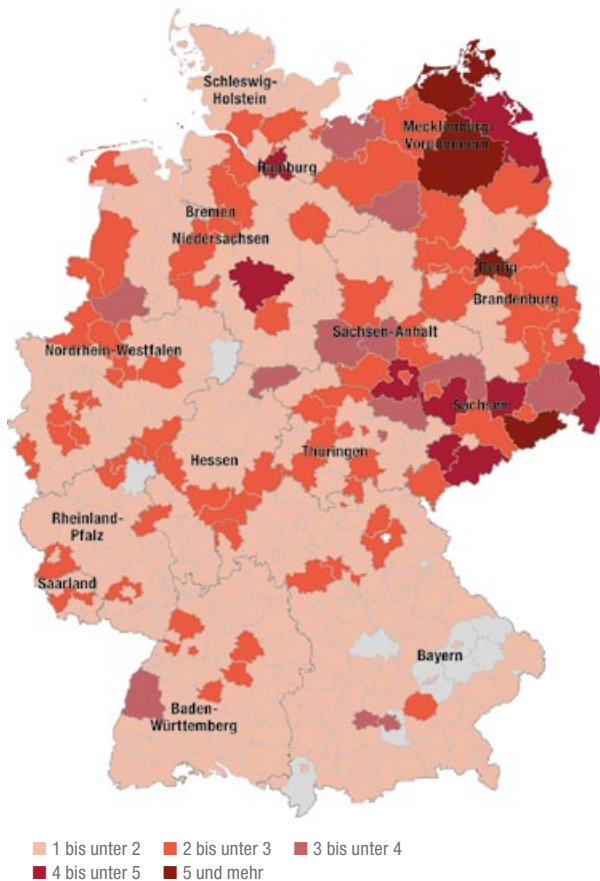


Abbildung 27: Verbreitung von Mehrgenerationenhäusern in Landkreisen und kreisfreien Städten

Rechtsform eingetragener Verein dominiert folgerichtig, wobei auch hier – bedingt durch kommunale Trägerschaften – andere Formen bestehen.

Leistungen/Profil: Es gibt keine Dominanz eines bestimmten Bereichs, die Mehrgenerationenhäuser sehen die Aufgaben als etwa gleich wichtig für ihre Arbeit an. Die Mehrgenerationenhäuser decken alle Leistungen von hoher Bedeutung ab, ebenso überdurchschnittlich oft die von mittlerer bis geringer Bedeutung. Sie haben damit ein recht weit gespanntes Leistungsspektrum und gehören zu den Generalisten. Die gleichmäßige Verteilung der Leistungen lässt auf ein recht einheitliches Aufgabenprofil der Einrichtungen schließen. (Abb. 28 und Abb. 46 im Anhang)

Engagementbereiche/Zielgruppen: Es werden viele Engagementbereiche angesprochen, am stärksten Soziales und Freizeit/Geselligkeit. Häufigste Zielgruppe der Mehrgenerationenhäuser sind Seniorinnen und Senioren, aber auch Kinder und Jugendliche werden überdurchschnittlich erreicht.

Kooperation/Wirkung: Die angegebene Kooperationspraxis liegt im Durchschnitt aller Einrichtungen. Eine selbstorganisierte und eigenständige Interessenvertretung der Mehrgenerationenhäuser auf Bundesebene gibt es bisher nicht, wohl aber eine Mitwirkung vieler Einrichtungen in anderen Arbeitsgemeinschaften zum bürgerschaftlichen Engagement auf Ebene der Bundesländer. Außerdem besteht, zumindest für die aktuell geförderten Standorte, eine recht enge Begleitung durch die vom BMFSFJ beauftragte Serviceagentur. Die Anwendung von Instrumenten der Wirkungsmessung und Qualitätsentwicklung ist relativ stark ausgeprägt.

SENIORENBÜROS

Entstehung/Förderung: Ihre Einrichtung ging Anfang bis Mitte der 1990er Jahre von einem Modellprojekt des BMFSFJ aus. Mit den Seniorenbüros sollte der wachsenden Zahl von Älteren eine Perspektive für die weitere aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben angeboten werden, insbesondere im Freiwilligen Sektor. Wenn auch durch diese Definition eine Fokussierung auf ältere Menschen – hier verstanden als über 50-jährige – besteht, so wird doch der weitergehende Anspruch einer Signal- und Impulswirkung für das Gemeinwesen insgesamt formuliert. Aktuell werden insbesondere in Nordrhein-Westfalen und vom Land Niedersachsen sog. „Seniorenservicebüros“ gefördert.

Selbstdarstellung: „Seniorenbüros sind Informations-, Begegnungs-, Beratungs- und Vermittlungsstellen auf lokaler Ebene. Sie richten sich an Menschen ab 50 Jahren, die für sich und andere aktiv werden wollen. Seniorenbüros agieren als Entwicklungszentren für innovative, Impuls gebende Seniorenarbeit und entwickeln Ideen, deren Umsetzung das Gemeinwesen einer Kommune bereichert und den Zusammenhalt stärkt.“ (Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros 2014)

Die fünf wichtigsten Leistungen der Mehrgenerationenhäuser

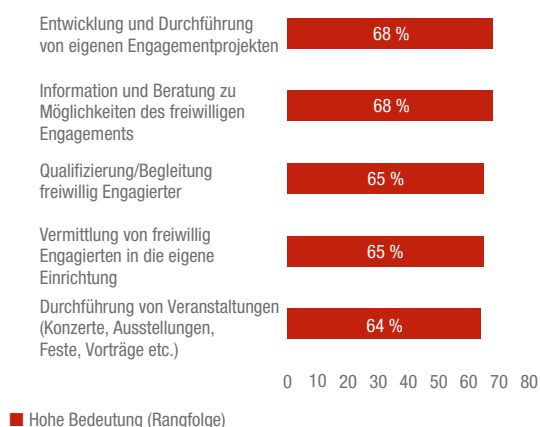


Abbildung 28: Die fünf wichtigsten Leistungen der Mehrgenerationenhäuser

Anzahl/Verbreitung: Die vorliegende Bestandsaufnahme hat 340 Seniorenbüros ermittelt, darunter sind rund 50 „SeniorenServiceBüros“, die ausschließlich in Niedersachsen beheimatet sind. Diese Zahl liegt damit etwas oberhalb der von der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (BaS) kommunizierten Anzahl. Für die Seniorenbüros ist eine sehr uneinheitliche Verteilung in der Fläche zu verzeichnen. Hohe Verbreitungsgrade in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sowie mittlere Dichten in Thüringen und Baden-Württemberg werden kontrastiert von großen Regionen (Bayern, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt), in denen überhaupt keine dieser Einrichtungen zu finden ist. Von einer Flächendeckung ist diese Einrichtungsform weit entfernt.

Rechtsform/Trägerschaft: Der häufigste Organisationstyp ist mit 70 % die kommunale Trägerschaft, nur 25 % arbeiten als eigenständige Vereine. Die Rechtsformen sind unterschiedlich, größtenteils werden sie aber, analog zur Trägerschaft, als unselbstständige Einheiten der Verwaltung geführt. Der Status der Gemeinnützigkeit wird nur von 34 % der befragten

Einrichtungen angegeben, was jedoch wahrscheinlich mit der kommunalen Verankerung zusammenhängt.

Leistungen/Profil: Die wichtigste Leistung bei den Seniorenbüros ist die Information und Beratung zu Möglichkeiten des freiwilligen Engagements. Seniorenbüros bieten diese Leistung jedoch seltener an als der Durchschnitt der befragten Einrichtungen. Für etwas weniger als die Hälfte der Seniorenbüros ist dagegen die Information und Beratung zur Selbsthilfe wichtig. Seniorenbüros decken die Aufgaben von hoher Bedeutung für die Engagementunterstützung ab, auch die mit mittlerer und geringerer Bedeutung werden größtenteils geleistet. Damit gehören sie zu den Generalisten. Es vermittelt sich der Eindruck einer gewissen Varianz im Profil der Seniorenbüros, da die erkennbaren Leistungskomplexe nicht alle von einer deutlichen Mehrheit der Einrichtungen erbracht werden. (Abb. 30 und Abb. 47 im Anhang)

Engagementbereiche/Zielgruppen: Bei den abgedeckten Engagementbereichen liegen die Seniorenbüros mit der hohen Bedeutung des Sozialen exakt im Durchschnitt. Es wird hier außerdem der Bereich neue Medien noch am häufigsten von allen Anlaufstellen angesprochen. Erwartungsgemäß sind die Seniorinnen und Senioren die größte Zielgruppe, die deutlich überdurchschnittlich oft erreicht wird. Aber auch die Hochaltrigen sind besonders stark vertreten, ebenso wie pflegende Angehörige.

Kooperation/Wirkung: Die beschriebenen Kooperationsaktivitäten liegen leicht über dem Durchschnitt. In der BaS sind rund 120 Seniorenbüros als Mitglied organisiert. Instrumente der Wirkungsmessung werden leicht überdurchschnittlich häufig angewendet.

Verbreitung von Seniorenbüros in Landkreisen und kreisfreien Städten

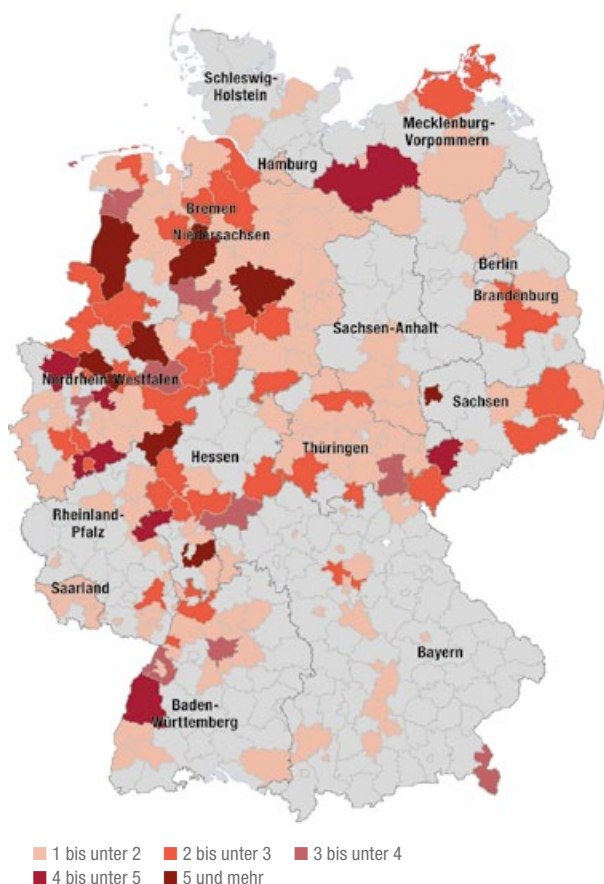


Abbildung 29: Verbreitung von Seniorenbüros in Landkreisen und kreisfreien Städten

Die fünf wichtigsten Leistungen der Seniorenbüros

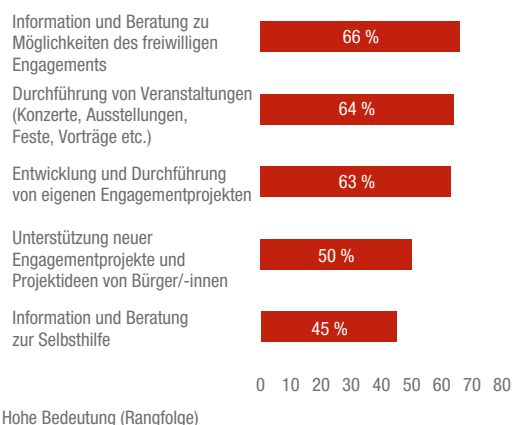


Abbildung 30: Die fünf wichtigsten Leistungen der Seniorenbüros

BÜRGERSTIFTUNGEN

Entstehung/Förderung: Vom Modell der schon lange existierenden community foundations aus den USA inspiriert, haben sich seit Ende der 1990er Jahre recht dynamisch Einrichtungen dieser Art in Deutschland entwickelt. Ein staatliches Förderprogramm auf Bundes- oder Landesebene hierzu hat es nicht gegeben, wohl aber Unterstützung anderer Akteure, u.a. von der Bertelsmann-Stiftung, von der Initiative Bürgerstiftungen des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen und der Aktiven Bürgerschaft.

Selbstdarstellung: „Eine Bürgerstiftung ist eine unabhängige, autonom handelnde, gemeinnützige Stiftung von Bürgern für Bürger mit möglichst breitem Stiftungszweck. Sie engagiert sich nachhaltig und dauerhaft für das Gemeinwesen in einem geographisch begrenzten Raum und ist in der Regel fördernd und operativ für alle Bürger ihres definierten Einzugsgebietes tätig. Sie unterstützt mit ihrer Arbeit bürgerschaftliches Engagement.“ (Bundesverband Deutscher Stiftungen 2014)

Verbreitung von Bürgerstiftungen in Landkreisen und kreisfreien Städten

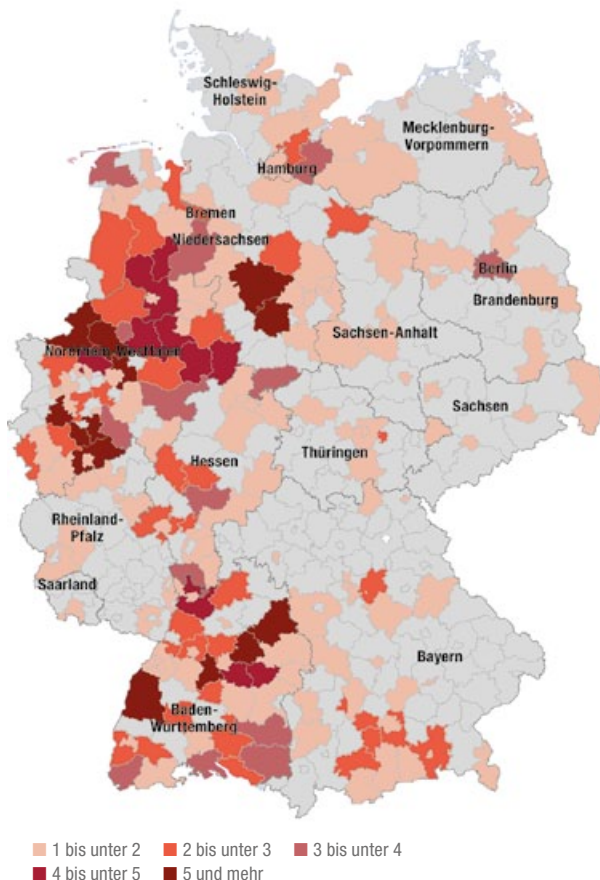


Abbildung 31: Verbreitung von Bürgerstiftungen in Landkreisen und kreisfreien Städten

Anzahl/Verbreitung: Nach der vorliegenden Erhebung existieren derzeit bundesweit 357 Bürgerstiftungen. Es wird klar erkennbar, dass diese einen eindeutigen Schwerpunkt in einigen Großstädten und im Westen und Südwesten (Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg) der Bundesrepublik haben. Hingegen sind im Osten, aber auch im äußersten Norden und im Süden deutlich weniger Einrichtungen zu finden. In weiten Teilen des Landes sind sie überhaupt nicht anzutreffen.

Rechtsform/Trägerschaft: Im Unterschied zu den meisten anderen Einrichtungstypen herrscht hier – naheliegenderweise – die Rechtsform und damit verbunden die Trägerschaft als rechtsfähige Stiftung vor (97 %). Fast alle befragten Einrichtungen sind als gemeinnützig anerkannt.

Leistungen/Profil: Die Durchführung eigener Projekte ist bei den Bürgerstiftungen die am häufigsten ausgeübte Tätigkeit. Alle anderen Leistungen werden von nur noch einem Drittel der Einrichtungen oder weniger erbracht. Bürgerstiftungen sind in der Durchführung eigener Vorhaben im Engagement als Spezialisten zu bezeichnen. Sie können jedoch mehrheitlich kein breiteres Leistungsspektrum in der Engagementunterstützung vorweisen. Die geringe Ausprägung der einzelnen Leistungen lässt auf eine große Unterschiedlichkeit in der Aufgabenwahrnehmung der einzelnen Bürgerstiftungen schließen. (Abb. 32 und Abb. 49 im Anhang)

Engagementbereiche/Zielgruppen: Der ansonsten dominante Sozialbereich wird weniger angesprochen, hingegen sind Bereiche wie Schule und Kita sowie die außerschulische Jugendarbeit stärker repräsentiert. Stärkste Zielgruppe sind Kinder und Jugendliche, auch Migrantinnen und Migranten werden häufiger erreicht. Seniorinnen und Senioren werden dagegen hier seltener angesprochen.

Die fünf wichtigsten Leistungen der Bürgerstiftungen

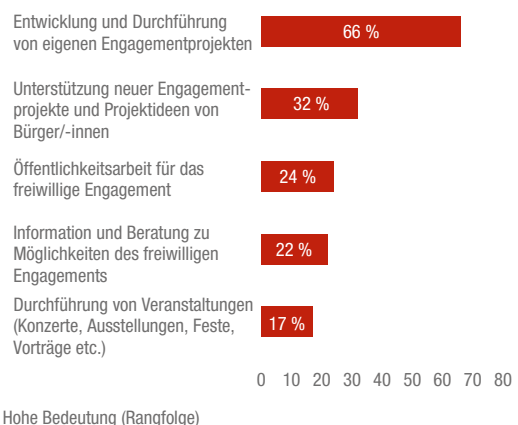


Abbildung 32: Die fünf wichtigsten Leistungen der Bürgerstiftungen

Kooperation/Wirkung: Das feststellbare Kooperationsverhalten ist unterdurchschnittlich ausgeprägt. Eine eigenständige Interessenvertretung besteht nicht. Die Initiative Bürgerstiftungen hat zehn wesentliche Merkmale definiert. Bei Erfüllung dieser Kriterien kann ein Qualitätssiegel vergeben werden, welches derzeit 259 Bürgerstiftungen führen. Instrumente der Wirkungsmessung werden ansonsten noch relativ selten angewendet.

MÜTTERZENTREN

Entstehung/Förderung: Als eigenständige Einrichtungsform sind Mütterzentren ab Anfang/Mitte der 1980er Jahre entstanden. In der Namensgebung sollte bewusst die weibliche und mütterliche Kompetenz hervorgehoben werden, inzwischen adressieren sie sich auch ganz allgemein an Eltern, Familien, Alleinerziehende oder andere Interessierte. Kern der Einrichtungen sind Begegnungsmöglichkeiten, an die sich unterschiedliche Formen des Engagements anknüpfen lassen. Vergleichbar dem Konzept der Mehrgenerationenhäuser, mit denen in

manchen Fällen eine Kombinationseinrichtung gebildet wird, erheben sie aber auch den Anspruch, allgemein in das Gemeinwesen durch die Förderung des Engagements hineinzuwirken. Eine bundeseinheitliche Förderung der Mütterzentren im Rahmen eines größeren Programms hat es zwar nicht gegeben, allerdings sind viele Einrichtungen zu einer Zeit entstanden, als die (alten) Bundesländer und viele Kommunen noch nicht unter den jetzigen Haushaltsbedingungen gearbeitet haben.

Selbstdarstellung: „Ein Mütterzentrum knüpft an die Traditionen der Großfamilie an und ist die moderne Art dieser Form von Zusammenleben. Hier finden die Besucher Geborgenheit und Freundschaften, Raum zur Entfaltung, Kontakt, praktische Hilfe im Alltag und Anstöße zur Weiterentwicklung. Der Austausch und das Lernen voneinander gehört zu den wichtigen Säulen für das Zusammenarbeiten und -leben im Mütterzentrum. Jedes Haus ist aufgrund seines Angebots und der unterschiedlichen Nutzer und Nutzerinnen sowie Engagierten einzigartig.“ (Mütterzentren Bundesverband e.V. 2014)

Anzahl/Verbreitung: Die hier durchgeführte Erhebung kommt zu einer Gesamtanzahl von 370 Mütterzentren im gesamten Bundesgebiet. Die geografische Verteilung der Standorte im Bundesgebiet ist uneinheitlich mit Schwerpunkten in Niedersachsen, Sachsen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen, wobei dies jeweils nur für Teile dieser Bundesländer gilt. In den anderen Regionen und zum Teil in ganzen Bundesländern, z.B. Schleswig-Holstein und Thüringen, ist diese Einrichtungsform nur gering oder gar nicht vertreten. Auch hier zeigt sich die Unterschiedlichkeit der Landespolitiken, ggf. aber auch noch unterhalb dieser Ebene greifende Besonderheiten, die dazu führen, dass bundesweit keine Flächendeckung erkennbar ist. Vielmehr gibt es regionale Häufungen der Mütterzentren auf der einen Seite und weite Gebiete ohne ein solches Angebot auf der anderen Seite.

Leistungen/Profil: Die drei häufigsten Leistungen sind als gleichwichtig für die Arbeit der Mütterzentren anzusehen. Diese

Verbreitung von Mütterzentren in Landkreisen und kreisfreien Städten

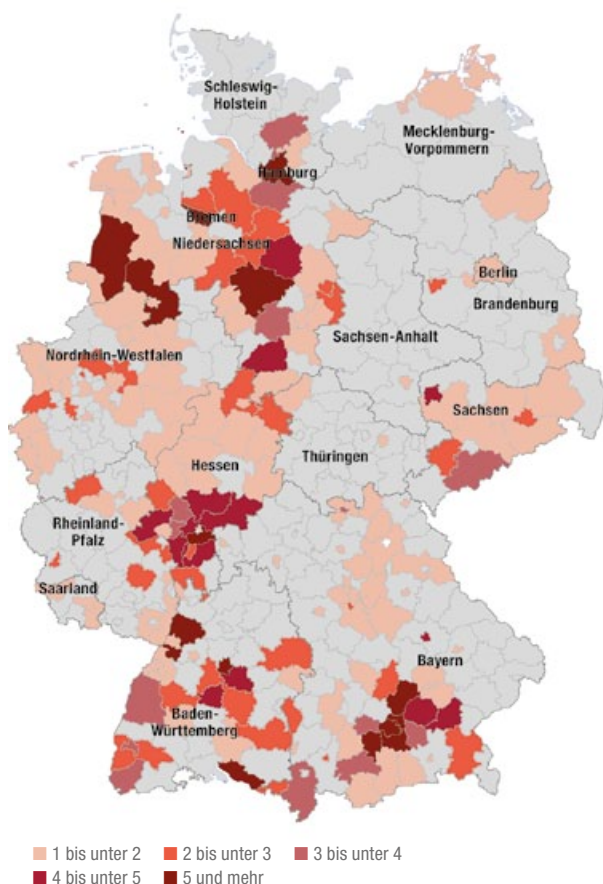


Abbildung 33: Verbreitung von Mütterzentren in Landkreisen und kreisfreien Städten

Die fünf wichtigsten Leistungen der Mütterzentren

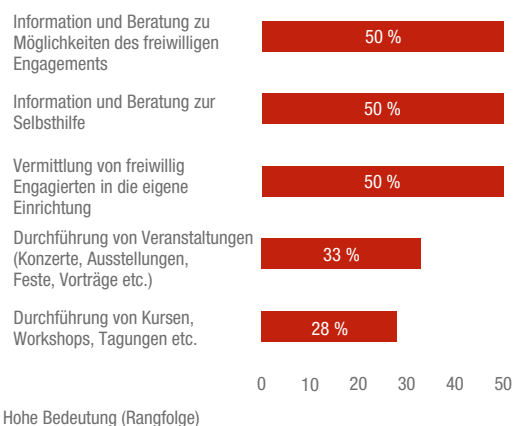


Abbildung 34: Die fünf wichtigsten Leistungen der Mütterzentren

Aufgaben werden von der Hälfte der Mütterzentren erfüllt. Die Durchführung von Veranstaltungen und Kursen, Workshops und Tagungen ist hingegen keine allgemein gängige Aufgabe der Mütterzentren. Die Leistungen mit hoher Bedeutung für die Engagementunterstützung werden nur teilweise abgedeckt. Die Mütterzentren vermitteln dagegen besonders häufig Engagierte in die eigene Einrichtung und beraten zur Selbsthilfe. Deshalb sind sie als Spezialisten zu bezeichnen. Die wichtigsten Leistungen werden nur von maximal der Hälfte der Einrichtungen erbracht, was für eine große Unterschiedlichkeit der Aufgabenprofile der Mütterzentren spricht. (Abb. 34 und Abb. 50 im Anhang)

Engagementbereiche/Zielgruppen: Der Bereich Soziales wird noch deutlich häufiger als im Mittel aller Einrichtungen angesprochen, etwas häufiger auch Freizeit und Geselligkeit. Die beiden häufigsten Zielgruppen sind Eltern sowie Kinder und Jugendliche, beide deutlich über dem Gesamtdurchschnitt.

Kooperation/Wirkung: Die Kooperationsbeziehungen sind leicht unterdurchschnittlich ausgeprägt. Der Organisationsgrad der Mütterzentren im Bundesverband liegt bei etwas über 150 Mitgliedschaften. Die unterschiedlichen Instrumente der Wirkungsmessung werden durchschnittlich häufig angewendet.

SELBSTHILFEKONTAKTSTELLEN

Entstehung/Förderung: Selbsthilfekontaktstellen sind in Deutschland seit den 1980er Jahren mit dem Ziel entstanden, die Selbsthilfe von Menschen in schwierigen Lebenssituationen oder mit gemeinsamen Anliegen in Form von Selbsthilfegruppen und -initiativen zu fördern. Die Förderung des freiwilligen Engagements in den Bereichen Gesundheit und Soziales ist Teil ihrer Aufgaben. Der Aufbau von Selbsthilfekontaktstellen wurde durch zwei Bundesmodellprogramme in den 1990er Jahren umfassend gefördert. Inzwischen besteht über das SGB IX der Rechtsanspruch auf grundständige Absicherung der Finanzierung durch die Krankenkassen. Damit heben sich die Selbsthilfekontaktstellen deutlich von allen anderen hier besprochenen Formen ab.

Selbstdarstellung: „Gemeinschaftliche Selbsthilfe ist Ansporn und Motor für gegenseitige Hilfe, gemeinsames Engagement und Partizipation und damit ein wesentlicher Teil des bürger-schaftlichen Engagements in Deutschland.“ (NAKOS 2014)

Anzahl/Verbreitung: Die Anzahl dieser Anlaufstellen beträgt nach der hier vorliegenden Zählung aktuell insgesamt 340. Die Fachorganisationen der Selbsthilfe sprechen abweichend davon und untereinander differierend von einer Anzahl zwischen 240 und 330 Einrichtungen bundesweit. Die Verbreitung im Bundesgebiet ist etwas ungleichmäßig und weist Schwerpunkte in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg und Sachsen auf. Insgesamt ist ein Nord-Süd-Gefälle der Häufigkeit erkennbar. Gebiete mit relativ geringer Verteilungsdichte sind Bayern, Rheinland-Pfalz und das Saarland. Auch in diesem Fall kann nicht von einer tatsächlichen Flächendeckung gesprochen werden.

Rechtsform/Trägerschaft: Selbsthilfekontaktstellen sind gleichermaßen als eigenständiger Verein, als Teil eines Verbandes oder in kommunaler Trägerschaft organisiert, entsprechend sind unterschiedliche Rechtsformen vertreten.

Leistungen/Profil: Es liegt auf der Hand, dass die Information und Beratung zur Selbsthilfe bei diesen Einrichtungen die wichtigste Aufgabe ist. Noch etwas über die Hälfte sehen die Öffentlichkeitsarbeit für das freiwillige Engagement als bedeutsam an. Die anderen wichtigen Leistungen erfüllen jeweils weniger als die Hälfte der Selbsthilfekontaktstellen. Die Einrichtungen sind Spezialisten in der Information und Beratung zur Selbsthilfe. Im Bereich der Leistungen mit hoher Bedeutung werden die Qualifizierung von Engagierten und die Durchführung von Kursen etc. wahrgenommen. Eine Abdeckung der anderen Leistungen gibt es jedoch nicht. Jenseits der Beratung zur Selbsthilfe sind die erbrachten Leistungen nicht einheitlich. Es kann somit von einer relativ großen Unterschiedlichkeit der Aufgaben der Selbsthilfekontaktstellen ausgegangen werden. (Abb. 36 und Abb. 51 im Anhang)

Verbreitung von Selbsthilfekontaktstellen in Landkreisen und kreisfreien Städten

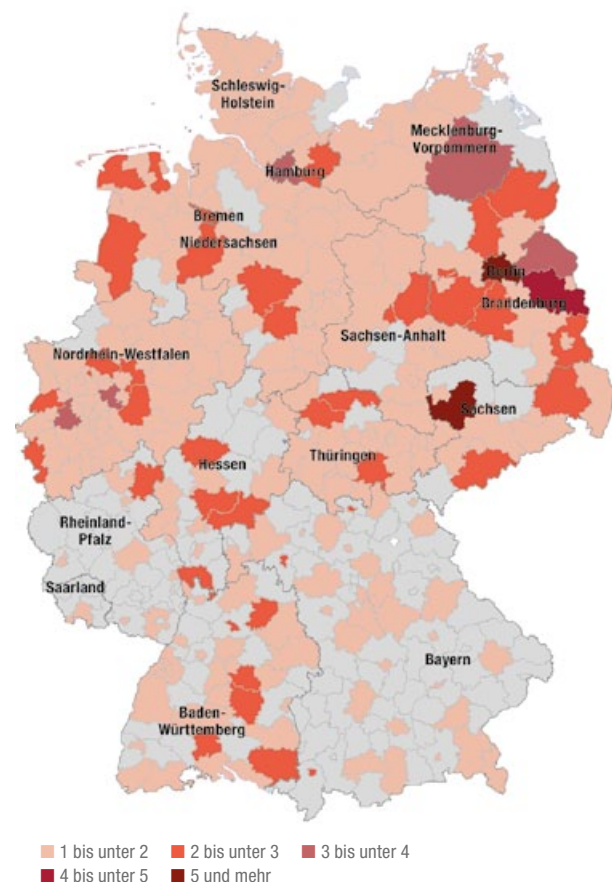


Abbildung 35: Verbreitung von Selbsthilfekontaktstellen in Landkreisen und kreisfreien Städten

Die fünf wichtigsten Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen

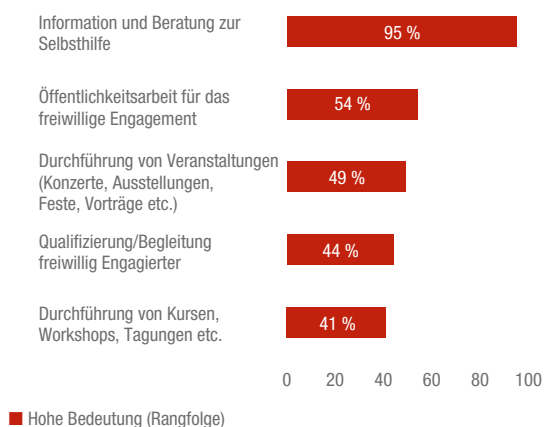


Abbildung 36: Die fünf wichtigsten Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen

Engagementbereiche/Zielgruppen: Im Unterschied zu allen anderen Einrichtungen ist hier der Gesundheitsbereich der deutlich wichtigste, erst dann gefolgt vom Sozialen. Größte Zielgruppe sind zwar auch hier Seniorinnen und Senioren, jedoch mit knappem Abstand gefolgt von Menschen in besonderen Lebenslagen, die überdurchschnittlich häufig angesprochen werden.

Kooperation/Wirkung: Bei der Kooperation mit anderen Einrichtungen liegen die Selbsthilfekontaktstellen ungefähr im Bereich des Durchschnitts. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen (DAG SHG), verschiedene Fachstellen (im Bund, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen) und die Landesarbeitsgemeinschaften fördern den Erfahrungsaustausch und die Weiterentwicklung der Selbsthilfeunterstützung. Der Organisationsgrad auf Bundesebene ist nicht exakt feststellbar. Die unterschiedlichen Instrumente der Wirkungsmessung werden in der Praxis bereits recht weitgehend angewendet.

SOZIOKULTURELLE ZENTREN

Entstehung/Förderung: Die Genese der Soziokulturellen Zentren reicht bis weit in die 1970er Jahre hinein. Den Initiatoren ging es zunächst um die Durchsetzung eines erweiterten Kulturbegriffs, anfänglich in Abgrenzung zur etablierten „Hochkultur“. Die Soziokulturellen Zentren wollten neue Zugänge schaffen und Anlaufpunkte für eine Vielfalt von kreativen Ideen und Projekten sein. Engagementförderung in der heute diskutierten Form spielte in dieser Anfangsphase keine Rolle, allein schon weil diese Begrifflichkeit als solche überhaupt noch nicht eingeführt war. Dies hat sich jedoch mit der zunehmenden Bedeutung dieses Themas sukzessive verändert. Eine einheitliche Förderung des Bundes, der Länder oder Kommunen besteht für die Soziokulturellen Zentren nicht. Eine Anzahl der Einrichtungen erhält institutionelle Unterstützung, primär

jedoch für die bauliche und technische Infrastruktur. Der Anteil öffentlicher Mittel ist nach Angabe des Bundesverbands insgesamt seit Jahren rückläufig.⁴

Selbstdarstellung: „Aus der Vielfalt der individuellen Fähigkeiten, der regionalen Traditionen, der jeweiligen Finanzierungsmöglichkeiten, aber auch aus der unterschiedlichen MitarbeiterInnenstruktur und der sozialen und altersmäßigen Zusammensetzung der NutzerInnen hat sich eine heterogene Zentrenlandschaft mit unterschiedlichen Angeboten entwickelt, die sich einer abschließenden Verallgemeinerung entzieht.“ (Bundesvereinigung Soziokulturelle Zentren 2013)

Anzahl/Verbreitung: Im Zuge der Erhebung konnten bundesweit 527 Einrichtungen ermittelt werden. Die geografische Verteilung der Soziokulturellen Zentren ist, wie bei den meisten anderen Einrichtungen, uneinheitlich und nicht flächendeckend. Während in bestimmten Regionen von

Verbreitung von Soziokulturellen Zentren in Landkreisen und kreisfreien Städten

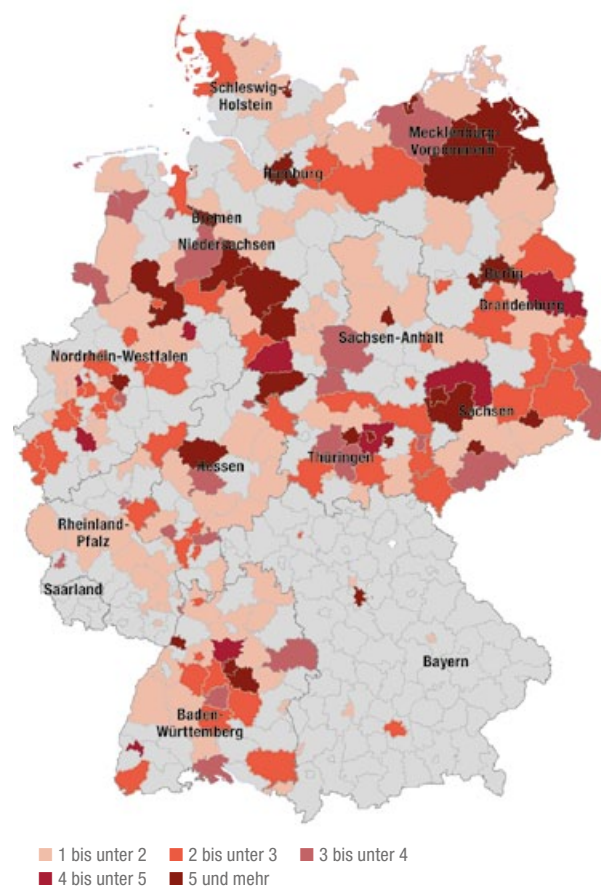


Abbildung 37: Verbreitung von Soziokulturellen Zentren in Landkreisen und kreisfreien Städten

4) Bundesvereinigung Soziokulturelle Zentren, 2013

Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Niedersachsen eine auffällige Häufung zu sehen ist, sind Soziokulturelle Zentren in anderen Teilen des Bundes (z.B. in großen Teilen Bayerns) gar nicht vertreten.

Leistungen/Profil: Die für über drei Viertel der Soziokulturellen Zentren wichtigste Tätigkeit ist die Durchführung von Veranstaltungen unterschiedlicher Art. Damit heben sie sich deutlich ab von den anderen hier behandelten Formen. Sie fallen weiterhin auf durch die Unterstützung von Initiativen und durch kostenlose Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten. In diesem Sinne sind die Einrichtungen den Spezialisten zuzuordnen. Ansonsten werden die Leistungen von hoher Bedeutung kaum abgedeckt, die von mittlerer und geringer Bedeutung auch nur partiell. Abgesehen von der Durchführung von Veranstaltungen werden die Leistungen nicht einmal von der Hälfte der Einrichtungen erbracht. Dadurch ist bei den Soziokulturellen Zentren ein einheitliches Profil in der Engagementunterstützung eher nicht erkennbar. (Abb. 38 und Abb. 52 im Anhang)

Engagementbereiche/Zielgruppen: Sehr deutlich wichtigster Engagementbereich ist Kultur und Musik. Ansonsten wird neben dem Sozialbereich noch häufiger die außerschulische Jugendarbeit angesprochen. Bestimmte Zielgruppen ragen nicht eindeutig heraus, am stärksten vertreten sind gleichauf Seniorinnen und Senioren sowie Kinder und Jugendliche.

Kooperation/Wirkung: Das Kooperationsverhalten ist als im Vergleich durchschnittlich zu bezeichnen. Rund 470 lokale Einrichtungen sind in den 13 Landesverbänden organisiert, die Mitglied in der Bundesvereinigung sind. Die Instrumente der Wirkungsmessung werden in der Praxis relativ selten angewendet.

Die fünf wichtigsten Leistungen der Soziokulturellen Zentren

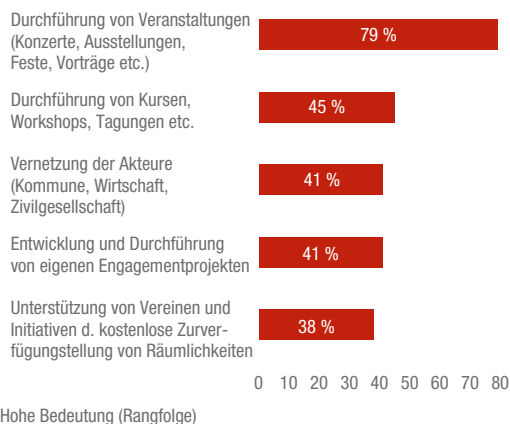


Abbildung 38: Die fünf wichtigsten Leistungen der Soziokulturellen Zentren



FAZIT UND EMPFEHLUNGEN

7. Aus Wildwuchs eine Landschaft machen

Eine Kommentierung von Loring Sittler, Uwe Amrhein und Dr. Holger Krimmer

Der Befund ist eindeutig. Es existiert keine strategisch entwickelte und kontinuierlich aufgebaute Struktur Engagement fördernder Einrichtungen in Deutschland. Zwar wirken die schiere Zahl von rund 3.000 Anlaufstellen und die beinahe erreichte Flächendeckung auf den ersten Blick positiv, doch dieser Eindruck relativiert sich rasch. Viel hilft eben nicht viel.

Es ist bisher nicht gelungen, die unterschiedlichen Teilaufgaben der Engagementförderung bestimmten Einrichtungstypen zuzuordnen. Vermittlung von Freiwilligen, Qualifizierung, Beratung von gemeinnützigen Organisationen, Themenanwaltschaft und Öffentlichkeitsarbeit für bürgerschaftliches Engagement – all diese Funktionen werden von den unterschiedlichen Einrichtungstypen mal mehr, mal weniger intensiv wahrgenommen. Kein Einrichtungstyp setzt sich dabei als besonders erfolgreich durch. Das erschwert zum einen die Profilierung und Professionalisierung der Infrastruktureinrichtungen und zum anderen die Orientierung für ratsuchende Bürgerinnen und Bürger.

Nahezu alle befragten Einrichtungen beklagen eine unzureichende und unsichere Finanzierung ihrer Arbeit. Die meisten verfügen nicht über eine stabile Deckung ihrer strukturellen Kosten und sind stattdessen auf projektbezogene, kurzfristige Förderungen angewiesen. Dies wiederum behindert eine langfristige Planung und Weiterentwicklung der angebotenen Leistungen.

Jeder Einrichtungstyp hat seine eigene Geschichte. Die meisten sind in den vergangenen 15 Jahren entstanden, viele unterstützt und gefördert durch staatlich finanzierte Modellprogramme. Nicht wenige stehen nach dem Ende von Förderperioden vor dem Problem, die aufgebauten Strukturen zu erhalten. Hinzu kommen unterschiedliche Förderschwerpunkte in unterschiedlichen Ländern und Regionen.

Besonders augenfällig zeigt sich dieser Befund in den Antworten auf die Frage nach Kooperationen unterschiedlicher Einrichtungen vor Ort. Die Mehrheit gibt an, nicht über die notwendigen Ressourcen zu verfügen, um ein gemeinsames Wirken mit klar definierten Zielen zu organisieren.

Zusammengefasst: Engagementpolitische Konjunkturen haben zu einer zwar quantitativ umfassenden, aber (vielleicht gerade deshalb) sehr labilen Struktur geführt. Zugespitzt formuliert: Wir haben im dauerhaften Experimentieren vieles aufgebaut, aber so gut wie nichts davon abgesichert beziehungsweise nachhaltig weiterentwickelt. Das Ergebnis ist ein

insgesamt höchst fragiles und nur eingeschränkt leistungsfähiges System.

Aus diesem Befund ergeben sich mehrere Handlungsempfehlungen an Bund, Länder, Kommunen, Stiftungen, fördernde Wirtschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen. Die Ergebnisse des Generali Engagementatlas 2015 legen nicht weniger nahe als einen Paradigmenwechsel in der Engagementförderung.

1. VON INFRASTRUKTUREINRICHTUNGEN ZU ENGAGEMENTREGIONEN

Die Akteure der Engagementförderung beziehen ihr Denken und Handeln seit jeher auf Institutionen. Die daraus entstehenden, auf bestimmte Einrichtungstypen bezogenen Modellprogramme haben zu der beschriebenen dysfunktionalen Gesamtstruktur geführt.

Bund und Länder sollten daher auf ihre bisher überwiegend in Eigenregie und ohne ausreichende Abstimmung mit der lokalen Ebene konzipierten Modellprogramme verzichten und stattdessen die örtlichen Akteure dabei unterstützen, eine ihren Bedarfen entsprechende Engagementstrategie zu entwickeln. Die Idee einer einheitlichen Vorgehensweise erweist sich als verfehlt.

Ähnliche Lernprozesse sind in den letzten Jahren in unterschiedlichen Politikfeldern zu beobachten, das belegt die Rede von Bildungsregionen, Innovationsregionen, Wissensregionen und anderen. Die politische Gestaltung und Rahmung lokaler Prozesse soll eben nicht dadurch erfolgen, leuchtturmartig einzelne Einrichtungen oder Institutionen zu fördern und weiterzuentwickeln, an die dann alle weitere Verantwortung delegiert wird. Um es am Beispiel von Bildungsregionen zu verdeutlichen: Nicht die Weiterentwicklung von Schulen zum Alleskönner ist das Ziel, sondern deren Vernetzung mit Akteuren nonformaler Bildungsangebote und Orten informellen Lernens, die Integration von öffentlichen, zivilgesellschaftlichen und privaten Akteuren zu einem gemeinsamen Arrangement, das sich im Dialog auf gemeinsame Ziele verständigt und arbeitsteilig an deren Umsetzung zusammenwirkt.

Ein ähnliches Verständnis ist in Bezug auf Engagementregionen zu entwickeln. In zahlreichen Kommunen und Landkreisen arbeiten Einrichtungen unterschiedlicher Typen mehr neben- als miteinander: soziokulturelle Zentren und Freiwilligenagenturen,

Selbsthilfeeinrichtungen und Mehrgenerationenhäuser. Die wenigsten Einrichtungen decken alle Arbeitsbereiche der Engagementförderung ab, sondern haben im Lauf der Jahre ein spezialisiertes Profil entwickelt. Der entscheidende Schritt hin zu einer Engagementregion wird aber erst mit der Entwicklung eines geteilten Selbstverständnisses zurückgelegt, an der Verfolgung gemeinsamer Ziele zusammen zu wirken. Dazu braucht es Zeit und freie Ressourcen, um in Abstimmungsprozesse einzutreten, Entwicklungsziele oder auch kommunale Leitbilder für die je eigene Region zu entwickeln.

Kommunen und Landkreise, die zwischen Politik und Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vernetzte Strukturen schaffen, in denen die verschiedenen Akteure ihre jeweiligen Stärken zum Erreichen gemeinsam definierter, konkreter Ziele einbringen (collective impact), sind auf diesem Weg mit einer langfristigen Infrastrukturförderung zu unterstützen.

Die Koordinations- und Treiberfunktion in diesem gemeinsamen Wirken (Netzwerkknoten) darf nicht einem bestimmten Einrichtungstyp vorbehalten sein. Diese Aufgabe kann sowohl eine Kommunale Stabsstelle wie auch eine zivilgesellschaftliche Organisation übernehmen. Dies ist flexibel anhand lokaler Gegebenheiten partizipativ zu entscheiden und dann idealerweise in den dafür legitimierten Organen als verbindlicher Entwicklungsplan festzulegen.

Gefördert würde nach diesem Prinzip die Entwicklung und Umsetzung lokaler Engagementstrategien und die einrichtungsübergreifende und intersektorale Kooperation. Leistungen und Prozesse würden im Vordergrund stehen – nicht, wie bisher, die Organisationsform und das dazu gehörende „Türschild“.

2. MINISTERIELLE PLANUNGS- UND STEUERUNGSPHANTASIEN BEENDEN

Engagementregionen können nur vor Ort entstehen. Sie sind von der lokalen Verantwortungsgemeinschaft autonom zu entwickeln. Bund, Länder und überregional tätige Förderer können und sollten diese Entwicklungen durch Wissens- und Projekttransfer (Angebot von Prozess-Know-how, Moderation, Formate etc.) unterstützen und dafür auch Ressourcen zur Verfügung stellen. Auf steuernden Einfluss sollten sie verzichten.

3. NACHHALTIGE FÖRDERSTRUKTUREN SCHAFFEN

Die Abkehr von der kurzatmigen „Projektitis“ zugunsten einer nachhaltigen Infrastrukturförderung gilt im Fachdiskurs als erkannte Notwendigkeit. Die Resultate des Generali Engagementatlas zeigen, dass die Realität in den Engagement fördernden Einrichtungen noch ganz anders aussieht und unterschiedenere Konsequenzen notwendig macht.

Der strategische Aufbau von Engagementregionen setzt die Umsetzung bereits bekannter Forderungen nach neuen Förderstrukturen voraus. Dazu zählen gesetzgeberische Schritte zur Einbeziehung der Engagementförderung als kommunale Pflichtaufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge ebenso wie die Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern oder die Möglichkeit zur Weiterförderung bereits begonnener Maßnahmen durch den Bund.

Die in den vergangenen Jahren dazu unterbreiteten Vorschläge sollten in einer Synopse konsolidiert und gemeinsam diskutiert werden.

4. AUS EINEM GUSS: ABSTIMMUNG DER FÖDERALEN EBENEN ENDLICH VERBESSERN

Die Forderung nach einer besseren Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist so alt wie die Diskussion um eine wirkungsvolle Förderung des Bürgerengagements. Der Generali Engagementatlas führt anhand empirischer Daten vor Augen, wozu diese allenthalben vermisste Abstimmung geführt hat.

Für das Etablieren des Konzeptes lokaler Engagementregionen als Alternative zur versäulten Modellförderung ist diese Abstimmung unerlässlich.

5. WIRKUNGSORIENTIERT HANDELN, SYNERGIEN KONSEQUENT NUTZEN

Das Konzept der Engagementregionen erfordert neue Handlungsmuster nicht nur von der politischen Ebene. Erfolgskritisch ist eine konsequente Orientierung der beteiligten zivilgesellschaftlichen Organisationen an den gemeinsam definierten Zielen. Die Planung von Leistungen darf sich nicht länger an den jeweils eigenen Möglichkeiten und am Erhalt der eigenen (zumeist prekär ausgestatteten) Strukturen orientieren. Der Aufbau lokaler Engagementregionen erfordert von den beteiligten Akteuren den Mut zu tiefgreifenden Veränderungen – bis hin zur Aufgabe bisheriger Verantwortungsbereiche und zum Zusammenlegen von Ressourcen. Die gemeinsame Wirkung steht über der eigenen Organisation.

Diese Konsequenz erscheint nur logisch: Wer von der fördernden Seite ein Ende der versäulten Förderung erwartet, darf nicht selbst in Säulen denken und handeln.

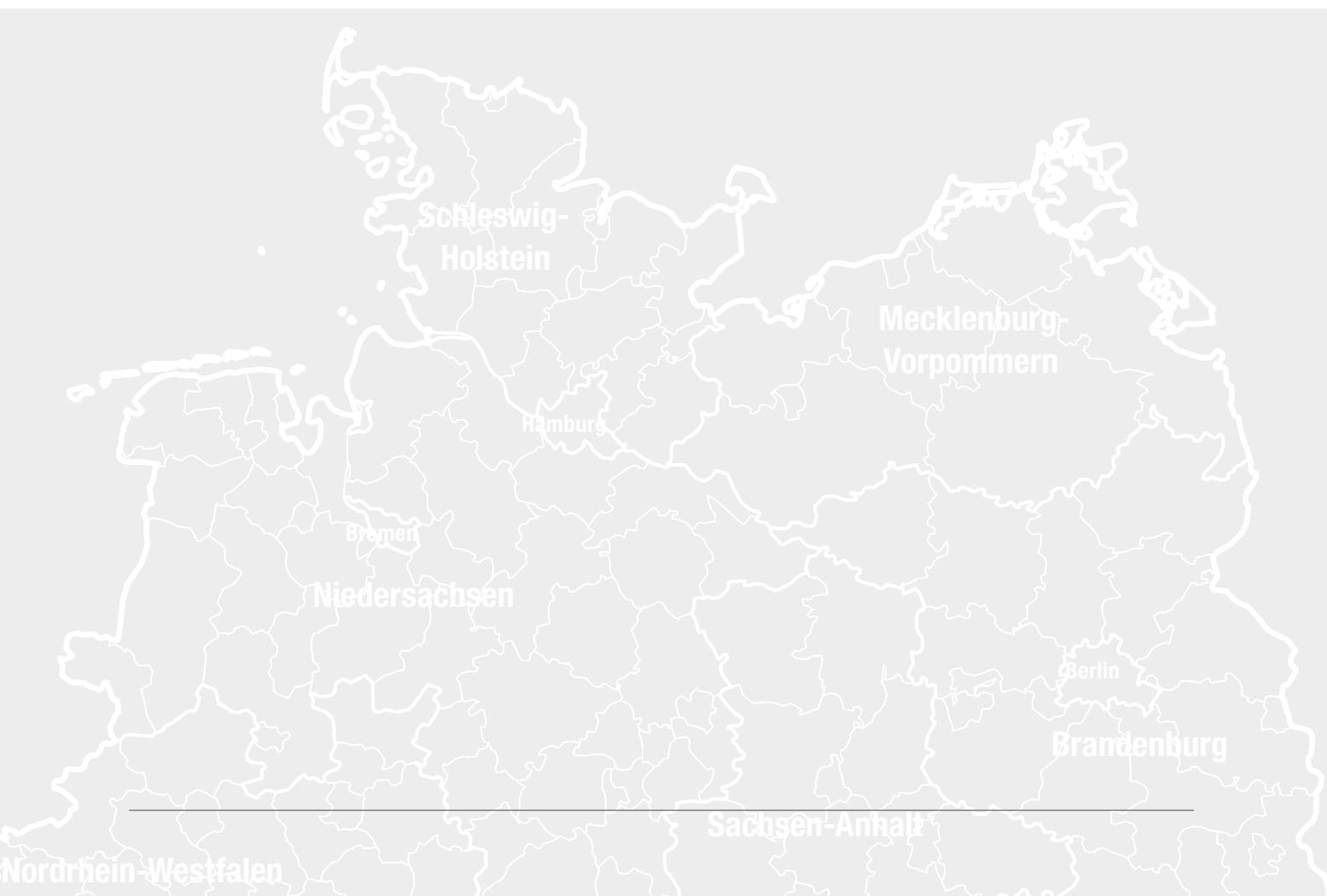
6. UNTERNEHMENSBÜRGER EINBINDEN

In Engagementregionen sind Unternehmen nicht nur Sponsoren. Die Befragung im Rahmen des Generali Engagementatlas 2015 hat gezeigt, dass die strategische Zusammenarbeit zwischen Engagement fördernden Organisationen und der Wirtschaft eine nahezu völlig unbekannte Übung ist. Das muss sich ändern.

Die Zeit des Schönredens ist vorbei. Trotz erheblicher, auch finanzieller Anstrengungen ist es nicht gelungen, eine profilierte, unabhängige und dauerhaft leistungsfähige Infrastruktur für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements aufzubauen. Die dieser Aussage zugrunde liegenden Informationen stammen von den Einrichtungen selbst.

Der kritische Gesamtbefund stellt die herausragenden Leistungen in den einzelnen Einrichtungen nicht infrage. Ganz im Gegenteil: Nur mit der Kreativität, der Kompetenz und der bisweilen an Selbstausbeutung grenzenden Einsatzbereitschaft der hauptberuflichen und ehrenamtlichen Teams vor Ort waren die Mängel einer unzureichenden Gesamtstrategie einigermaßen zu kompensieren.

Ob dies langfristig gelingt, darf angesichts der wachsenden Herausforderungen – nicht zuletzt im Zuge der demografischen Entwicklung – bezweifelt werden. Es ist Zeit zu handeln.



8. Literatur

Aktive Bürgerschaft e.V. (2011): Länderspiegel Bürgerstiftungen. Fakten und Trends 2011, Berlin.

Anheier, Helmut (2014), Vorwort, in: Zimmer, Annette E.; Simsa, Ruth (Hrsg.), Forschung zu Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Quo vadis? Wiesbaden 2014, S. 9-10.

Backhaus-Maul, Holger; Speck, Karsten; Friedrich, Peter; Krohn, Maud (2012): Freiwilligenagenturen in Deutschland, Wiesbaden.

Baldas, Eugen; Bock, Teresa; Gleich, Johann; Helmbrecht, Michael; Roth, Rainer A. (2001): Modellverbund Freiwilligen-Zentren: Bürgerengagement für eine freiheitliche und solidarische Gesellschaft: Ergebnisse und Reflexionen. BMFSFJ (Hrsg.). Stuttgart, Berlin, Köln: Kohlhammer.

Bertelsmann Stiftung; ZIVIZ (2014): Vernetzen, beraten, ermöglichen. Strukturen für Engagement, Zivilgesellschaft KONKRET 3 | 2014, Gütersloh.

Born, Sabrina (2005): Bürgerschaftliches Engagement: stabilisieren, stärken, steigern. Innovation und Investition in Infrastruktur und Infrastruktureinrichtungen. Studie für den Arbeitskreis „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Braun, Joachim; Kettler, Ulrich; Becker, Ingo (1996): Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgaben und Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen in den neuen und alten Bundesländern, Stuttgart, Berlin, Köln.

Braun, Joachim; Bischoff, Stefan (1999): Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen: Motive und Aktivitäten. Engagementförderung in Kommunen – Paradigmenwechsel in der offenen Altenarbeit, Stuttgart, Berlin, Köln.

Braun, Joachim; Bischoff, Stefan; Gensicke, Thomas (2001): Förderung des freiwilligen Engagements und der Selbsthilfe in Kommunen, Leipzig.

Braun, Joachim; Abt, Hans Günter; Bischoff, Stefan (2000): Leitfaden für Kommunen zur Information über freiwilliges Engagement und Selbsthilfe, Leipzig.

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (2014): www.bagfa.de/freiwilligenagenturen

Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros (2014): www.seniorenbueros.org/index.php?id=5

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2014): www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Freiwilliges-Engagement/mehrgenerationenhaeuser

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2005): Förderpolitische Empfehlungen zur Stärkung und zum Ausbau engagementunterstützender Infrastruktureinrichtungen in Kommunen, Berlin.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2007): Zukunftstrends der Bürgergesellschaft, Diskussionspapier des BBE-Koordinierungsausschusses, Berlin.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2004): Bürgerstiftungen stellen sich vor.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hrsg.) (2004): Bürgerstiftungen in der Verantwortung. Analysen, Daten, Trends 2012/13.

Bundesverband Deutscher Stiftungen (2014): www.stiftungen.org/fileadmin/bvds/de/Projekte/Initiative_Buergerstiftungen/10_Merkmale_2005.pdf

Bundesvereinigung Soziokulturelle Zentren (2013): www.soziokultur.de/bsz/node/80

Der Paritätische Wohlfahrtsverband und Stiftung Mitarbeit (2001): In Guter Gesellschaft – Szenarien aus Selbsthilfe und Bürgerengagement.

Deutscher Bundestag (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Drucksache 14/8900, Berlin.

Deutscher Bundestag (2013): Drucksache 17/12803 vom 19.03.2013, Berlin.

Ebert, Olaf; Hartnuß, Birger; Rahn, Erik; Schaaf-Derichs, Carola (2002): Freiwilligenagenturen in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), Stuttgart.

Emminghaus, Christoph; Staats, Melanie; Gess, Christopher (Hrsg.) (2012): Lokale Infrastruktur für alle Generationen. Ergebnisse aus dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser. Bertelsmann-Verlag Bielefeld 2012.

GKV (2013): Leitfaden zur Selbsthilfeförderung. Grundsätze des GKV-Spitzenverbandes zur Förderung der Selbsthilfe gemäß § 20c SGB V vom 10. März 2000 in der Fassung vom 17. Juni 2013, Berlin.

Jakob, Gisela; Rübke, Thomas (2010): Gutachten: Engagementförderung als Infrastrukturförderung, in: Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten. Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie. Nationales Forum für Engagement und Partizipation Band 3, Berlin.

Keupp, Heiner (2002): Kommunale Förderbedingungen für bürgerschaftliches Engagement. Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/2002

Klein, Ansgar (2006), Zivilgesellschaft im reformpolitischen Diskurs, in: Buchstein, Hubertus; Schmalz-Bruns, Rainer: Politik der Integration. Symbole, Repräsentation, Institution, Baden-Baden 2006, S. 281-302.

Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2014): Drucksache 6/3187 vom 18.08.2014, Schwerin.

Mütterzentren Bundesverband e.V. (2014):
www.muetterzentren-bv.de/de/muetterzentren

Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (2014): www.engagiert-in-deutschland.de/toro/resource/html#!newsblog.1395

Nickel, Stefan; Werner, Silke; Kofahl, Christopher (2014): Gesundheitsbezogene Selbsthilfe in Deutschland – Entwicklungen, Wirkungen, Perspektiven. Deskriptiver Ergebnis-Bericht zu der Befragung der Selbsthilfeunterstützungseinrichtungen. Uni-Klinik Hamburg-Eppendorf, Medizinische Hochschule Hannover, Uni Köln 2014.

Olk, Thomas (2002): Begleitkommentar, in: Ebert, Olaf; Hartnuß, Birger; Rahn, Erik; Schaaf-Derichs, Carola: Freiwilligenagenturen in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen (bagfa), Stuttgart.

Olk, Thomas; Rüttgers, Martin; Beinke, Inga (2011): Netzwerke der Engagementförderung in Deutschland: Analyse und Empfehlungen zur Weiterentwicklung. Projektbericht. Halle und Köln, Oktober 2011.

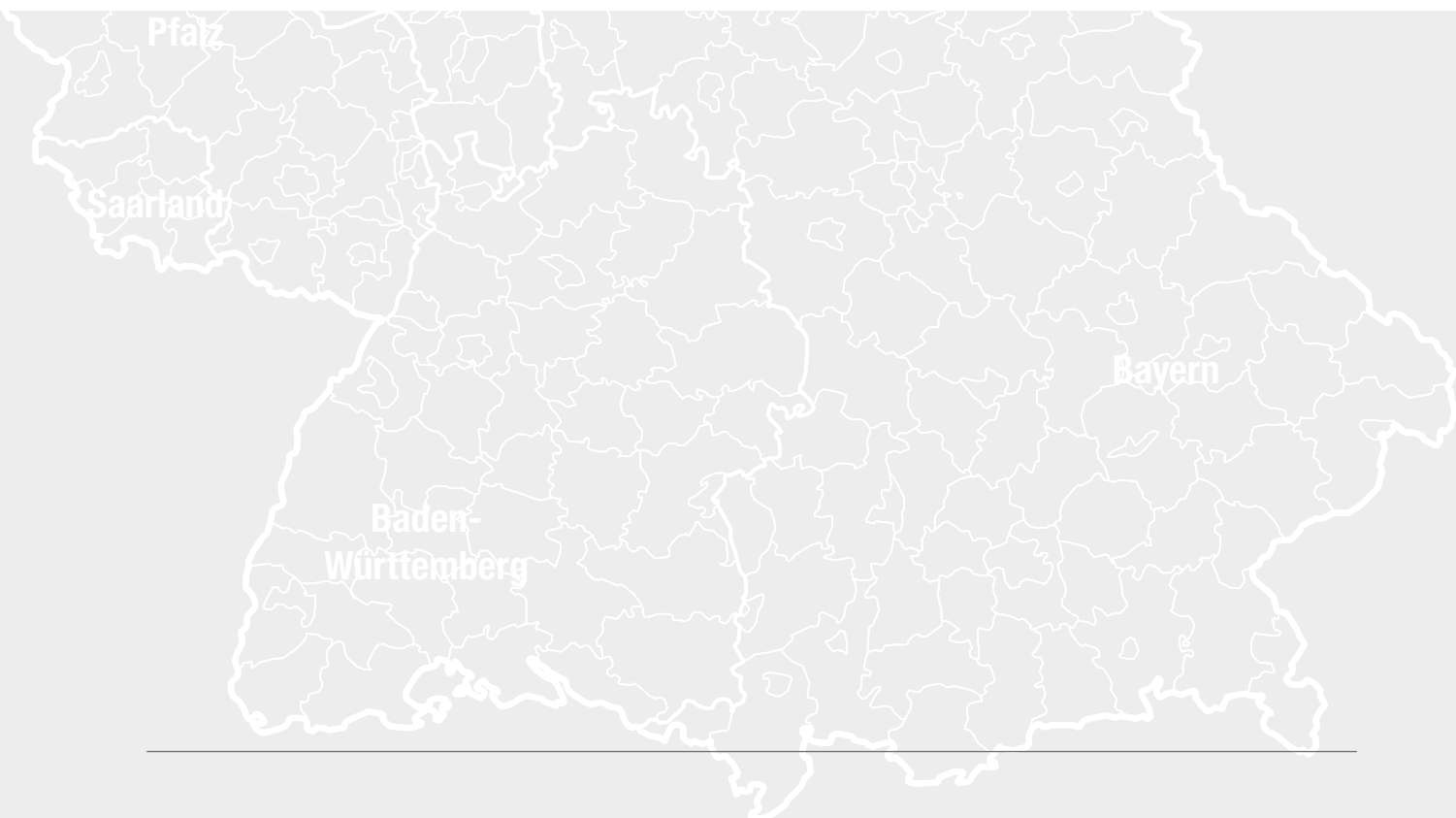
Redmann, Britta (2012): Erfolgreich führen im Ehrenamt. Ein Praxisleitfaden für freiwillig engagierte Menschen. Springer Gabler Wiesbaden.

Rüttgers, Martin (2013): Rezension: Wolf, André Christian; Zimmer, Annette: Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven, Springer VS, Wiesbaden 2012, BBE-Newsletter 1/2013.

Städtetag Baden-Württemberg (2013): Kommunale Anlaufstellen für Bürgerschaftliches Engagement. Fakten Instrumente Innenansichten, Stuttgart.

Wolf, André Christian; Zimmer, Annette (2012): Lokale Engagementförderung. Kritik und Perspektiven, Wiesbaden.

Zimmer, Annette; Backhaus-Maul, Holger (2012): Engagementförderung vor Ort – Was gilt es in den Blick zu nehmen? Eine Arbeitshilfe für lokale Entscheidungsträger. Münster 2012.



9. Abbildungsverzeichnis

Abb. Titel der Abbildung	Seite	Abb. Titel der Abbildung	Seite
1 Anzahl der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Typen	12	21 Freiwillig Engagierte: Zahl der freiwillig Engagierten und freiwillig Engagierte in Vollzeitäquivalenten	35
2 Gründungsjahr	12	22 Aufgabenwahrnehmung durch Haupt- und Ehrenamtliche	36
3 Engagement unterstützende Einrichtungen in 1.289 Städten und Gemeinden	13	23 Verbreitung von Freiwilligenagenturen in Landkreisen und kreisfreien Städten	38
4 Anzahl der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Bundesländern	14	24 Die fünf wichtigsten Leistungen der Freiwilligenagenturen	39
5 Engagementquoten und Engagementunterstützende Einrichtungen pro 100.000 Einwohner in den Bundesländern	14	25 Verbreitung von Kommunalen Stabsstellen in Landkreisen und kreisfreien Städten	39
6 Zugangswege zum freiwilligen Engagement	15	26 Die fünf wichtigsten Leistungen der Kommunalen Stabsstellen	40
7 Verbreitungsgrad Engagement unterstützender Einrichtungen in Landkreisen und kreisfreien Städten	15	27 Verbreitung von Mehrgenerationenhäusern in Landkreisen und kreisfreien Städten	41
8 Vielfalt Engagement unterstützender Einrichtungen in Landkreisen und kreisfreien Städten	15	28 Die fünf wichtigsten Leistungen der Mehrgenerationenhäuser	41
9 Leistungsprofile von Spezialisten und Generalisten im Vergleich	19	29 Verbreitung von Seniorenbüros in Landkreisen und kreisfreien Städten	42
10 Engagementbereiche	20	30 Die fünf wichtigsten Leistungen der Seniorenbüros	42
11 Engagementbereiche der Bevölkerung und Engagement unterstützender Einrichtungen im Vergleich	21	31 Verbreitung von Bürgerstiftungen in Landkreisen und kreisfreien Städten	43
12 Zielgruppen	22	32 Die fünf wichtigsten Leistungen der Bürgerstiftungen	43
13 Inhalte der Kooperation mit anderen Einrichtungen	25	33 Verbreitung von Mütterzentren in Landkreisen und kreisfreien Städten	44
14 Kooperation mit Unternehmen	26	34 Die fünf wichtigsten Leistungen der Mütterzentren	44
15 Instrumente der Zielerreichung / Wirkungsmessung	27	35 Verbreitung von Selbsthilfekontaktstellen in Landkreisen und kreisfreien Städten	45
16 Finanzausstattung: Gesamtbudget und Personalbudget	30	36 Die fünf wichtigsten Leistungen der Selbsthilfekontaktstellen	46
17 Finanzierungsquellen	31	37 Verbreitung von Soziokulturellen Zentren in Landkreisen und kreisfreien Städten	46
18 Finanzierungsengpässe und die Gründe	32	38 Die fünf wichtigsten Leistungen der Soziokulturellen Zentren	47
19 Hauptamtliche Personalstrukturen und freiwillig Engagierte	33		
20 Hauptamtliche Personalstrukturen: Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter und Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten	34		

Abb. Titel der Abbildung	Seite	Abb. Titel der Abbildung	Seite
39 Trägerschaft	68	55 Instrumente der Zielerreichung / Wirkungsmessung nach Einrichtungstypen	76
40 Rechtsform	68	56 Unterstützung bei Fragen der Evaluation, Wirkung und Unterstützungsbereiche nach Einrichtungstypen	77
41 Gemeinnützigkeit	69	57 Kooperation mit anderen am Standort bestehenden Einrichtungen	78
42 Einwohnerzahl des Standortes	69	58 Kooperation mit Stabsstellen und Ansprechpartnern für bürgerschaftliches Engagement am Standort	78
43 Zuständigkeitsbereich der Einrichtung	69	59 Kooperation mit weiteren Einrichtungen zur Förderung von Engagement außerhalb der Stadt/ Gemeinde bzw. des Landkreises	78
44 Leistungsprofil der Freiwilligenagenturen	70	60 Arbeitskreise und Netzwerke zur Engagementförderung in der Stadt bzw. im Landkreis und Mitarbeit	78
45 Leistungsprofil der Kommunalen Stabsstellen	70	61 Mitgliedschaft in Arbeitsgemeinschaften	79
46 Leistungsprofil der Mehrgenerationenhäuser	71	62 Büro-, Beratungs- und Verwaltungsräume	79
47 Leistungsprofil der Seniorenbüros	71	63 Technische Ausstattung	79
48 Leistungsprofil der Kombinationseinrichtungen	72	64 Übersicht der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Bundesländern	56
49 Leistungsprofil der Bürgerstiftungen	72	65 Beteiligung von Engagement unterstützenden Einrichtungen an der Befragung nach Einrichtungstyp	57
50 Leistungsprofil der Mütterzentren	73		
51 Leistungsprofil der Selbsthilfekontaktstellen	73		
52 Leistungsprofil der Soziokulturellen Zentren	74		
53 Engagementbereiche nach Einrichtungstypen	75		
54 Zielgruppen nach Einrichtungstypen	76		

10. Anhang

UNTERSUCHUNGSDESIGN

Ziele der Untersuchung

Vor dem Hintergrund der eingangs geschilderten Ausgangslage sollte im Rahmen der Untersuchung eine durch quantitative und qualitative Daten unterfütterte Kartierung der Engagement unterstützenden Einrichtungen in Deutschland erarbeitet werden, die für zukünftige Entscheidungen über die Weiterentwicklung dieser Infrastrukturlandschaft Informationsgrundlagen sowie Denk- und Diskussionsanstöße liefert.

Mit Blick auf den Status quo sollte auf quantitativem und qualitativem Wege ermittelt werden:

- in welchen Städten, Gemeinden und Kreisen es Anlaufstellen gibt und welche Kommunen über keine entsprechenden Einrichtungen verfügen;
- welche Aufgaben- und Leistungsprofile die jeweiligen Einrichtungen haben;
- wer die Zielgruppen der Einrichtungen sind;
- welche personellen und sachlichen Ressourcen die Einrichtungen besitzen, wie sie finanziert sind und ob die Finanzierung hinreichend für die Erfüllung der Aufgaben ist.

Umsetzungsschritte

Die Umsetzung der Untersuchung erfolgte in zwei Projektabschnitten:

Modul 1: Bestandsanalyse von Engagement unterstützenden Einrichtungen in Städten, Gemeinden und Kreisen in Deutschland

Unter Nutzung webbasierter Datenbanken und Archive sowie auf der Basis ergänzender Recherchen bei Dachverbänden, Netzwerken und Arbeitsgemeinschaften erfolgte eine umfassende Bestandsanalyse Engagement unterstützender Einrichtungen in Städten, Gemeinden und Kreisen in Deutschland. Erstellt wurde eine Gesamtübersicht, aus der ersichtlich wird, welche Kommunen in Deutschland über eine oder mehrere dieser Anlaufstellen verfügen und welche Kommunen keine entsprechenden Einrichtungen besitzen.

Die folgenden Einrichtungen wurden in die Untersuchung einbezogen:

- Bürgerstiftungen
- Freiwilligenagenturen
- Kommunale Stabsstellen der Engagementförderung
- Mehrgenerationenhäuser
- Mütterzentren
- Selbsthilfekontaktstellen
- Seniorenbüros
- Soziokulturelle Zentren.

In einer Datenbank wurden folgende Daten erfasst:

- Name der Stadt, Gemeinde, Kreis
- Einwohnerzahl
- Bundesland
- Bei Städten und Gemeinden zusätzlich: Gemeindetyp (Stadt, kreisfreie Stadt, kreiszugehörige Stadt, Gemeinde, Kreisname etc.)
- Jeweils vorhandene Einrichtungstypen.

Die entsprechenden Recherchen und die aufwendigen Erfassungs-, Abgleichs- und Bereinigungsarbeiten erstreckten sich über einen Zeitraum von Januar 2013 bis Dezember 2013. Im Ergebnis konnten 3.408 Einrichtungen in 1.289 Städten und Gemeinden in Deutschland ermittelt werden. Eine Übersicht über die Verteilung der Einrichtungen nach Bundesländern (Datenbank 1) bietet Tabelle 64.

Analoge Datenbanken wurden für die 402 Landkreise (107 kreisfreie Städte und 295 Landkreise) (Datenbank 2), die 1.289 Städte und Gemeinden (Datenbank 3) sowie für alle 3.408 Einrichtungen (Datenbank 4) erstellt. Diese Adressdatenbanken bildeten die Grundlage für die Herstellung von Verteilungslandkarten.

Darüber hinaus wurden die Adressendatenbanken für die schriftliche qualitative Befragung der Engagement unterstützenden Einrichtungen genutzt. (Modul 2)

Übersicht der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Bundesländern

Bundesländer	Anzahl Landkreise	Anzahl kreisfr. Städte	Anzahl Gemeinden	Anzahl Reg.- Bezirke	Einwohner	Einwohner pro Anlaufstelle	Anlaufstellen pro 100.000 Einwohner	Anzahl Städte u. Gemeinden mit Anlaufstellen	Anzahl Anlaufstellen
Baden-Württemberg	35	9	1.101	4	10.786.227	24.130	4,1	171	447
Bayern	71	25	2.056	7	12.595.891	26.574	3,8	186	474
Berlin		1	1		3.501.872	42.191	2,4	1	83
Brandenburg	14	4	419		2.495.635	18.906	5,3	60	132
Bremen		2	2		661.301	15.745	6,4	2	42
Hamburg		1	1		1.798.836	31.014	3,2	1	58
Hessen	21	5	426	3	6.092.126	19.716	5,1	129	309
Mecklenburg-Vorpommern	6	2	783		1.634.734	19.461	5,1	43	84
Niedersachsen	38	8	101		7.913.502	16.452	6,1	197	481
Nordrhein-Westfalen	31	22	396	5	17.841.956	30.241	3,3	215	590
Rheinland-Pfalz	24	12	2.306		3.999.117	26.661	3,8	72	150
Saarland	6		52		1.013.352	38.975	2,6	11	26
Sachsen	10	3	457		4.137.051	24.193	4,1	67	171
Sachsen-Anhalt	11	3	219		2.313.280	25.703	3,9	38	90
Schleswig-Holstein	11	4	1116		2.837.641	33.384	3,0	40	85
Thüringen	17	6	907		2.221.222	11.942	8,4	55	186
Insgesamt	295	107	10.243	19	81.843.743	24.015	4,2	1.289	3.408

Abbildung 64: Übersicht der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Bundesländern

Modul 2: Befragung von Engagement unterstützenden Einrichtungen

Zunächst wurde in mehreren Abstimmungsverfahren mit Verbänden und Experten ein detaillierter Fragebogen entwickelt, in einem Pre-Test bei ausgewählten Agenturen eingesetzt und abschließend nochmals für eine Endfassung überarbeitet. (vgl. Anlage 10.2)

Die Befragung erfolgte überwiegend in Form einer Online-Befragung. Hierzu wurden alle erfassten 3.408 Einrichtungen zunächst per E-Mail angeschrieben. Den Einrichtungen wurden drei Befragungswege alternativ angeboten: per Link über eine Online-Datenbank, per beigefügtem ausfüllbarem PDF-Fragebogen, der an ISAB zurückgesandt werden konnte, und per postalischer Rücksendung.

Für die Befragung wurde zunächst ein Zeitraum von Anfang April 2014 bis Mitte Mai 2014 festgelegt. Um den Rücklauf zu verbessern, wurden in zwei Erinnerungsaktionen die Agenturen nochmals um ihre Mitwirkung gebeten und der Befragungszeitraum bis Mitte Juni 2014 verlängert.

Bis zum 16. Juni 2014 beteiligten sich 690 Agenturen an der Befragung. Nach Bereinigung des Datensatzes konnten 655 Fragebogen in die Auswertung einbezogen werden. Die Mehrheit der Befragten nutzte den Online-Fragebogen, rund 250 Fragebogen wurden dem ISAB-Institut per E-Mail oder auf dem Postweg zugeleitet.

Die Beteiligungsquoten der Einrichtungstypen bezogen auf die jeweiligen Grundgesamtheiten sind der nachfolgenden Grafik zu entnehmen. Insgesamt lag der Rücklauf auswertbarer Fragebögen bei 19,2 %.

Übersicht der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Bundesländern (Fortsetzung)

Bundesländer	Freiwilligen- agentur	Senioren- büro	Selbsthil- fekontakt- stelle	Bürgerstif- tung	Mehrgene- rationen- haus	Mütterzen- trum	Soziokul- turelles Zentrum	Kommunale Stabsstelle
Baden-Württemberg	52	27	36	83	51	54	62	82
Bayern	100	23	35	36	96	107	21	56
Berlin	29		19	3	12	1	7	12
Brandenburg	30	10	26	5	30	5	25	1
Bremen	2	2	3	3	2	8	21	1
Hamburg	24	1	3	1	4	6	18	1
Hessen	76	28	19	26	31	56	33	40
Mecklenburg-Vorpommern	3	9	9	4	26	2	30	1
Niedersachsen	100	74	48	57	59	64	76	3
Nordrhein-Westfalen	147	94	61	102	68	26	63	29
Rheinland-Pfalz	27	14	10	11	39	15	24	10
Saarland	7	5	1	1	8	3	0	1
Sachsen	16	23	16	4	40	16	53	3
Sachsen-Anhalt	20	4	14	5	28	1	18	0
Schleswig-Holstein	19	3	15	8	18	4	18	0
Thüringen	15	23	23	8	33	2	58	24
Insgesamt	667	340	338	357	545	370	527	264

Abbildung 64: Übersicht der Engagement unterstützenden Einrichtungen nach Bundesländern (Fortsetzung)

Beteiligung von Engagement unterstützenden Einrichtungen an der Befragung nach Einrichtungstyp

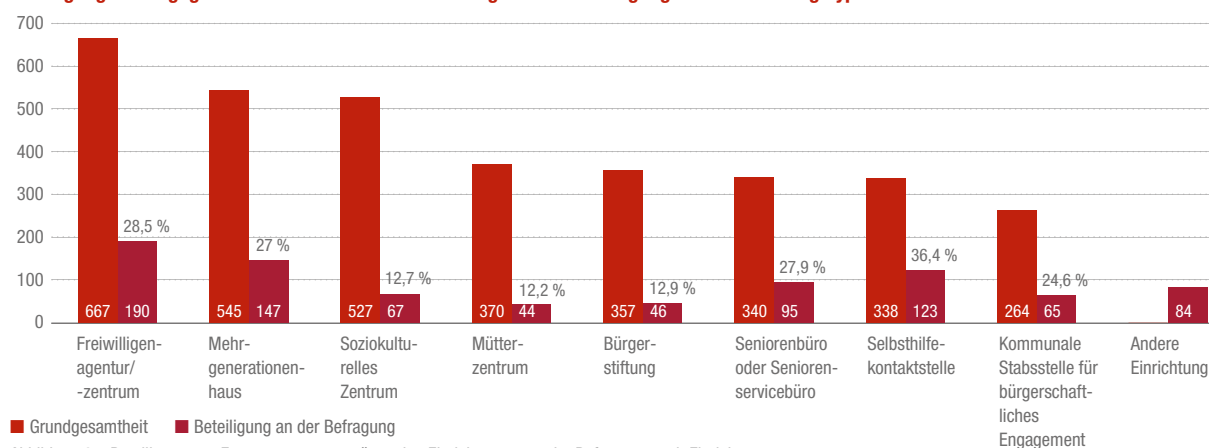


Abbildung 65: Beteiligung von Engagement unterstützenden Einrichtungen an der Befragung nach Einrichtungstyp

FRAGEBOGEN

A Organisationsstruktur

Im Folgenden interessieren uns die örtlichen, rechtlichen, finanziellen und personellen Rahmenbedingungen, unter denen Ihre Einrichtung arbeitet. Anhand dieser Indikatoren ergibt sich ein Gesamtbild der spezifischen Situation vor Ort.

A 1: Örtliche Bedingungen

Frage			
1. Wann wurde Ihre Einrichtung gegründet? _____ Jahreszahl			
2. In welchem Bundesland befindet sich Ihre Einrichtung?	Baden-Württemberg	<input type="checkbox"/>	Nordrhein-Westfalen <input type="checkbox"/>
	Bayern	<input type="checkbox"/>	Niedersachsen <input type="checkbox"/>
	Berlin	<input type="checkbox"/>	Rheinland-Pfalz <input type="checkbox"/>
	Brandenburg	<input type="checkbox"/>	Saarland <input type="checkbox"/>
	Bremen	<input type="checkbox"/>	Sachsen <input type="checkbox"/>
	Hamburg	<input type="checkbox"/>	Sachsen-Anhalt <input type="checkbox"/>
	Hessen	<input type="checkbox"/>	Schleswig-Holstein <input type="checkbox"/>
	Mecklenburg-Vorpommern	<input type="checkbox"/>	Thüringen <input type="checkbox"/>
3. Wie viele Einwohner/-innen hat der Ort, in dem Ihre Einrichtung tätig ist?	Bis 4.999	<input type="checkbox"/>	
	5.000 bis 9.999	<input type="checkbox"/>	
	10.000 bis 19.999	<input type="checkbox"/>	
	20.000 bis 49.999	<input type="checkbox"/>	
	50.000 bis 99.999	<input type="checkbox"/>	
	100.000 bis 499.999	<input type="checkbox"/>	
	Mehr als 500.000	<input type="checkbox"/>	
4. Für welchen Einzugsbereich ist Ihre Einrichtung tätig? Mehrfachnennungen möglich	Landkreis	<input type="checkbox"/>	
	Stadt / Gemeinde	<input type="checkbox"/>	
	Stadtteil / Stadtbezirk	<input type="checkbox"/>	

A 2: Rechtliche Bedingungen

Frage		
5. Welcher der folgenden Gruppen ordnen Sie Ihre eigene Einrichtung zu? Mehrfachnennungen möglich	Bürgerstiftung	<input type="checkbox"/>
	Freiwilligenagentur/-zentrum	<input type="checkbox"/>
	Kommunale Stabsstelle für bürgerschaftliches Engagement	<input type="checkbox"/>
	Mehrgenerationenhaus	<input type="checkbox"/>
	Mütterzentrum	<input type="checkbox"/>
	Selbsthilfekontaktstelle	<input type="checkbox"/>
	Seniorenbüro oder Seniorenservicebüro	<input type="checkbox"/>
	Soziokulturelles Zentrum	<input type="checkbox"/>
	Andere Einrichtung	<input type="checkbox"/>
	Bitte beschreiben Sie, um welche andere Art von Einrichtung es sich handelt.	
6. In welcher Trägerschaft befindet sich Ihre Einrichtung?	Verband	<input type="checkbox"/>
	Kommune	<input type="checkbox"/>
	Stiftung	<input type="checkbox"/>
	Eigenständiger Verein	<input type="checkbox"/>
	Trägerverbund	<input type="checkbox"/>
	Krankenkasse	<input type="checkbox"/>
	Initiative	<input type="checkbox"/>
	Sonstige	<input type="checkbox"/>
	Bitte geben Sie an, welche sonstige Trägerschaft Ihre Einrichtung hat.	
7. Welche Rechtsform hat Ihre Einrichtung?	Eingetragener Verein (e. V.)	<input type="checkbox"/>
	Nicht eingetragener Verein	<input type="checkbox"/>
	Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR)	<input type="checkbox"/>
	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)	<input type="checkbox"/>
	Genossenschaft	<input type="checkbox"/>
	Rechtsfähige Stiftung	<input type="checkbox"/>
	Nicht rechtsfähige Stiftung	<input type="checkbox"/>
	Sonstige	<input type="checkbox"/>
	Bitte geben Sie an, welche sonstige Rechtsform Ihre Einrichtung hat.	
8. Ist Ihre Einrichtung als gemeinnützig anerkannt?	Ja	<input type="checkbox"/>
	Nein	<input type="checkbox"/>

A 3: Personelle Bedingungen

Frage					
9. Wie viele Personen arbeiten in Ihrer Einrichtung? Wie viele Stunden pro Woche haben diese Mitarbeiter/-innen zur Verfügung? Mehrfachnennungen möglich					
		Zahl der Mitarbeiter/-innen	Stunden insgesamt (pro Woche)		
		Festangestellte	_____	_____	
		Honorarkräfte, Werkvertrag	_____	_____	
		FSJ/BFD-Kräfte	_____	_____	
		Geringfügig Beschäftigte	_____	_____	
		Freiwillige/Ehrenamtliche	_____	_____	
10. In welcher Trägerschaft befindet sich Ihre Einrichtung?			hauptamtlich	ehrenamtlich	nicht vorhanden
		Vorstand	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Geschäftsführung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Büroleitung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Verwaltungsarbeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Projektleitung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Projektarbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Beratungsarbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Sonstige Aufgaben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Bitte beschreiben Sie, um welche sonstigen Aufgaben es sich handelt.			

A 4: Materielle Bedingungen

Frage					
11. Wie viele Büro-, Beratungs- und Veranstaltungsräume stehen Ihrer Einrichtung zur Verfügung? Bitte nennen Sie die entsprechende Anzahl.					
		im Eigentum der Einrichtung	angemietet	zur Verfügung gestellt	
		Raum/Räume für Verwaltungsarbeit	_____	_____	_____
		Raum/Räume für Beratung	_____	_____	_____
		Raum/Räume für Besprechungen, Veranstaltungen	_____	_____	_____
		Sonstige Räume	_____	_____	_____
Bitte beschreiben Sie, über welche sonstigen Räume Ihre Einrichtung verfügt.					

Frage

12. Über welche technische Ausstattung verfügt Ihre Einrichtung?
Mehrfachnennungen möglich

	im Eigentum der Einrichtung	angemietet	zur Verfügung gestellt
PC/Drucker	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Telefonanlage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kopierer/Fax	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Internet/E-Mail-Zugang	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Homepage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Metaplanwand/Flipchart	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beamer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige Ausstattung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte beschreiben Sie, über welche sonstige technische Ausstattung Ihre Einrichtung verfügt.

13. Wie hoch war der Gesamtetat Ihrer Einrichtung im letzten Jahr?

Budget insgesamt _____ EUR

14. Wie hoch war der Etat Ihrer Einrichtung für Personalkosten im letzten Jahr?

Personalbudget _____ EUR

15. Aus welchen der genannten Einnahmearten hat sich das Gesamtbudget Ihrer Einrichtung im letzten Jahr zusammengesetzt und welche Bedeutung hatten diese?
Mehrfachnennungen möglich

	hohe Bedeutung	mittlere Bedeutung	geringe Bedeutung	keine Mittel erhalten
Bundesmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Landesmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommunale Mittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eigenmittel des Trägers	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mitgliedsbeiträge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stiftungsmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erbschaften/Schenkungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Private Spenden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Unternehmensspenden (auch Sachspenden)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sponsorings	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lottomittel/Aktion Mensch/Fernsehlottorie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Gesetzliche Leistungsentgelte (Krankenkasse, Sozialversicherung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Erträge aus Dienstleistungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere Mittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Bitte beschreiben Sie, um welche anderen Mittel es sich handelt.

Frage		hohe Bedeutung	mittlere Bedeutung	geringe Bedeutung	keine Mittel erhalten
16. Wie hat sich die Zusammensetzung des Budgets Ihrer Einrichtung in den letzten fünf Jahren entwickelt? Mehrfachnennungen möglich	Bundesmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Landesmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Kommunale Mittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Eigenmittel des Trägers	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Mitgliedsbeiträge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Stiftungsmittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Erbschaften/Schenkungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Private Spenden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Unternehmensspenden (auch Sachspenden)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Sponsorings	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Lottomittel/Aktion Mensch/Fernsehlottarie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Gesetzliche Leistungsentgelte (Krankenkasse, Sozialversicherung)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Erträge aus Dienstleistungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Andere Mittel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Bitte beschreiben Sie, um welche anderen Mittel es sich handelt.				
17. Wenn es in den letzten fünf Jahren zu Schwierigkeiten oder Engpässen bei der Finanzierung Ihrer Einrichtung gekommen ist, was waren die Gründe dafür? Mehrfachnennungen möglich	Es gab keine Schwierigkeiten oder Engpässe	<input type="checkbox"/>			
	Rückgang der öffentlichen Förderung	<input type="checkbox"/>			
	Ausgelaufene Projektförderung	<input type="checkbox"/>			
	Rückgang selbst erwirtschafteter Mittel	<input type="checkbox"/>			
	Zunehmende Konkurrenz um „Kunden“	<input type="checkbox"/>			
	Andere Gründe	<input type="checkbox"/>			
	Bitte beschreiben Sie, welche anderen Gründe verantwortlich waren.				
18. Welches Budget benötigte Ihre Einrichtung aus Ihrer Sicht pro Jahr mindestens, um ihre Aufgaben zielführend zu verwirklichen?	Budget für Personal	_____	EUR		
	Budget für Honorare/Dienstleistungen	_____	EUR		
	Budget für Miete/Raumkosten	_____	EUR		
	Budget für andere Sachkosten	_____	EUR		
	Budget insgesamt	_____	EUR		

B Engagementbereiche und Leistungen

Es gibt ein breites Spektrum an Tätigkeiten für freiwilliges Engagement. Hier interessiert uns, in welchen Bereichen Ihre Einrichtung freiwilliges Engagement fördert und welche Leistungen Ihre Einrichtung in diesem Zusammenhang erbringt.

Frage		oft	gelegentlich	selten	nie
19. In welchen Bereichen unterstützt Ihre Einrichtung das freiwillige Engagement? Mehrfachnennungen möglich					
1. Sport und Bewegung		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Kultur und Musik		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. Freizeit und Geselligkeit		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. Soziales		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. Gesundheit		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Pflege (inkl. Hospizarbeit)		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
7. Gesetzliche Betreuung		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
8. Schule/Kita		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
9. Außerschulische Jugendarbeit		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
10. Bildungsarbeit für Erwachsene		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
11. Umwelt-, Natur-, Tierschutz		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
12. Politik und Gesellschaft		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13. Berufliche Interessenvertretung		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
14. Kirche/Religion		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
15. Justiz und Kriminalität		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
16. Rettungsdienste/Freiwillige Feuerwehr/THW		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
17. Entwicklungszusammenarbeit		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
18. Neue Medien		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
19. Sonstige Bereiche		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bitte beschreiben Sie, in welchen sonstigen Bereichen Ihre Einrichtung das freiwillige Engagement unterstützt.					
20. Bitte nennen Sie uns die drei wichtigsten Bereiche, in denen Ihre Einrichtung das freiwillige Engagement unterstützt. Tragen Sie hierzu bitte die betreffenden Nummern aus Frage 19 ein (z.B. 4, 13, 18).		_____			

Frage					
21. Welche Leistungen werden von Ihrer Einrichtung erbracht? Mehrfachnennungen möglich		hohe Bedeutung	mittlere Bedeutung	geringe Bedeutung	nie
	Information und Beratung zu Möglichkeiten des freiwilligen Engagements	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Information und Beratung zur Selbsthilfe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Vermittlung von freiwillig Engagierten in die eigene Einrichtung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Vermittlung von freiwillig Engagierten an andere Einrichtungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Öffentlichkeitsarbeit für das freiwillige Engagement	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Qualifizierung/Begleitung freiwillig Engagierter	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Qualifizierung/Beratung von hauptamtlichen Fachkräften/Organisationen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Fundraising für Initiativen und Vereine	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Organisatorische Unterstützung von Vereinen und Initiativen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Beratung/Qualifizierung von Unternehmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Vernetzung der Akteure (Kommune, Wirtschaft, Zivilgesellschaft)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Durchführung von Veranstaltungen (Konzerte, Ausstellungen, Feste, Vorträge etc.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Durchführung von Freiwilligentagen/Freiwilligenbörsen o.Ä.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Unterstützung neuer Engagementprojekte und Projektideen von Bürger/-innen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Entwicklung und Durchführung von eigenen Engagementprojekten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Durchführung von Kursen, Workshops, Tagungen etc.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Vermietung von Räumlichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Unterstützung von Vereinen und Initiativen durch kostenlose Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Sonstige Aufgaben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Bitte beschreiben Sie, welche weiteren Aufgaben von Ihrer Einrichtung wahrgenommen werden.					

Frage		oft	gelegentlich	selten	nie
22. Welche Zielgruppen spricht Ihre Einrichtung an? Mehrfachnennungen möglich					
	Kinder und Jugendliche	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Studierende	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Seniorinnen und Senioren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Hochaltrige	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Migrantinnen und Migranten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Menschen mit Behinderung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Arbeitssuchende	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Eltern/Alleinerziehende	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Pflegende Angehörige	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Menschen in besonderen Lebenslagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Keine bestimmte Zielgruppe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Sonstige Zielgruppen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bitte beschreiben Sie, welche sonstigen Zielgruppen von Ihrer Einrichtung angesprochen werden.					
23. Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten um zu prüfen, wie gut es gelingt, selbst gesteckte Ziele zu erreichen. Welcher der folgenden Punkte trifft auf Ihre Einrichtung zu? Mehrfachnennungen möglich					
	Wir erfassen differenziert die Zahlen der vermittelten Engagierten				<input type="checkbox"/>
	Wir prüfen, ob die Vermittlung erfolgreich war				<input type="checkbox"/>
	Wir erfassen die Anzahl unserer Beratungen				<input type="checkbox"/>
	Wir erfassen die Anzahl unserer Veranstaltungsbesucher/-innen				<input type="checkbox"/>
	Wir machen regelmäßig im Team eine Reflexion				<input type="checkbox"/>
	Wir evaluieren kontinuierlich und systematisch unsere Arbeit (Zielerreichung, Erfolgskontrolle etc.)				<input type="checkbox"/>
	Wir haben ein eigenes Qualitätsmanagement-System				<input type="checkbox"/>
	Wir werden extern evaluiert/zertifiziert				<input type="checkbox"/>
	Sonstige Maßnahmen				<input type="checkbox"/>
Bitte beschreiben Sie, welche sonstigen Maßnahmen der Erfolgskontrolle und Wirkungsmessung in Ihrer Einrichtung umgesetzt werden.					
24. Wünschen Sie sich für Ihre Einrichtung Unterstützung bei Fragen der Evaluation und Wirkung? Wenn ja, welche? Mehrfachnennungen möglich					
	Beratung	<input type="checkbox"/>			
	Qualifizierung	<input type="checkbox"/>			
	Externe Zertifizierung	<input type="checkbox"/>			
	Sonstige Unterstützung	<input type="checkbox"/>			
Bitte beschreiben Sie, welche sonstige Unterstützung in Ihrer Einrichtung benötigt wird.					

C Kooperationsstrukturen

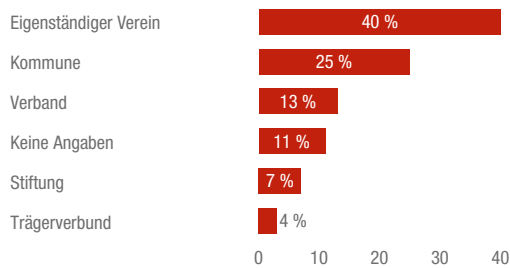
Viele Einrichtungen unterstützen freiwilliges Engagement auf ihre ganz persönliche Art. Darüber hinaus gibt es in der Verwaltung vieler Städte, Gemeinden und Kreise feste Ansprechpersonen oder Stabsstellen, die für die Unterstützung des freiwilligen Engagements zuständig sind. Hier möchten wir erfahren, ob und in welchem Umfang Ihre Einrichtung mit diesen zusammenarbeitet.

Frage						
25. Welche weiteren Einrichtungen zur Förderung von Engagement gibt es in Ihrer Stadt/Gemeinde bzw. Ihrem Landkreis noch? Falls vorhanden, kooperiert Ihre Einrichtung mit diesen und ist die Zusammenarbeit erfolgreich? Mehrfachnennungen möglich		vorhanden	wir kooperieren	erfolgreiche Zusammenarbeit		
				ja	nein	
		Bürgerstiftung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Freiwilligenagentur/-zentrum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Mehrgenerationenhaus	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Mütterzentrum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Selbsthilfekontaktstelle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Seniorenbüro/Seniorenservicebüro	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Soziokulturelles Zentrum	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Andere Einrichtungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bitte benennen Sie die anderen Einrichtungen.						
26. Gibt es in der Verwaltung Ihrer Stadt/Gemeinde bzw. Ihres Landkreises feste Ansprechpersonen oder Stabsstellen, die für die Unterstützung des freiwilligen Engagements zuständig sind? Falls vorhanden, kooperiert Ihre Einrichtung mit diesen und ist die Zusammenarbeit erfolgreich? Mehrfachnennungen möglich		vorhanden	wir kooperieren	erfolgreiche Zusammenarbeit		
				ja	nein	
		Kommunale Stabsstelle für bürgerschaftliches Engagement im Landkreis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Feste Ansprechperson für bürgerschaftliches Engagement in der Stadt/Gemeinde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		Feste Ansprechperson für bürgerschaftliches Engagement im Landkreis	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
27. Mit welchen weiteren Einrichtungen zur Förderung von Engagement außerhalb Ihrer Stadt/Gemeinde bzw. Ihres Landkreises kooperiert Ihre Einrichtung? Mehrfachnennungen möglich		Bürgerstiftung	<input type="checkbox"/>			
		Freiwilligenagentur/-zentrum	<input type="checkbox"/>			
		Kommunale Stabsstelle für bürgerschaftliches Engagement	<input type="checkbox"/>			
		Mehrgenerationenhaus	<input type="checkbox"/>			
		Mütterzentrum	<input type="checkbox"/>			
		Selbsthilfekontaktstelle	<input type="checkbox"/>			
		Seniorenbüro/Seniorenservicebüro	<input type="checkbox"/>			
		Soziokulturelles Zentrum	<input type="checkbox"/>			
		Andere Einrichtungen	<input type="checkbox"/>			
		Bitte benennen Sie die anderen Einrichtungen.				

Frage					
28. Wie kooperiert Ihre Einrichtung mit anderen Einrichtungen, die freiwilliges Engagement fördern?		oft	gelegentlich	selten	nie
	Informationen austauschen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Arbeit miteinander abstimmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Ziele gemeinsam festlegen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Veranstaltungen gemeinsam durchführen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Gemeinsame Akquise von Freiwilligen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Gegenseitige Vermittlung von Interessierten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Gemeinsame Interessenvertretung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Gemeinsam Projekte entwickeln	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Netzwerke stärken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Sonstige Kooperationsformen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	Bitte benennen Sie, um welche sonstigen Kooperationsformen und -inhalte es sich handelt.				
29. Wenn es Hemmnisse in der Kooperation mit anderen Einrichtungen gibt, welche sind dies?	Bitte beschreiben Sie, um welche Hemmnisse es sich handelt.				
30. Falls Sie für Ihre Einrichtung mehr Potenzial zur Kooperation mit anderen Einrichtungen sehen, worin besteht dieses?	Bitte beschreiben Sie, welche Potenziale Sie für Ihre Einrichtung sehen.				
31. Gibt es auf der Ebene Ihrer Stadt/Gemeinde bzw. Ihres Landkreises einen Arbeitskreis oder ein Netzwerk, in dem Engagement unterstützende Einrichtungen miteinander kooperieren, und arbeitet Ihre Einrichtung dort mit? Mehrfachnennungen möglich	Es gibt Arbeitskreise oder Netzwerke	<input type="checkbox"/>	Stadt/Gemeinde	<input type="checkbox"/>	Landkreis
	Wir arbeiten mit	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>	
32. Ist Ihre Einrichtung Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft auf regionaler, landesweiter oder bundesweiter Ebene? Mehrfachnennungen möglich	Es besteht keine entsprechende Mitgliedschaft	<input type="checkbox"/>			
	Wir sind Mitglied auf regionaler Ebene	<input type="checkbox"/>			
	Wir sind Mitglied auf Landesebene	<input type="checkbox"/>			
	Wir sind Mitglied auf Bundesebene	<input type="checkbox"/>			
33. Kooperiert Ihre Einrichtung bei der Engagementförderung mit Unternehmen aus der Region?	Nein	<input type="checkbox"/>	Ja	<input type="checkbox"/>	
	Wenn Ihre Einrichtung mit Unternehmen kooperiert, dann beschreiben Sie bitte die Form und Inhalte dieser Zusammenarbeit.				
34. Welche wesentlichen Handlungsbedarfe sehen Sie bei der lokalen Engagementförderung insgesamt?					
35. Haben Sie Empfehlungen an Politik und Verwaltung, wie die Arbeit der Einrichtungen vor Ort wirkungsvoller unterstützt werden kann?					

ERGÄNZENDE ABBILDUNGEN

Trägerschaft



Angaben in Prozent

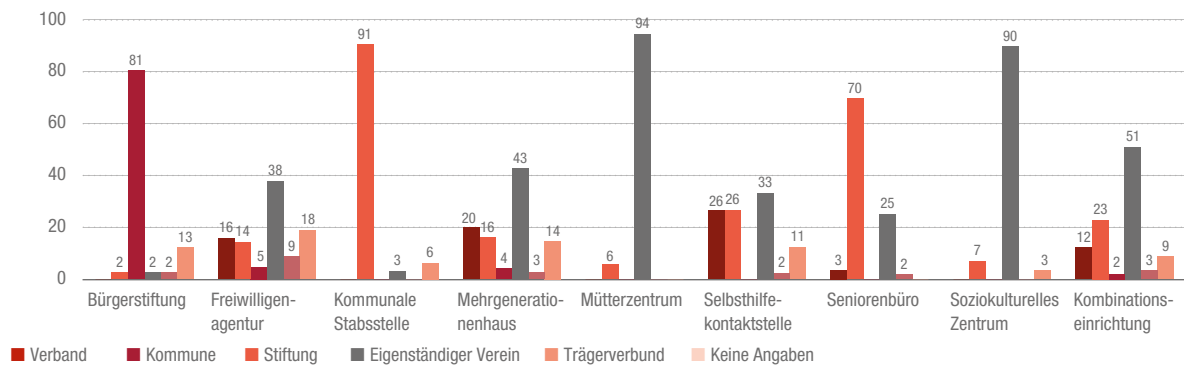
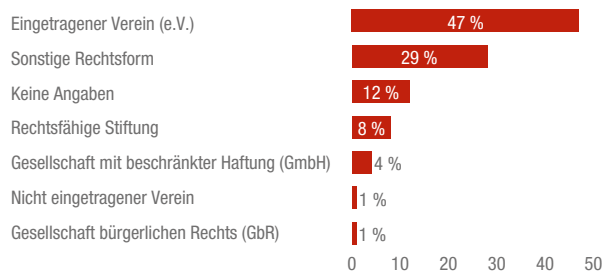


Abbildung 39: Trägerschaft

Rechtsform



Angaben in Prozent

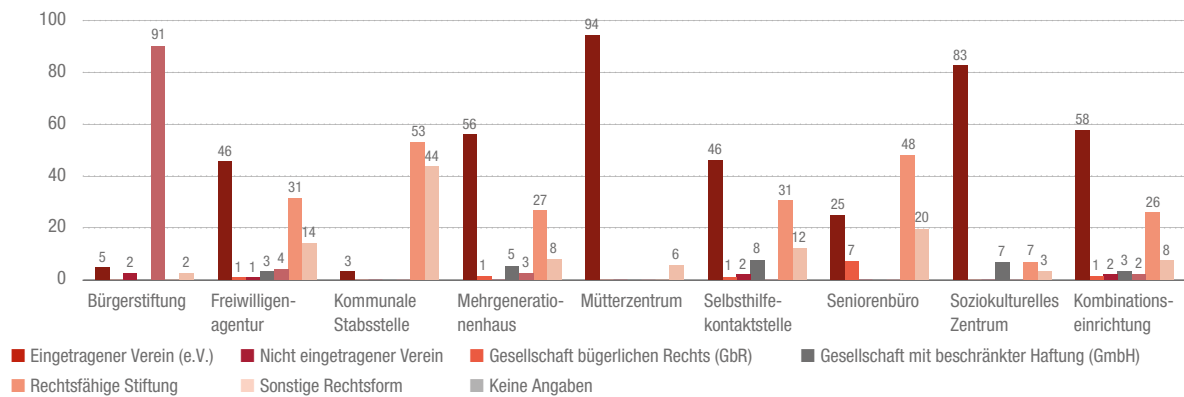


Abbildung 40: Rechtsform

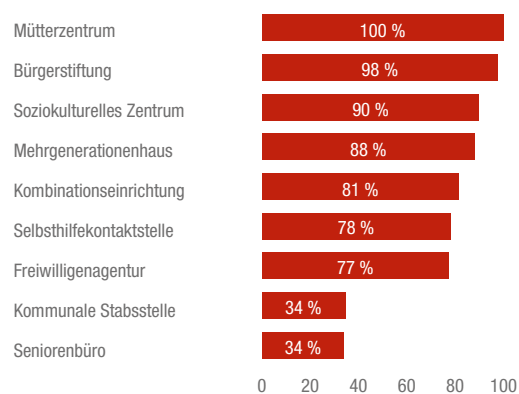
Gemeinnützigkeit

Abbildung 41: Gemeinnützigkeit

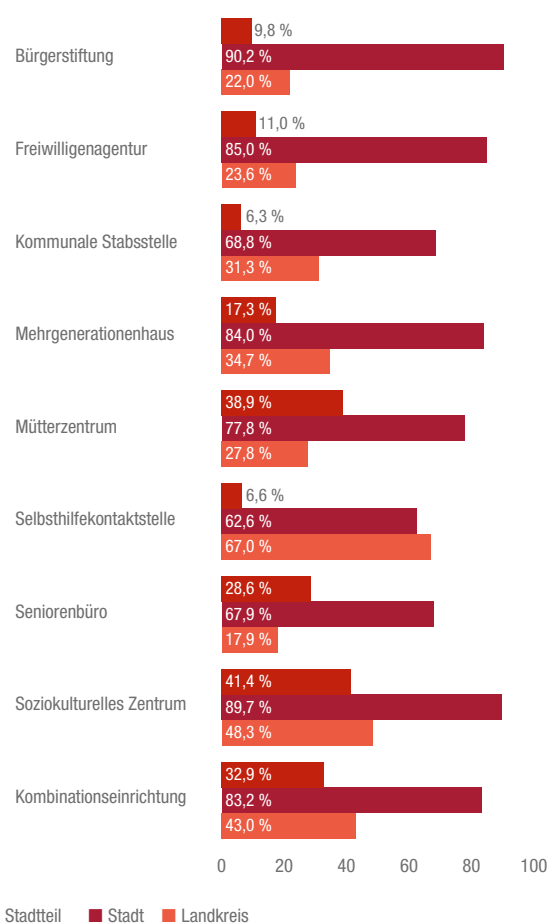
Zuständigkeitsbereich der Einrichtung (Mehrfachnennungen)

Abbildung 43: Zuständigkeitsbereich der Einrichtung

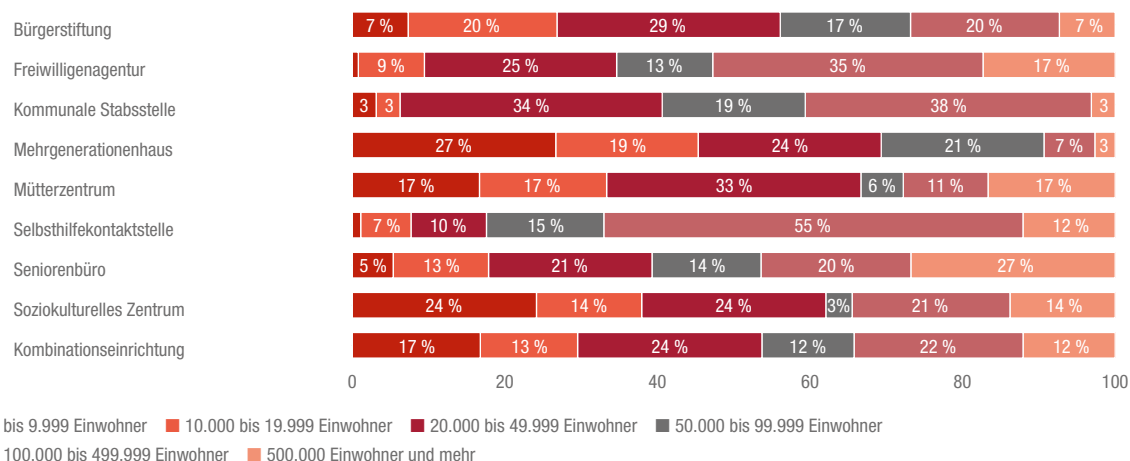
Einwohnerzahl des Standortes

Abbildung 42: Einwohnerzahl des Standortes

Leistungsprofil der Freiwilligenagenturen

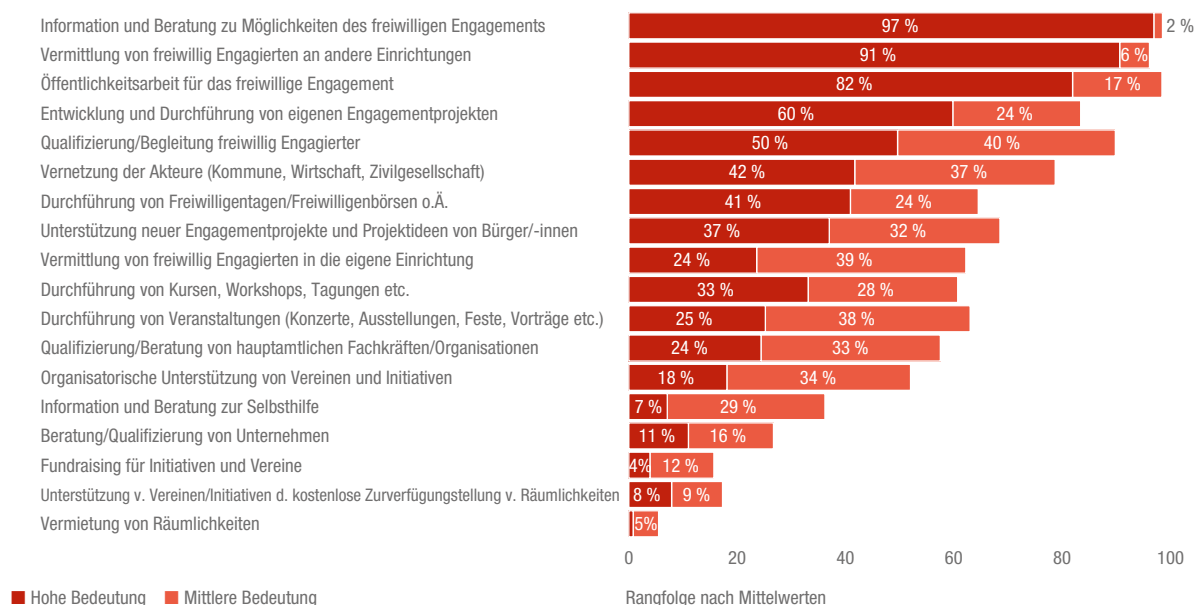


Abbildung 44: Leistungsprofil der Freiwilligenagenturen

Leistungsprofil der Kommunalen Stabsstellen

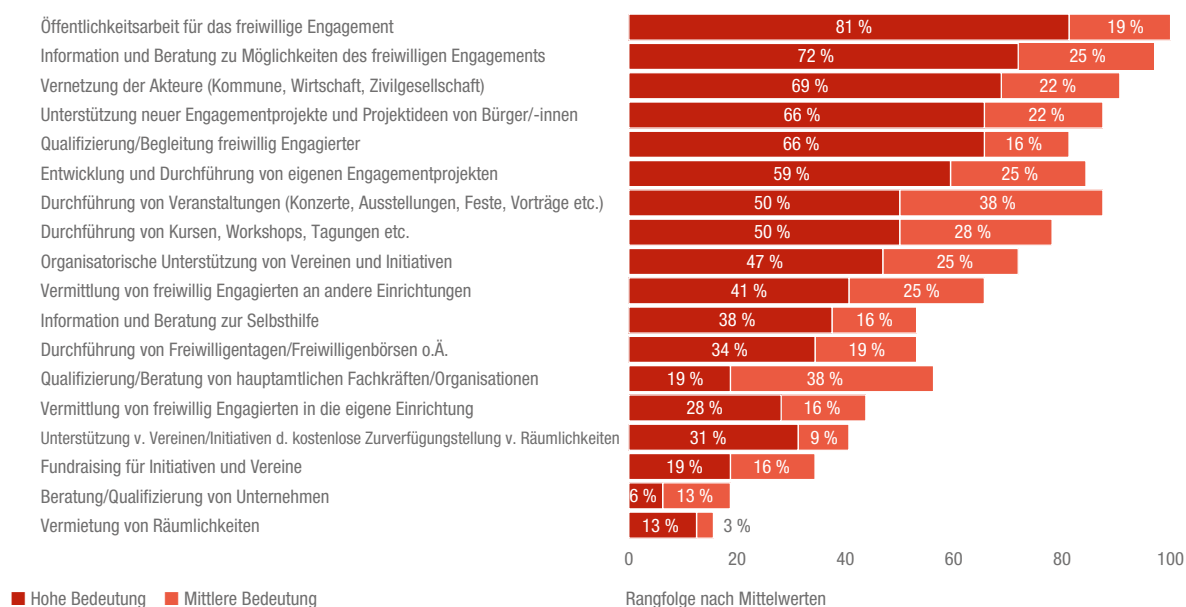


Abbildung 45: Leistungsprofil der Kommunalen Stabsstellen

Leistungsprofil der Mehrgenerationenhäuser

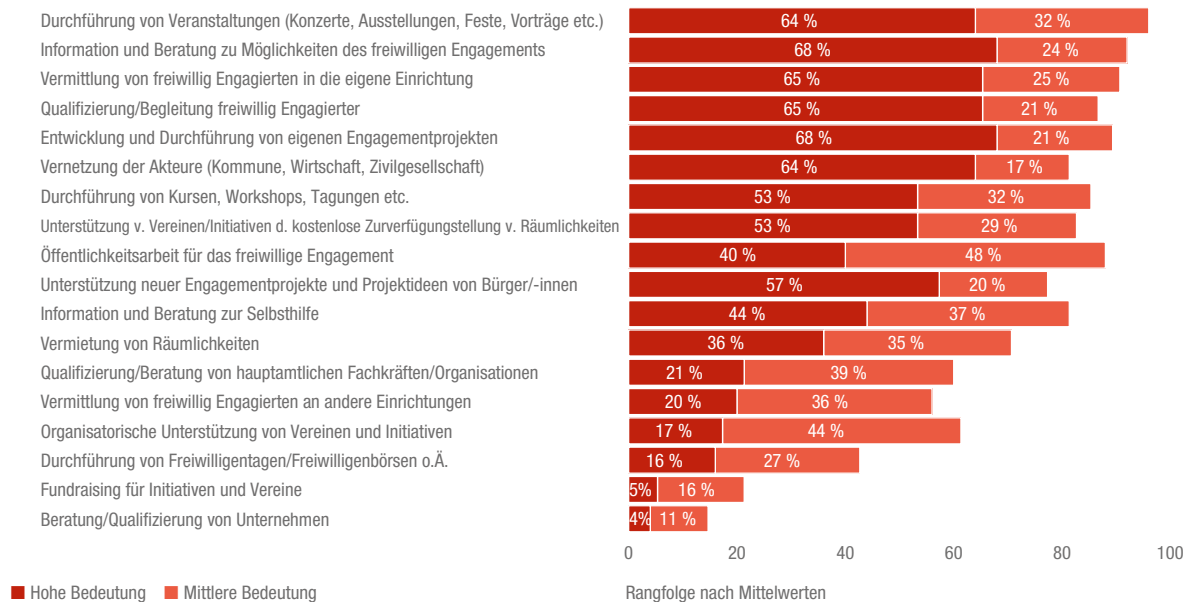


Abbildung 46: Leistungsprofil der Mehrgenerationenhäuser

Leistungsprofil der Seniorenbüros

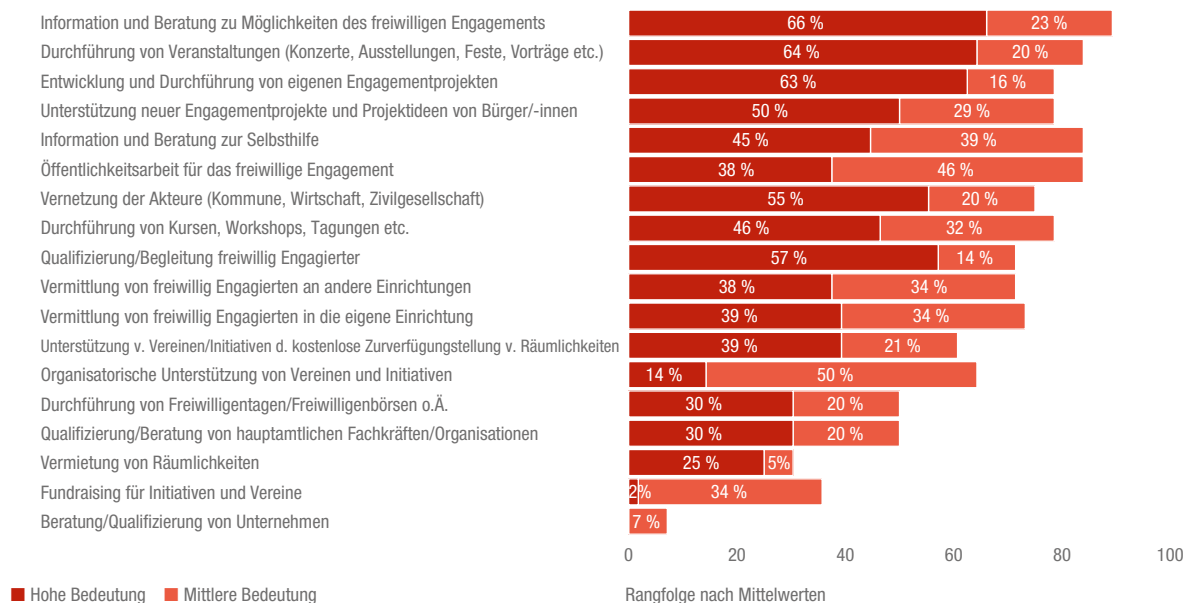


Abbildung 47: Leistungsprofil der Seniorenbüros

Leistungsprofil der Kombinationseinrichtungen

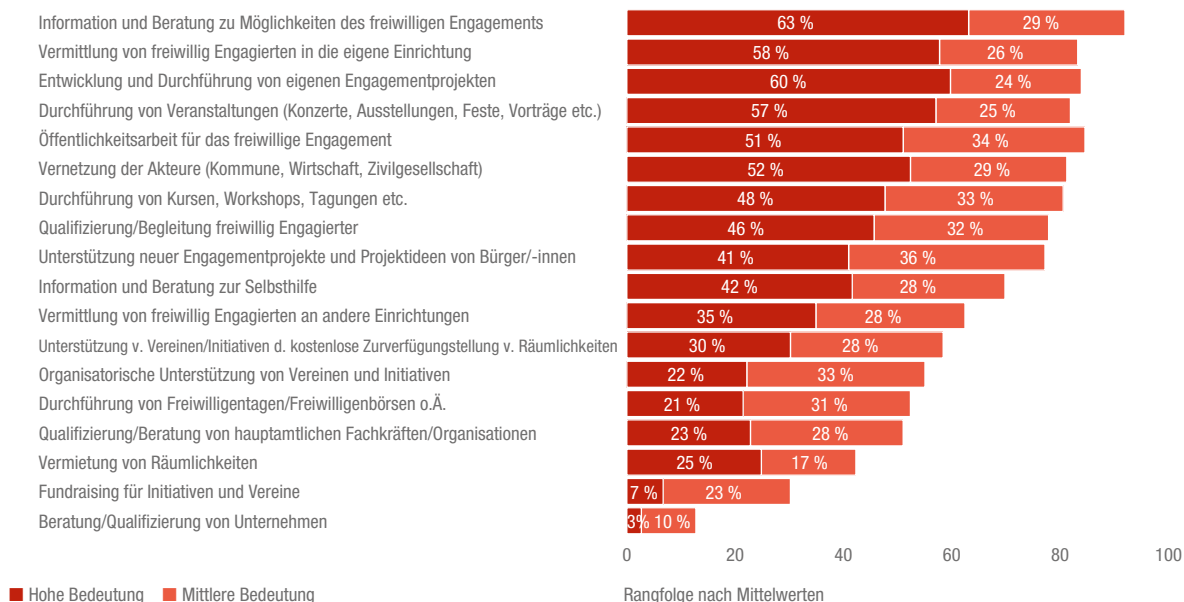


Abbildung 48: Leistungsprofil der Kombinationseinrichtungen

Leistungsprofil der Bürgerstiftungen

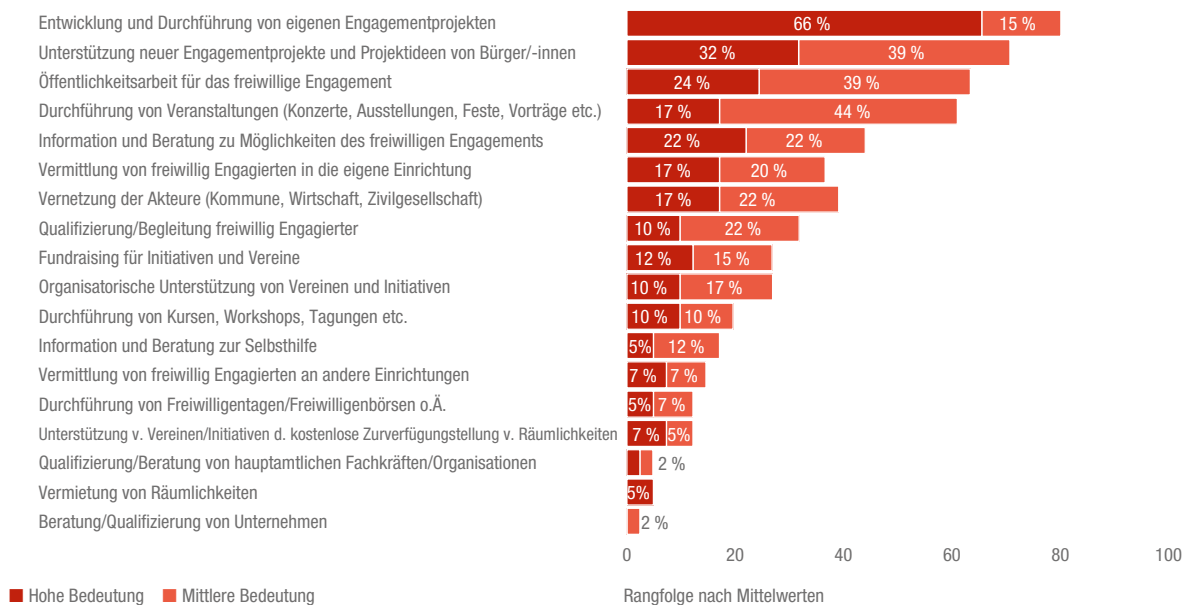


Abbildung 49: Leistungsprofil der Bürgerstiftungen

Leistungsprofil der Mütterzentren

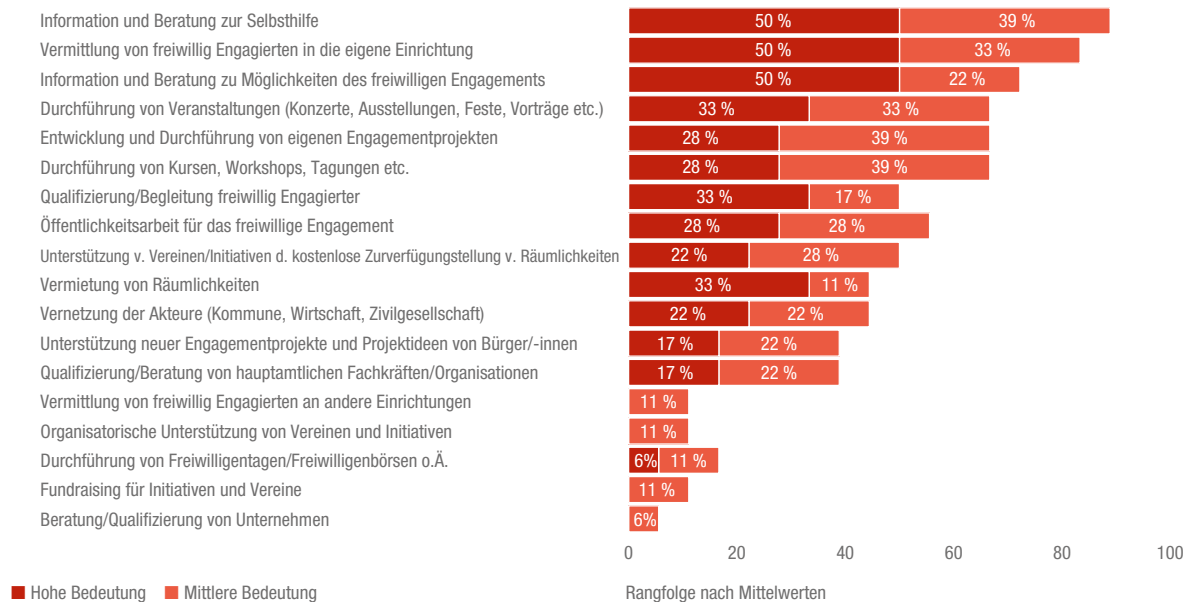


Abbildung 50: Leistungsprofil der Mütterzentren

Leistungsprofil der Selbsthilfekontaktstellen

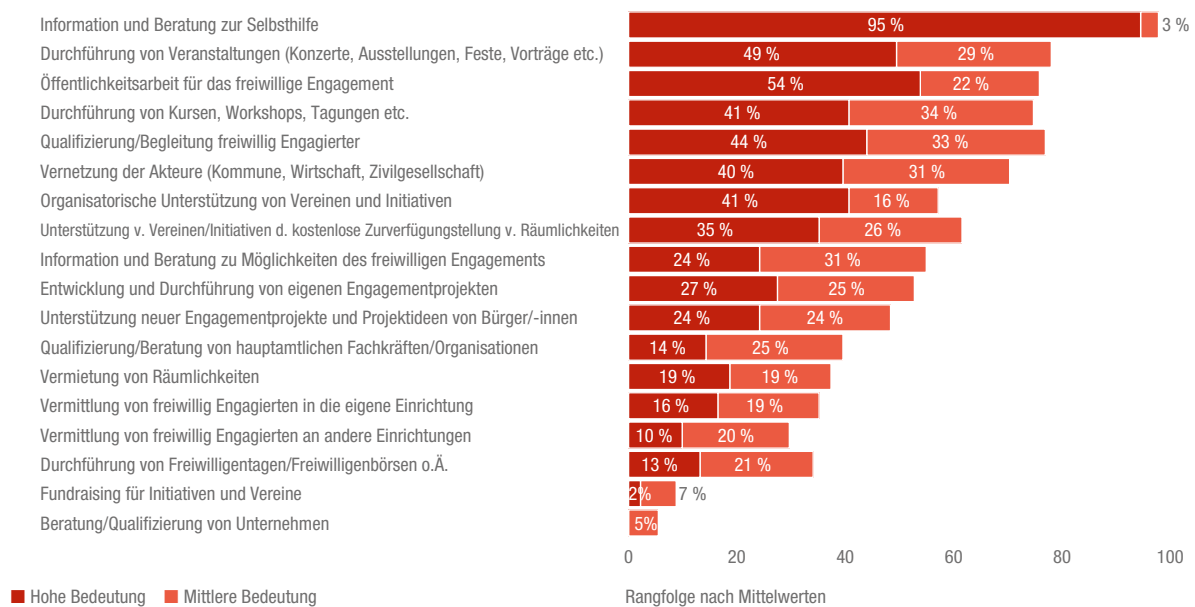


Abbildung 51: Leistungsprofil der Selbsthilfekontaktstellen

Leistungsprofil der Soziokulturellen Zentren

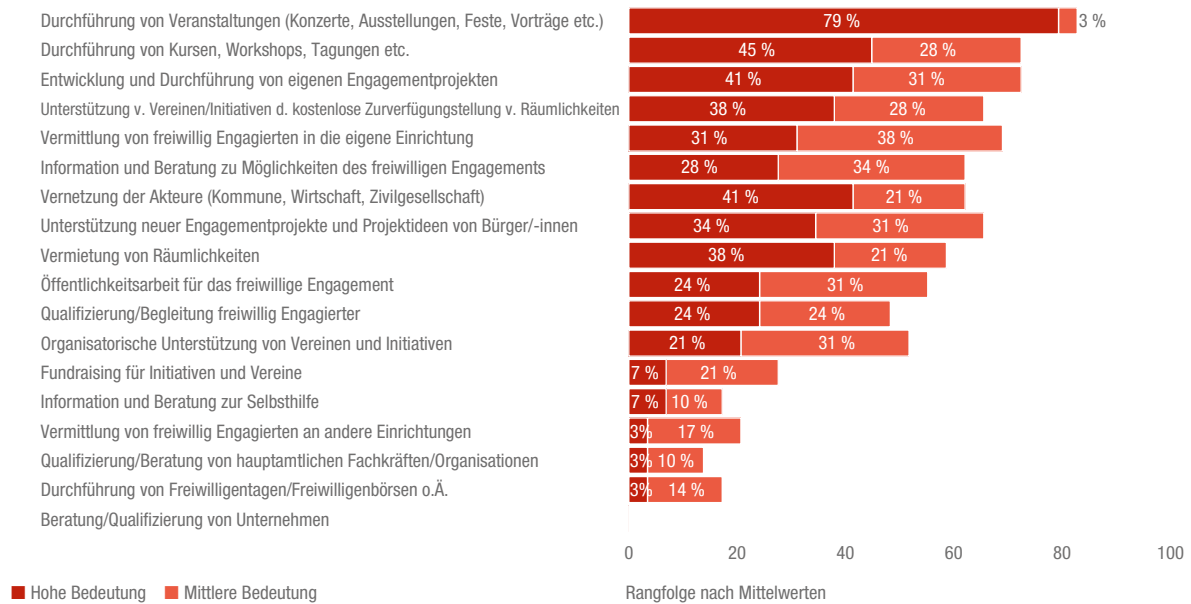


Abbildung 52: Leistungsprofil der Soziokulturellen Zentren

Engagementbereiche nach Einrichtungstypen

Angabe „oft“	Durchschnitt	Spezialisten				Generalisten				
		Bürgerstiftung	Mütterzentrum	Selbsthilfekontaktstelle	Sozialkulturelles Zentrum	Freiwilligenagentur	Kommunale Stabsstelle	Mehr generationenhaus	Seniorenbüro	Kombinations-einrichtung
Soziales	86 %	66 %	100 %	81 %	59 %	98 %	84 %	93 %	86 %	90 %
Freizeit und Geselligkeit	49 %	7 %	56 %	20 %	52 %	38 %	41 %	92 %	52 %	69 %
Gesundheit	44 %	17 %	28 %	90 %	7 %	41 %	41 %	39 %	52 %	38 %
Schule/Kita	42 %	51 %	33 %	0 %	17 %	73 %	38 %	55 %	14 %	49 %
Bildungsarbeit für Erwachsene	37 %	10 %	50 %	18 %	35 %	29 %	44 %	60 %	36 %	48 %
Kultur und Musik	33 %	37 %	17 %	8 %	90 %	22 %	34 %	48 %	23 %	43 %
Außerschulische Jugendarbeit	30 %	42 %	11 %	0 %	41 %	45 %	28 %	37 %	4 %	38 %
Sport und Bewegung	26 %	17 %	17 %	13 %	14 %	16 %	44 %	48 %	32 %	32 %
Pflege (inkl. Hospizarbeit)	23 %	20 %	6 %	24 %	10 %	37 %	25 %	24 %	16 %	21 %
Politik und Gesellschaft	15 %	2 %	17 %	10 %	17 %	12 %	34 %	19 %	11 %	15 %
Neue Medien	14 %	0 %	6 %	4 %	3 %	11 %	13 %	26 %	32 %	17 %
Kirche/Religion	9 %	2 %	0 %	1 %	0 %	16 %	9 %	9 %	2 %	13 %
Umwelt-, Natur-, Tierschutz	8 %	7 %	6 %	0 %	7 %	16 %	19 %	1 %	2 %	8 %
Gesetzliche Betreuung	6 %	0 %	17 %	1 %	0 %	10 %	9 %	4 %	7 %	8 %
Rettungsdienste/Freiwillige Feuerwehr/THW	6 %	5 %	0 %	0 %	0 %	11 %	22 %	5 %	0 %	5 %
Entwicklungszusammenarbeit	6 %	5 %	6 %	4 %	3 %	7 %	9 %	11 %	2 %	5 %
Justiz und Kriminalität	4 %	0 %	0 %	1 %	3 %	10 %	3 %	4 %	0 %	5 %
Berufliche Interessenvertretung	3 %	0 %	0 %	2 %	0 %	4 %	3 %	5 %	0 %	3 %

Abbildung 53: Engagementbereiche nach Einrichtungstypen

Zielgruppen nach Einrichtungstypen

Angabe „oft“	Spezialisten				Generalisten				
	Bürgerstiftung	Mütterzentrum	Selbsthilfekontaktstelle	Sozialkulturelles Zentrum	Freiwilligenagentur	Kommunale Stabsstelle	Mehr generationenhaus	Seniorenbüro	Kombinationseinrichtung
Seniorinnen und Senioren	54 %	22 %	80 %	55 %	89 %	78 %	92 %	98 %	84 %
Kinder und Jugendliche	78 %	94 %	3 %	55 %	36 %	28 %	83 %	7 %	63 %
Menschen in besonderen Lebenslagen	20 %	50 %	77 %	14 %	24 %	34 %	52 %	36 %	44 %
Eltern/Alleinerziehende	24 %	100 %	34 %	17 %	20 %	22 %	76 %	9 %	56 %
Migrantinnen und Migranten	39 %	67 %	14 %	35 %	32 %	25 %	52 %	9 %	50 %
Hochaltrige	5 %	6 %	19 %	21 %	16 %	19 %	71 %	84 %	40 %
Pflegende Angehörige	2 %	6 %	48 %	10 %	16 %	25 %	53 %	71 %	24 %
Menschen mit Behinderung	12 %	11 %	79 %	14 %	9 %	25 %	39 %	25 %	27 %
Arbeitssuchende	5 %	11 %	13 %	10 %	39 %	16 %	40 %	7 %	32 %
Studierende	12 %	6 %	10 %	38 %	37 %	16 %	5 %	21 %	20 %
Keine bestimmte Zielgruppe	10 %	22 %	13 %	38 %	26 %	19 %	21 %	0 %	18 %

Abbildung 54: Zielgruppen nach Einrichtungstypen

Instrumente der Zielerreichung / Wirkungsmessung nach Einrichtungstypen

Angabe „oft“	Spezialisten				Generalisten				
	Bürgerstiftung	Mütterzentrum	Selbsthilfekontaktstelle	Sozialkulturelles Zentrum	Freiwilligenagentur	Kommunale Stabsstelle	Mehr generationenhaus	Seniorenbüro	Kombinationseinrichtung
Wir machen regelmäßig im Team eine Reflexion	56 %	83 %	70 %	86 %	78 %	53 %	85 %	70 %	77 %
Wir erfassen die Anzahl unserer Veranstaltungsbesucher/-innen	44 %	72 %	73 %	86 %	74 %	56 %	87 %	71 %	76 %
Wir erfassen die Anzahl unserer Beratungen	7 %	50 %	91 %	21 %	87 %	50 %	64 %	63 %	66 %
Wir erfassen differenziert die Zahlen der vermittelten Engagierten	17 %	17 %	46 %	17 %	80 %	31 %	48 %	39 %	50 %
Wir prüfen, ob die Vermittlung erfolgreich war	20 %	33 %	19 %	14 %	81 %	41 %	41 %	55 %	56 %
Wir evaluieren kontinuierlich und systematisch unsere Arbeit (Zielerreichung, Erfolgskontrolle etc.)	27 %	22 %	41 %	28 %	47 %	34 %	57 %	48 %	53 %
Wir haben ein eigenes Qualitätsmanagement-System	0 %	22 %	28 %	3 %	30 %	13 %	28 %	23 %	30 %
Wir werden extern evaluiert/zertifiziert	22 %	17 %	2 %	17 %	24 %	13 %	33 %	13 %	25 %
Wir setzen darüber hinaus sonstige Instrumente ein	10 %	6 %	11 %	3 %	13 %	9 %	7 %	7 %	10 %

Abbildung 55: Instrumente der Zielerreichung / Wirkungsmessung nach Einrichtungstypen

Unterstützung bei Fragen der Evaluation, Wirkung und Unterstützungsbereiche nach Einrichtungstypen (Mehrfachnennungen)

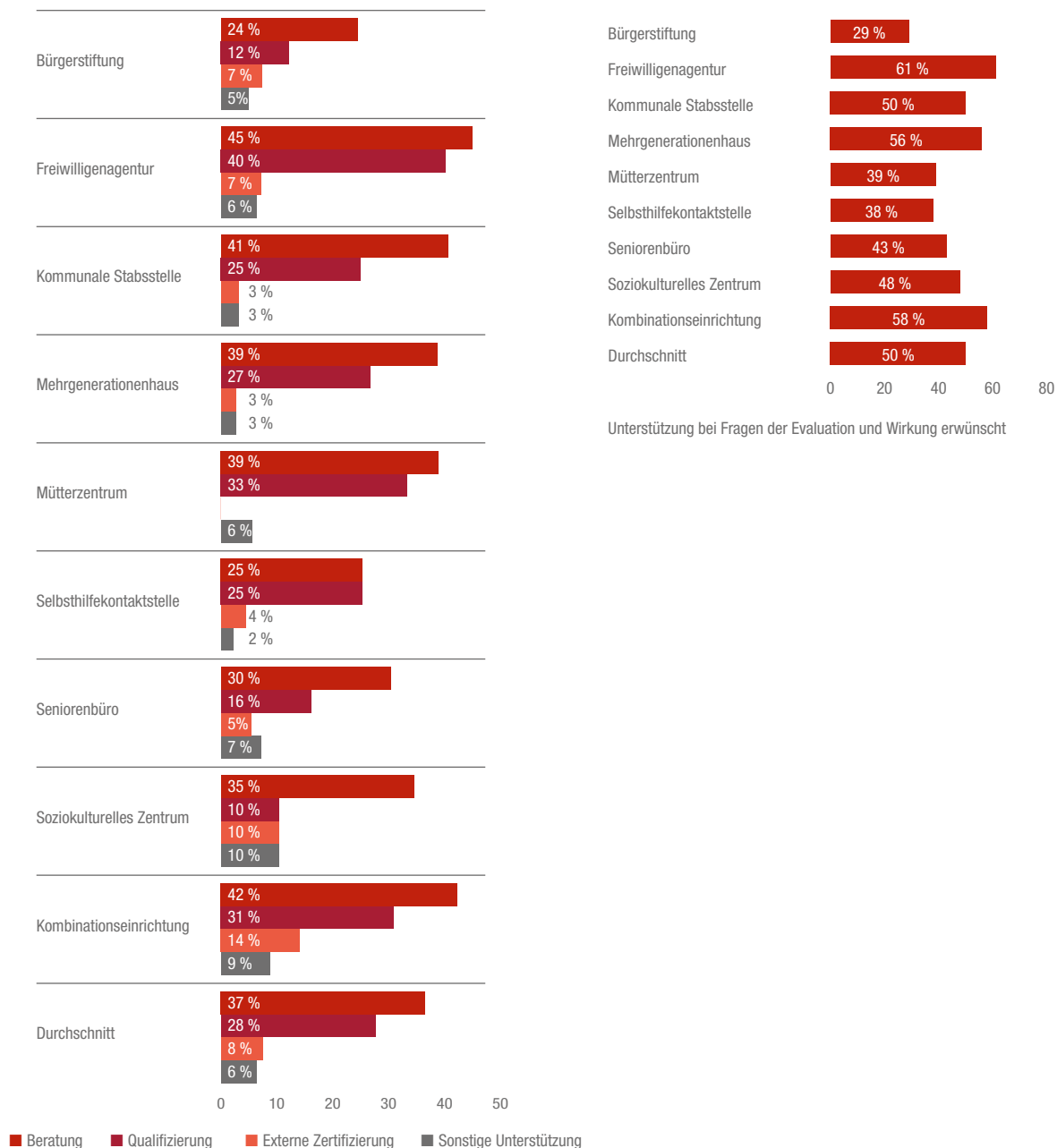


Abbildung 56: Unterstützung bei Fragen der Evaluation, Wirkung und Unterstützungsbereiche nach Einrichtungstypen

Kooperation mit anderen am Standort bestehenden Einrichtungen

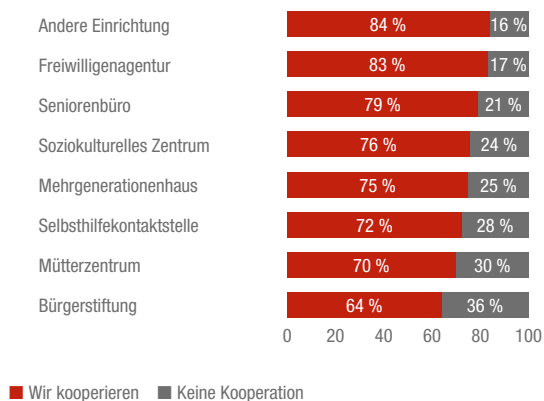


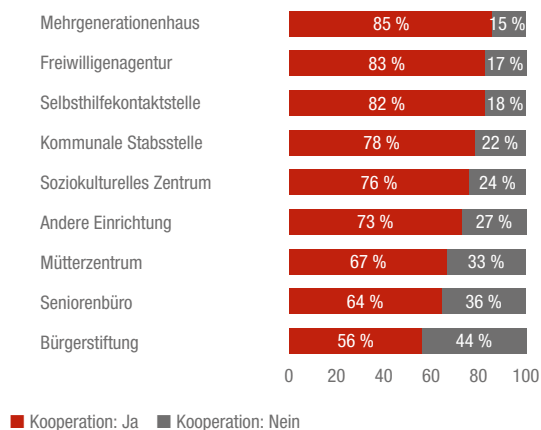
Abbildung 57: Kooperation mit anderen am Standort bestehenden Einrichtungen

Kooperation mit Stabsstellen und Ansprechpartnern für bürgerschaftliches Engagement am Standort



Abbildung 58: Kooperation mit Stabsstellen und Ansprechpartnern für bürgerschaftliches Engagement am Standort

Kooperation mit weiteren Einrichtungen zur Förderung von Engagement außerhalb der Stadt/Gemeinde bzw. des Landkreises



Externe Kooperationspartner sind

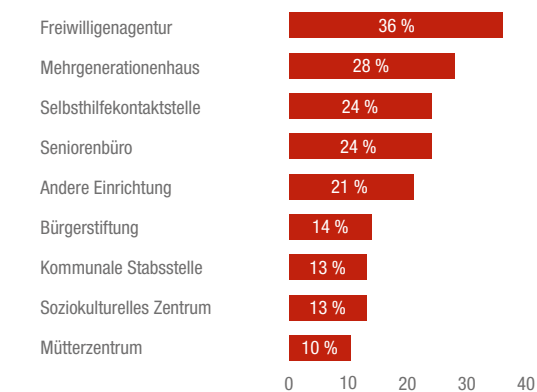


Abbildung 59: Kooperation mit weiteren Einrichtungen zur Förderung von Engagement außerhalb der Stadt/Gemeinde bzw. des Landkreises

Arbeitskreise und Netzwerke zur Engagementförderung in der Stadt bzw. im Landkreis und Mitarbeit

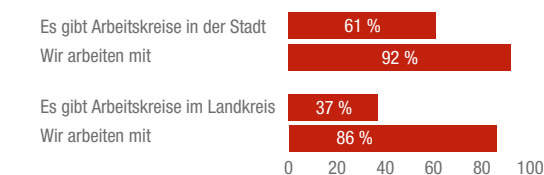


Abbildung 60: Arbeitskreise und Netzwerke zur Engagementförderung in der Stadt bzw. im Landkreis und Mitarbeit

Mitgliedschaften in Arbeitsgemeinschaften

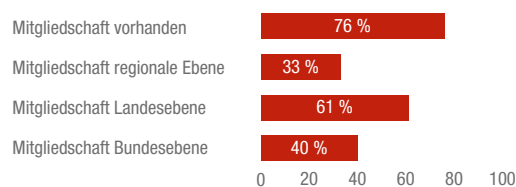


Abbildung 61: Mitgliedschaften in Arbeitsgemeinschaften

Büro-, Beratungs- und Verwaltungsräume

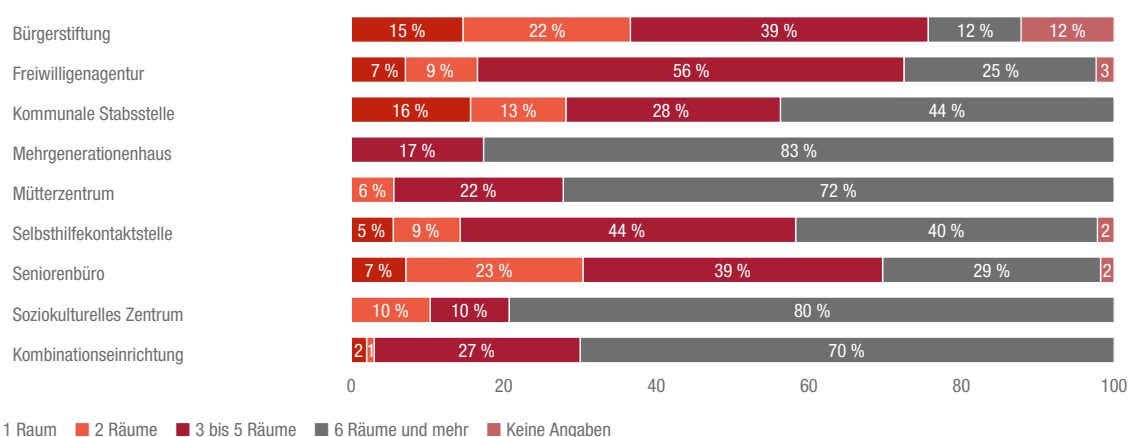


Abbildung 62: Büro-, Beratungs- und Verwaltungsräume

Technische Ausstattung

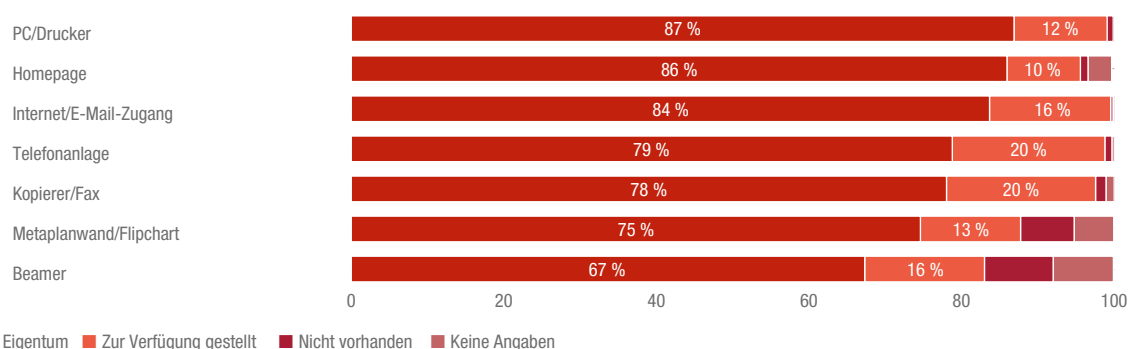


Abbildung 63: Technische Ausstattung

